



26. Sitzung

Mittwoch, 2. März 2016

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Dietrich Wersich, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller und Vizepräsidentin Christiane Schneider

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin
Abwicklung der **Tagesordnung**

1707

**Asylpaket II – Scholz sagt Ja,
Fegebank sagt Nein – So
schaffen wir es nicht!**

(Fortführung am 03.03.2016)

Aktuelle Stunde

1707

Fraktion DIE LINKE:

**Hamburg – Stadt des Ankom-
mens. Alle sind gefragt! Grund-
rechte sind nicht verhandelbar**

Christiane Schneider DIE LINKE	1707, 1713
Dr. Andreas Dressel SPD	1708
Karin Prien CDU	1709, 1721
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	1710, 1716
Katja Suding FDP	1711
Dirk Nockemann AfD	1712
Kazim Abaci SPD	1714
André Trepoll CDU	1715
Jennyfer Dutschke FDP	1718
Dr. Bernd Baumann AfD	1719
Dr. Mathias Petersen SPD	1720
Antje Möller GRÜNE	1722

**Vor dem EU-Gipfel: Hamburg
unterstützt den Kurs der Bun-
deskanzlerin für einen europäi-
schen und solidarischen Weg
in der Flüchtlingspolitik**

(Fortführung am 03.03.2016)

CDU-Fraktion:

**Im Fall Tayler versagt der Staat
erneut – Politisch Verantwortli-
che müssen persönliche Kon-
sequenzen ziehen**

(Fortführung am 03.03.2016)

FDP-Fraktion:

**Scholz und Horch ohne Kon-
zept: Hamburger Hafenpolitik
versinkt im rot-grünen Schlick**

(Fortführung am 03.03.2016)

GRÜNE Fraktion:

**Gute Regeln besser durchset-
zen: Ergebnisse des Jugend-
hilfeinspektionsberichts zum
Tod von Tayler**

(Fortführung am 03.03.2016)

AfD-Fraktion:

Senatsantrag:

Wahl des Präsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts		Franziska Grunwaldt CDU	1725
– Drs 21/3275 –	1722	Olaf Duge GRÜNE	1726
		Heike Sudmann DIE LINKE	1727
		Jens Meyer FDP	1728
		Detlef Ehlebracht AfD	1729
Ergebnis	1723	Martina Friederichs SPD	1731
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Beschlüsse	1732
Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde		Antrag der CDU-Fraktion:	
– Drs 21/1466 –	1723	Bezirksversammlungen rechtzeitig bei größeren Verkehrsprojekten einbinden	
und		– Drs 21/3308 –	1733
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Michael Westenberger CDU	1733
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung		Henriette von Enckevort SPD	1733
– Drs 21/2316 –	1723	Anna Gallina GRÜNE	1735
und		Stephan Jersch DIE LINKE	1735
		Dr. Wieland Schinnenburg FDP	1736
		Detlef Ehlebracht AfD	1737
Senatsantrag:		Beschlüsse	1737
Abberufung des Vorsitzenden der Kommission für Bodenordnung und Wahl einer Nachfolgerin		Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/2660:	
– Drs 21/3102 –	1723	Haushaltsplan 2015/2016, Nachbewilligung nach § 35 Landeshaushaltsordnung, Modernisierung der Universität Hamburg am Campus Bundesstraße, Neubauten für MIN-Forum und Informatik, Baumaßnahmen im Vorfeld – Technikzentrale (Senatsantrag)	
Beschluss	1723	– Drs 21/3239 –	1737
Ergebnis	1732	Mareike Engels GRÜNE	1737
Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:		Dr. Sven Tode SPD	1739
Neuer Fernbahnhof Altona-Nord (Diebsteich): Jetzt die richtigen städtebaulichen Weichenstellungen für Altonas neuen Verkehrsknotenpunkt und dessen Umfeld vornehmen		Thilo Kleibauer CDU	1739
– Drs 21/2880 –	1723	Martin Dolzer DIE LINKE	1741
dazu		Dr. Wieland Schinnenburg FDP	1741
		Andrea Oelschläger AfD	1743
		Katharina Fegebank, Zweite Bürgermeisterin	1743
Antrag der FDP-Fraktion:		Beschlüsse	1746
Neuer Fernbahnhof Altona-Nord (Diebsteich) – Deutsche Bahn nicht aus der Pflicht entlassen		Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
– Drs 21/3487 –	1723	Integration und Akzeptanz für Flüchtlinge fördern – Schule Berne erhalten!	
Dirk Kienscherf SPD	1724, 1728	– Drs 21/3314 –	1746

dazu

Christiane Schneider DIE LINKE 1764
Carl-Edgar Jarchow FDP 1764

Antrag der CDU-Fraktion:

**Bernes einzige Grundschule
muss erhalten bleiben!**
– Drs 21/3484 – 1746

Beschlüsse 1765

sowie

Antrag der AfD-Fraktion:

**Konzept zur weiteren Nutzung
des Schulstandortes Lienau-
straße (Berne): keine Einbezie-
hung der Unterbringung von
Flüchtlingen**
– Drs 21/3504 – 1746

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE 1746, 1752
Jens-Peter Schwieger SPD 1747
Karin Prien CDU 1748
Dr. Stefanie von Berg GRÜNE 1749
Anna-Elisabeth von Treuenfels-
Frowein FDP 1750
Dr. Alexander Wolf AfD 1751

Beschlüsse 1753

Antrag der FDP-Fraktion:

**Fahrverbote vermeiden, Schad-
stoffbelastung durch Verkehr
senken**
– Drs 21/3247 – 1753

Dr. Wieland Schinnenburg FDP 1753
Martina Koeppen SPD 1755
Stephan Gamm CDU 1756
Ulrike Sparr GRÜNE 1757
Heike Sudmann DIE LINKE 1758
Detlef Ehlebracht AfD 1759

Beschlüsse 1759

Antrag der AfD-Fraktion:

**Integrationspolitischen Blind-
flug in Sachen Familiennach-
zug beenden – Prognose-Pro-
jekt "Datenerhebung Famili-
ennachzug" beim Flüchtlings-
koordinator einrichten**
– Drs 21/3330 – 1760

Dr. Bernd Baumann AfD 1760, 1764
Martina Friederichs SPD 1762
Karin Prien CDU 1762
Antje Möller GRÜNE 1763

Beginn: 15.03 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Wir steigen sogleich in die heutige Tagesordnung ein und beginnen mit der

Aktuellen Stunde

Dazu sind sechs Themen angemeldet worden, und zwar von der Fraktion DIE LINKE

Hamburg – Stadt des Ankommens. Alle sind gefragt! Grundrechte sind nicht verhandelbar

von der FDP-Fraktion

Scholz und Horch ohne Konzept: Hamburger Hafenspolitik versinkt im rot-grünen Schlick

von der AfD-Fraktion

Asylpaket II – Scholz sagt Ja, Fegebank sagt Nein – So schaffen wir es nicht!

von der SPD-Fraktion

Vor dem EU-Gipfel: Hamburg unterstützt den Kurs der Bundeskanzlerin für einen europäischen und solidarischen Weg in der Flüchtlingspolitik

von der CDU-Fraktion

Im Fall Taylor versagt der Staat erneut – Politisch Verantwortliche müssen persönliche Konsequenzen ziehen

und von der GRÜNEN Fraktion

Gute Regeln besser durchsetzen: Ergebnisse des Jugendhilfeinspektionsberichts zum Tod von Taylor

Die Fraktionen sind übereingekommen, das fünfte und sechste Thema gemeinsam debattieren zu wollen, wenn es denn noch drankommt.

Zunächst rufe ich das erste Thema auf, angemeldet von der Fraktion DIE LINKE. – Das Wort bekommt Frau Schneider und nur Frau Schneider, meine Damen und Herren.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Es gab, so hörten wir im Vorfeld, bei anderen Fraktionen ein Problem, das Anliegen unserer Anmeldung zu verstehen. Unser Anliegen besteht darin, dass Hamburg eine Stadt des Ankommens ist. Hamburg soll Schutzsuchenden Zuflucht und eine Perspektive bieten und Bedingungen ihrer Teilhabe schaffen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Grundvoraussetzung für alles Weitere ist eine menschenwürdige Unterkunft. Dazu ist Hamburg rechtlich verpflichtet, nicht zuletzt auch durch die Verpflichtung auf die Menschenrechte. In der vergangenen Woche hat sich nun eine Volksinitiative aufgemacht und in fünf Tagen 26 000 Unterschriften gesammelt – eine Initiative, die sich "Hamburg für gute Integration" nennt. Das hört sich gut an. Die Krux ist, nimmt man ihre Forderungen unter die Lupe,

(Dirk Nockemann AfD: Eure linke Lupe!)

tut sich ein unlösbarer Widerspruch auf zwischen der Verpflichtung, Schutzsuchende aufzunehmen, und den Bedingungen, die die Initiative als Voraussetzung einer nachhaltigen Integration ansieht. Allein die Forderung, zwischen allen Standorten mit mehr als 100 Flüchtlingen einen Mindestabstand von 1 000 Metern Luftlinie einzuhalten, würde bedeuten, dass beispielsweise von den derzeit 9 000 Plätzen in Wandsbek fast zwei Drittel verschwinden müssten. In Altona blieben von derzeit 6 870 Plätzen rund 1 600 übrig. Allein in diesen beiden Bezirken müssten für über 11 000 Geflüchtete neue Unterkünfte geschaffen werden. Legt man die Zahlen des Senats zugrunde, dann läuft die Forderung, dass ab sofort an keinem Standort mehr als 300 Geflüchtete untergebracht werden dürfen, darauf hinaus, dass 2016 mindestens 134 zusätzliche Standorte gefunden werden müssten. Diese beiden Forderungen sind jenseits von Gut und Böse.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Müssten sie umgesetzt werden, müsste Hamburg bald seine Tore für Schutzsuchende schließen. Sie laufen auf eine Obergrenze hinaus, also darauf, rechtliche Aufnahmeverpflichtungen ebenso auszuhebeln wie das Menschenrecht auf ein Dach über dem Kopf.

(Dirk Nockemann AfD: Wieso das denn?)

Geflüchtete würden mangels Folgeunterkünften noch länger in Erstaufnahmeeinrichtungen festgesetzt. Zelte und Hallen würden zu Dauereinrichtungen. Zahlreiche Schutzsuchende würden der Obdachlosigkeit ausgeliefert. Die Volksinitiative stellt mit ihren Forderungen Grund- und Menschenrechte der Geflüchteten zur Abstimmung. Das geht überhaupt nicht.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Wir unterstellen nicht, dass die Initiatorinnen und Initiatoren das alles bezwecken, aber sie mobilisieren Stimmungen. Sie pokern. Sie pokern mit Grundrechten der Geflüchteten, die gerade als Geflüchtete auf die Achtung ihrer Grundrechte und Menschenrechte dringend angewiesen sind. Sie

(Christiane Schneider)

spielen mit dem Feuer, und deshalb lehnen wir diese Volksinitiative ab.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen, dass die Stadt alles tut, um bestmögliche Bedingungen für ein solidarisches Zusammenleben zu schaffen. Das heißt auch für uns möglichst dezentrale Unterbringung. Gestern wurde ein Projekt der HCU vorgestellt, das die Stadtgesellschaft zur Beteiligung auffordert, möglichst viele Flächen – insbesondere auch kleine – für neue Standorte zu finden. Natürlich fragen wir, wie ernst das gemeint ist, wie verbindlich der Prozess ist. Wenn es mehr sein soll als eine Hinhaltenaktik, dann müssen zumindest das bisherige und das weitere Verfahren der Flächenfindung transparent und nachvollziehbar sein und müssen Entscheidungen auch korrigierbar werden. Wir fragen, warum erst so spät? Warum tut sich der Senat so unendlich schwer, die vielen Initiativen, die es seit Langem aus der Zivilgesellschaft gibt, ernsthaft zu prüfen oder gar aufzugreifen, zum Beispiel Leerstand konsequent zu nutzen? Wir brauchen eine Task Force, die ihn aufspürt. Das löst natürlich bei Weitem nicht alle Probleme, ist aber ein Baustein.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Punkt, Büroleerstand in Wohnraum zu verwandeln: Warum werden erst sieben Bürogebäude genutzt und sind 26 Standorte noch in der Phase Sondierung, Planung oder Umbau? Warum wird das stadteigene Springer-Gebäude nicht genutzt, wie immer wieder gefordert? Ich will nicht alle bekannten Forderungen und Vorschläge aufzählen, aber eines will ich sagen: Intransparentes Handeln und eine fortgesetzte Missachtung des Beteiligungswillens sorgen nicht nur für reichlich Unterschriften bei der Volksinitiative, sie erleichtern auch rechtsten Kräften, die grundsätzlich etwas gegen Geflüchtete und ihre Aufnahme haben, ihr Geschäft. Zivilgesellschaftliches Engagement und der Wille, sich an guten Lösungen zu beteiligen, dürfen nicht immer wieder ins Leere laufen. Beides ist unverzichtbar, um die wachsenden Stadtteile so zu gestalten und auszustatten, dass alle etwas davon haben. Hier ist ein verbindlicher Beteiligungsprozess unverzichtbar. Betrachten wir alle in diesem Sinne die derzeitige Volksinitiative als Chance zu einer dringend notwendigen Korrektur. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Dressel von der SPD-Fraktion bekommt das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will die Anmeldung der LINKEN durchaus noch etwas weiter fassen, weil

es in der Tat nicht nur um das Thema Unterbringung geht, sondern auch um Integration; beides gehört zusammen. Wir müssen einen vernünftigen Weg finden, und da halte ich Ihre Ansage, Grundrechte seien unteilbar und alle seien gefragt, für einen sehr wichtigen Punkt. Gestern hat auch der Erste Bürgermeister noch einmal betont, dass wir diese Herausforderung nur als Stadtgesellschaft gemeinsam bewältigen können. Das immer wieder hervorzuheben ist, glaube ich, das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Integration bedeutet, an sehr vielen Stellen zu fördern und zu fordern. An der Stelle möchte ich auch noch einmal betonen, dass wir gemeinsam in der Bürgerschaft beschlossen haben, über eine halbe Milliarde Euro in neue Unterkünfte, in eine Aufstockung bei Kita und Schule und an sehr vielen Stellen zu investieren. Es ist ein riesiger Kraftakt, der zeigt, dass sich Hamburg der Herausforderung stellt und handelt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wie Sie mitbekommen haben, hat gerade heute Senatorin Leonhard mitgeteilt, dass die Integration in Arbeit und Ausbildung natürlich der entscheidende Faktor ist und dass dieses W.I.R.-Projekt jetzt angefangen hat, mit dem wir als Hamburger Stadtstaat in die Vorlage gehen und als erstes Bundesland diese Sache auf den Weg bringen. Dass es jetzt erste Erfolge gibt, zeigt, dass der entscheidende Schlüssel der Integration in Arbeit in Hamburg ganz besonders ernst genommen wird; das ist ein wichtiges Zeichen für die weitere Integration.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich muss es darum gehen, auch die Flüchtlinge selbst mitzunehmen. Deshalb war die Konferenz am Wochenende wichtig. Insofern gehen wir über solche Ideen, die auch in dieser Doppelsitzung beraten werden, nicht hinweg und überlegen, wie die Flüchtlinge selbst in den Bau von Flüchtlingsunterkünften einbezogen werden können. Wir können nicht überall Beteiligung organisieren, das dann aber ohne die Flüchtlinge machen. Auch da gilt, dass es unsere gemeinsame Aufgabe ist, diesen Prozess auch mit den Flüchtlingen zu schaffen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Ich finde es gut, dass Sie das Thema Grundrechte angesprochen haben, denn das ist in der Tat der Ausgangspunkt: Grundrechte sind nicht verhandelbar. Unser Grundgesetz bildet die Leitplanke der Integration. Laut Grundgesetz ist Hamburg verpflichtet, alle Flüchtlinge unterzubringen, die Hamburg zugewiesen sind. Auch wenn ich viele Ihrer kritischen Hinweise zu der Volksinitiative teile, möchte ich an der Stelle positiv betonen, dass alle,

(Dr. Andreas Dressel)

die sich vernünftig an der Diskussion beteiligen, sich darin einig sind, dass diejenigen, die in Hamburg ankommen, Schutz finden und hier untergebracht werden müssen. Es ist wichtig, dass es in diesem Punkt keinen Dissens gibt. Auch das ist ein Fortschritt in der Diskussion.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Natürlich muss am Schluss jeder Vorschlag, den wir in die Diskussion aufnehmen, aufgehen. Am Schluss darf es nicht so sein, dass jemand nicht untergebracht ist. Jeder Vorschlag in der Diskussion muss sich genau daran messen lassen, und deshalb ist es richtig, dass die beiden Regierungsfractionen sehr frühzeitig auch den Dialog mit der Volksinitiative aufgenommen haben. Gerade weil wir alle Verantwortung für das demokratische Klima in dieser Stadt haben, sind wir alle in der Pflicht, einen Weg zu suchen, um am Schluss einen durchaus polarisierenden Volksentscheid zu vermeiden. Das ist jede Anstrengung wert.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Wir haben seit gestern ein neues Instrument, und Sie alle, gerade die Fraktionen, die sich bisher in unterschiedlicher Intensität an der Flächensuche beteiligt haben, sind herzlich dazu eingeladen, einen Weg zu finden und Vorschläge für neue Unterkunftsflächen zu machen – bitte schön, sehr gern. Wir haben dieses neue Instrument, das im April konkret an den Start gehen wird. Auch die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion sind herzlich dazu eingeladen, einmal an einem Workshop teilzunehmen, damit auch Sie Unterkünfte vorschlagen können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Jörg Hamann CDU: Wir auch, Herr Kollege!*)

Genau das haben wir gestern Abend noch den Initiativen vorgeschlagen, nämlich dass sie an diesem Workshop-Verfahren teilnehmen und dort auch auf Basis ihrer eigenen Vorgaben Vorschläge machen können. Wir haben gestern zugesagt, dass wir das entsprechend in Richtung der Behörden weitergeben und dafür sorgen, dass jeder machbare Vorschlag willkommen ist und umgesetzt wird. Tatsächlich wäre es töricht, es anders zu machen. Das ist unser Angebot nicht nur an die Initiativen, sondern an die ganze Stadtgesellschaft. Auch da gilt im Prinzip Ihre Aussage, alle seien gefragt. Alle sind eingeladen mitzumachen, denn diese Herausforderung können wir nur gemeinsam bewältigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Frau Prien von der CDU-Fraktion bekommt das Wort.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, Hamburg ist die Stadt des Ankommens. Darauf sind wir alle stolz, und das ist historisch so gewachsen, es ist quasi Teil unserer DNA. Wir sind eine liberale Einwanderungsstadt, und zu uns kommen Fachkräfte aus aller Welt, es kommen Studenten, es sind die Menschen gekommen, die man damals als Gastarbeiter bezeichnete, und es kommen vor allem seit dem vergangenen Jahr zunehmend mehr zahlreiche Flüchtlinge zu uns.

Wir sind uns tatsächlich darin einig, Herr Dressel, dass wir zunächst einmal die humanitäre Verpflichtung haben, diese Menschen aufzunehmen, und die Stadtgesellschaft hat das lange verstanden, hilft dabei auch kräftig mit und leistet hier unermüdlich ihren Teil. Die Hamburger haben aber ein sehr feines Gespür dafür, dass nicht alle, die kommen, auch bleiben können. Wer als Armuts- oder Arbeitsmigrant in Hamburg Asyl begehrt, wird Hamburg auch wieder verlassen müssen. Aber wer anerkannt wird, soll möglichst schnell die deutsche Sprache lernen und in Bildung, Ausbildung und in den Arbeitsmarkt integriert werden. All das haben die Hamburger sehr gut verstanden. Und Sie haben auch recht: Alle Bürger sind gefragt.

(Juliane Timmermann SPD: Eine wahnsinnig neue Erkenntnis!)

Übrigens sind nicht nur die Bürger gefragt. Wir freuen uns, dass der Bürgermeister nun unter dem Druck der Initiative und der Opposition immerhin in Ansätzen Dialogbereitschaft gezeigt hat. Wir finden auch, dass die wissenschaftlich begleitete Bürgerbeteiligung durchaus einen bedenkenswerten Ansatz hat. Ich fürchte nur, dass die Bürger sehr schnell durchschauen werden, ob das eine Spielwiese oder ob es ernst gemeint ist, und wenn es ein durchschaubares Manöver sein sollte, Herr Dressel, dann wird es leider einen Bumerangeffekt haben.

Die Bürger haben heute ein klares Votum abgegeben. In viereinhalb Tagen 26 000 Stimmen sind ein klares Votum dafür, dass die Bürger in dieser Stadt keine Großsiedlungen wollen.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Jörn Kruse AfD*)

Es ist die klare Aufforderung an den Senat und seine Behörden, jetzt mit aller Kraft ein alternatives Konzept zu erarbeiten. Der Weg kann doch nicht sein, den Ball in den Garten der Bürger und der Volksinitiativen zu kicken.

(Kazim Abaci SPD: Das haben wir nicht!)

Das wird nicht funktionieren, sondern Sie als Verwaltung, Sie mit den Mitarbeitern in den zuständigen Behörden, Sie haben die Aufgabe, jetzt Alternativen vorzulegen. Das können Sie doch nicht den Bürgern überlassen.

(Karin Prien)

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Jörn Kruse AfD*)

Sie kennen die Potenzialflächen für den Wohnungsbau und für Gewerbe, und man wird darüber diskutieren müssen, ob sie dafür in Betracht kommen oder nicht. Sie können nicht einfach den Bürgern auferlegen, neue Vorschläge zu machen. Das mag ergänzend ganz schön sein, dagegen ist nichts zu sagen, aber Sie sind in der Pflicht. Der Ball liegt nach wie vor in Ihrem Garten.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Nicht die Volksinitiative spaltet die Stadt, die Stadt würde gespalten werden, wenn dieser Senat kompromisslos weiter seinen Kurs fahren würde und von dem Plan, die Großsiedlungen zu bauen, nicht abgehen würde.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Deshalb ist es jetzt Ihre Aufgabe, einen lösungsorientierten Arbeitsprozess aufzusetzen, der das gesamte Know-how der Verwaltung, der Politik und der Initiativen nutzt und endlich auch die Opposition in diesen Prozess einbezieht, um konkrete, alternative Lösungen für jeden Bezirk zu erarbeiten. Verstecken Sie sich doch nicht hinter einem solchen Beteiligungsmodell, das es bisher nur im Experimentierstadium gibt und letztlich den Abwägungsprozess, den wir als Stadtgesellschaft angehen müssen, nicht ersetzen kann.

(Beifall bei der CDU)

Wir reichen Ihnen dazu gern erneut die Hand. Schlagen Sie sie nicht wieder aus, wie Sie es die letzten Monate getan haben. Lassen Sie uns jetzt gemeinsam die Ärmel aufkrepeln und zusammen mit den Bürgerinitiativen endlich ein besseres Konzept für die Stadt erarbeiten. Frau Schneider, ja, Menschenrechte, Grundrechte sind nicht verhandelbar, aber die Bürgerrechte der Bürger in dieser Stadt auch nicht, und deshalb lehnen wir rundweg ab, dieser Bürgerinitiative zu unterstellen, sie starte hier eine Initiative, die aus moralischen Gründen nicht in Ordnung sei. Das ist das Recht der Bürger dieser Stadt, und wir sollten sie nicht diffamieren, sondern mit ihnen gemeinsam an einer besseren Lösung arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion bekommt das Wort.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen Herren! Die Anmeldung der Fraktion DIE LINKE lautet: Alle sind gefragt, Grundrechte sind nicht verhandelbar. In diesem Zusammenhang halte ich es für wichtig, sich bei der Frage, die uns schon länger beschäftigt, nämlich wie man

so viele geflüchtete Menschen in unserer Stadt unterbringt, einmal zu überlegen, welche Gemeinsamkeiten wir eigentlich haben.

Erstens haben wir die Gemeinsamkeit, dass wir alle im Kern eine möglichst gute Integration wollen. Zweitens glaube ich, dass viele Leute den Satz, Flüchtlinge so dezentral wie möglich unterzubringen, unterschreiben würden.

(*Dr. Bernd Baumann AfD:* Dann tun Sie es doch!)

Und drittens reden wir über eine sehr große Anzahl von Menschen. Wir alle können nicht in die Zukunft sehen und stellen eigene Prognosen an. Die Bundesregierung gibt zu diesem Thema keine Prognose mehr ab, obwohl sie dazu eigentlich verpflichtet ist.

(*André Trepoll CDU:* Der Bürgermeister hat es doch gemacht!)

Wir haben jetzt gesagt, dass wir 39 000 Plätze brauchen. Egal, ob es am Ende 35 000 oder 42 000 Plätze sind, sind wir alle uns darin einig, dass wir innerhalb eines Jahres eine Menge Plätze brauchen. Wenn man das anerkennt und auf diesen Grundlagen gemeinsam arbeitet, kann man diese Aufgabe gemeinsam gestalten und wird man auch darauf kommen, dass Grundrechte am Ende des Tages nicht verhandelbar sind.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und einzeln bei der LINKEN)

Wir haben gestern ein Konzept vorgestellt und gesagt, jede Hamburgerin und jeden Hamburger daran beteiligen zu wollen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir die intimen Kenntnisse der Stadtteile vor Ort erheben und auch nutzbar machen. Wir wollen – da gebe ich allen Vorrednern recht – ein transparentes, nachvollziehbares, begründbares Verfahren erarbeiten, bei dem man Flächenvorschläge machen kann und zu einem gemeinsamen Ergebnis kommt. Wenn man sich darauf einlässt, Frau Prien, kann das zu einer Beteiligung und zu einer Versachlichung der Debatte führen und wird auch einen Realitätscheck ermöglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dieser Realitätscheck funktioniert nur, wenn er in beide Richtungen geht. Deswegen möchte ich auch ehrlich sagen, wenn man das ernst nimmt, ist das natürlich auch ein Realitätscheck für die Arbeit der Verwaltung. Ich finde, man sollte ganz uneitel, unpräzise und gelassen sagen, dass, wenn es gute Vorschläge gibt, sie auch umgesetzt werden müssen. Nur dann wird so ein Werkzeug eine vernünftige Akzeptanz finden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Gleichzeitig können wir in gewisser Weise froh darüber sein, dass es eine Volksinitiative gibt. Denn wenn es eine Volksinitiative gibt, gibt es auch eine

(Dr. Anjes Tjarks)

konkrete Forderungslage, mit der man sich auseinandersetzen kann. Da teile ich Ihre Einschätzung nicht ganz. Es ist schon so: Wenn man die politische Wirklichkeit verändern will und sagt, man stehe für gute Integration und diese Grundrechte seien unteilbar, dann muss am Ende der Ball so aufgenommen werden, dass die Unterbringungsverpflichtung auch im Sinne einer guten Integration klappt. Wenn man über größtmögliche Dezentralität und gute Integration redet, muss man auch über die Machbarkeit hinsichtlich der Anzahl der Plätze und der Zeitspanne von einem Jahr reden. Lässt man sich auf diesen Korridor ein, dann hat man eine Basis – das sagen eigentlich alle Akteure, die in diesem Bereich relevant sind –, um am Ende des Tages zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Aber auf diesen Korridor müssen sich sowohl die Politik als auch die Volksinitiative einlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich finde, eine ausgestreckte Hand sollte man nie ausschlagen. Genau an diesem Stadtmodell können wir mit der CDU ausprobieren, welche Vorschläge von ihr kommen – Sie haben bisher einen Vorschlag in Altona und einige Vorschläge in Bergedorf gemacht, sonst habe ich nicht so viele Vorschläge gefunden –

(Jörg Hamann CDU: Welche Vorschläge haben Sie denn gemacht?)

und uns gemeinsam in diesem Stadtmodell treffen.

(Jörg Hamann CDU: Ich habe schon welche gemacht! Erkundigen Sie sich mal! – André Trepoll CDU: Die Vorschläge von Herrn Hamann sind doch bekannt!)

Dann sehen wir, Herr Hamann, welche zusätzlichen Flächenvorschläge Sie machen. Denn das ist relevant, um die Grundrechte, die unteilbar sein sollen, auch umzusetzen, Herr Hamann. Ich habe versucht, die ausgestreckte Hand Ihrer Fraktion zu ergreifen, Herr Hamann,

(Zuruf von Jörg Hamann CDU)

während Sie hier nur herumkrakeelen. Ich weiß nicht, ob das in dieser Debatte zielführend ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Abschließend möchte ich Folgendes sagen: Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass man sich dann auf eine gemeinsame Realität verständigt. Die Realität wirft auch die Frage auf, wie viele Flüchtlinge am Ende des Tages kommen werden. Wir alle sind keine Propheten; das wird man vielleicht im Mai oder Juni besser sehen können. Nur hilft es halt nicht, Herr Hamann, dass Ihr Parteivorsitzender, Herr Heintze, gesagt hat, die Zahlen des Senats seien falsch. So lässt er sich im "Hamburger Abendblatt" zitieren, und auf Nachfrage konnte Herr Heintze leider keine anderen Zahlen nennen.

(Zuruf von Jörg Hamann CDU)

Das hilft einem dann auch nicht weiter in der Sache, sondern man muss schon seriös planen und mit den Menschen, die kommen, umgehen. Wenn wir da auf einem gemeinsamen Weg sind, kommen wir auch zu einem gemeinsamen Ergebnis. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Frau Suding von der FDP-Fraktion bekommt das Wort.

Katja Suding FDP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt unzählige Protestinitiativen, die sich in den Stadtteilen über ganz Hamburg hinweg gegründet haben, Dutzende von Klagen gegen Flüchtlingsunterkünfte, nicht wenige davon erfolgreich, rapide sinkende Umfragewerte für die regierende SPD bei gleichzeitigem Erstarken der Extremen am rechten Rand, und nun den Start einer Volksinitiative gegen die Flüchtlingspolitik des Senats, die offenbar schon am ersten Wochenende weit mehr als die notwendigen 10 000 Unterschriften erreicht hat. All das ist die verdiente Quittung für diesen rot-grünen Senat, die er für unterlassene und ausgehebelte Bürgerbeteiligung, für seine Basta-Politik und die offen zur Schau getragene Hilfs- und Konzeptlosigkeit erhalten hat.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Das ist ein furchtbar lauter Warnschuss, den auch dieser Senat nicht mehr überhören kann und darf. Mit der Augen-zu-und-durch-Politik dieses Senats muss jetzt endgültig Schluss sein. Wir wollen, dass sich der Senat nun endlich ernsthaft mit der Frage auseinandersetzt, wie Integration nachhaltig gelingen kann. Der Bau von Großsiedlungen in dafür völlig unzureichender Infrastruktur ist jedenfalls die absolut falsche Antwort. So leicht dürfen Sie auf den Senatsbänken es sich nicht machen.

Wir teilen die Sorgen, die sich die vielen Initiativen unter dem Dachverband Hamburg für gute Integration machen. Auch wir wollen darauf hinwirken, dass Flüchtlinge dezentral in möglichst kleinen Einheiten untergebracht werden. Auch wir befürchten, dass die vom Senat geplanten Großunterkünfte Integration fast unmöglich machen. Und auch wir machen uns deshalb Sorgen, dass in den Stadtteilen Parallelgesellschaften entstehen, die ein gemeinschaftliches Miteinander von neuen und angestammten Bewohnern so gut wie unmöglich machen. Die Aufenthaltsdauer in den Zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen zu verkürzen, die Zahlen der Menschen pro Unterkunft zu verringern und einen räumlichen Abstand zwischen größeren Unterkünften zu halten finden wir sinnvoll. Diese For-

(Katja Suding)

derungen unterstützen wir übrigens auch, wie Sie wissen, schon lange mit Initiativen in diesem Haus.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Welche denn?)

Ob die im Text des Dachverbands genannten Beschränkungen aber tatsächlich 1:1 umgesetzt werden können und ob eine so strikte Festlegung sinnvoll ist angesichts der Tatsache, dass wir heute noch gar nicht wissen, wie viele Menschen morgen zu uns kommen werden, das kann und muss sicherlich hinterfragt werden.

Und darin sind sich offenbar alle Redner bisher einig, dass Grundrechte nicht verhandelbar sind.

(Beifall bei der FDP)

Die Zielrichtung der Forderung der Initiative stimmt jedenfalls. Auch die Forderung nach einer besseren Kooperation der norddeutschen Länder bei der Flüchtlingsunterbringung und nach einem neuen bundesweiten Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen, der auch die besondere Situation von Stadtstaaten berücksichtigt, unterstützen wir. Deshalb ist es gut, dass mit der Gründung des Dachverbands "Hamburg für gute Integration" und der Anmeldung dieses Volksentscheids die öffentliche Debatte jetzt noch einmal weiter an Fahrt aufgenommen hat. Sie ist nämlich wichtig für Hamburg, weil sie den Fokus der Öffentlichkeit auf eine für diese Stadt so zentrale Frage lenkt und Druck auf den Senat ausübt.

Dennoch sehen wir einen Volksentscheid in dieser Frage sehr kritisch. Ich denke, es gibt in diesem Hause wohl niemanden – vielleicht einmal abgesehen von den Kollegen auf der ganz rechten Seite des Hauses –, der, falls es denn in dieser Sache so weit kommt, nicht zumindest große Bauchschmerzen hat. Es braucht nicht wirklich viel Fantasie, um sich auszumalen, dass die komplexen Inhalte am Ende auf die Frage heruntergebrochen werden könnten: Flüchtlinge Ja oder Nein? Daraus werden vor allen Dingen diejenigen Honig saugen, die schon jetzt am rechten Rand sitzen und die Flüchtlingsdebatte als Geschenk bezeichnen. Die Volksinitiative wird sich daher auch am Ende daran messen lassen müssen, ob sie ihr selbst gestecktes Ziel erreicht, die AfD und ähnliche Gruppen fernzuhalten.

Der Volksentscheid wird jedoch kommen, wenn der Senat nicht endlich von seinem hohen Ross steigt und sich handlungs- und kompromissbereit zeigt. Das gestern vom Bürgermeister vorgestellte Stadtmodell ist jedenfalls nicht dazu geeignet, die Bürgerinnen und Bürger jetzt noch wirklich einzubinden. Auf Dauer wird es auch nicht ausreichen, nur die Fraktionschefs von SPD und GRÜNEN ins Feld zu schicken; da muss dann schon der Bürgermeister selbst ran. Deshalb werden wir unseren Druck auf den Senat weiter erhöhen und ihn erneut nachdrücklich dazu auffordern, seine Basta-Politik zu beenden, die berechtigten Sorgen

der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ernst zu nehmen und auf die Forderungen der Initiative einzugehen. Tun Sie das nicht, dann riskieren Sie die Entstehung von Parallelgesellschaften. Sie würden damit einen riesengroßen Fehler machen, der unsere Stadt über viele Jahrzehnte zum Schlechten verändern würde. Lassen Sie es nicht so weit kommen! – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Nockemann von der AfD-Fraktion.

Dirk Nockemann AfD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das von der LINKEN angemeldete Thema, Hamburg, Stadt des Ankommens, alle sind gefragt, Grundrechte sind nicht verhandelbar, ist einmal wieder ein typisches Beispiel für eine naive und unkritische Willkommensromantik, die weder die Stimmungslage noch die Realität in dieser Stadt und in Deutschland widerspiegelt.

(Beifall bei Dr. Alexander Wolf AfD)

Im Gegensatz zu Ihnen sind wir in diesen Zeiten der Massenzuwanderung der Auffassung, dass Hamburg nicht nur eine Stadt des Ankommens sein darf, sondern für diejenigen, die kein Daueraufenthaltsrecht haben, in der Tat auch eine Stadt des Abschiednehmens ist. Wenn ich dann sehe, dass sich über 7 000 ausreisepflichtige Flüchtlinge in dieser Stadt aufhalten, dann ist das in der Tat ein gewaltiges Versäumnis seitens des Senats. Dieser Senat hat seine Hausaufgaben nicht gemacht. Und wenn DIE LINKE sagt, alle seien gefragt, dann kann ich in diesem Zusammenhang nur Folgendes sagen: Hier hat Frau Schneider wieder deutlich gemacht, was sie von Menschen hält, die ihre eigenen Rechte als selbstbewusste Bürgergesellschaft wahrnehmen, die sich organisieren und innerhalb kürzester Zeit über 10 000 Unterschriften zusammenbringen. Frau Schneider, dass Ihnen das nicht passt, ist mir klar. In diesem Zusammenhang aber noch einmal eine ausdrückliche Gratulation an diese Bürgerinitiativen,

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Darüber freuen die sich sehr!)

die es geschafft haben, diese Unterschriften so schnell zu sammeln. Niemand lässt sich von Ihrer linkselitären Arroganz, Frau Schneider, beeindrucken. Wenn Sie die Bürger, auch die in den Bürgerinitiativen, nicht mitnehmen, dann schadet das der Akzeptanz der Flüchtlingsunterbringung in dieser Stadt, dann schadet es auch der Integration.

Sehr geehrter Herr Dr. Dressel, es überrascht mich natürlich nicht, dass Sie im Angesicht dieses Drucks, der von den Bürgerinitiativen ausgeht, jetzt plötzlich Gesprächsbereitschaft signalisieren. Die-

(Dirk Nockemann)

se haben Sie über ein Jahr deutlich vermissen lassen. Sie haben alle möglichen Rechte der Bürger, der Bezirksversammlung in dieser Stadt eingeschränkt, Mitwirkungsrechte eingeschränkt, bis zur Einschränkung von Grundrechten, als es darum ging, Baumärkte zu beschlagnahmen, und jetzt plötzlich sagen Sie, man könne es nur gemeinsam schaffen. Hätten Sie das eher gemacht, dann müssten Sie sich jetzt nicht mit Bürgerinitiativen auseinandersetzen.

(Beifall bei der AfD)

Frau Suding, auch meine Fraktion hat Bauchschmerzen, wenn wir sehen, dass Flüchtlinge oder Flüchtlingsfamilien nicht angemessen untergebracht werden. Dieses Recht können Sie nicht ausschließlich für sich und die anderen Parteien in diesem Raum reklamieren.

(Beifall bei *Dr. Alexander Wolf* und *Dr. Jörn Kruse*, beide AfD – Zuruf von *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Grundrechte sind nicht verhandelbar. Artikel 12 ist auch für mich nicht verhandelbar. Aber Sie von der LINKEN wollen etwas völlig anderes. Sie wollen jeden Flüchtling, der nach Deutschland kommt, egal auf welchem Wege, egal ob legal oder illegal, hier behalten, und das, muss ich Ihnen sagen, fällt nicht unter den Regelungsgehalt des Artikel 12.

Ich will Ihnen einmal sagen, was für uns nicht verhandelbar ist, nämlich dass ein Staat seine Grenzen dauerhaft öffnet. Grenzen müssen behutsam und kontrolliert geöffnet werden.

(*Farid Müller GRÜNE*: Die waren letztes Jahr offen!)

Was im Augenblick passiert, ist fortwährender Rechtsbruch.

Für nicht verhandelbar halten wir darüber hinaus, dass grundlegende demokratische oder zentrale Prinzipien dieses Rechtsstaats ausgehebelt werden, dass Gewaltenteilung im Zusammenhang mit Flüchtlingen überhaupt nicht mehr stattfindet, sondern dass Frau Merkel eine Art One-Woman-Show macht und die Grenzen in Deutschland ungehindert für den Zugang offen lässt. Das ist für uns nicht verhandelbar.

(Beifall bei der AfD)

Es ist für uns auch nicht verhandelbar, wie Herr Seehofer es sagt, dass es in Deutschland mittlerweile Räume gibt, in denen Recht und Ordnung nicht mehr gelten.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Meinen Sie Sachsen?)

Auch deswegen müssen wir die Massenzuwanderung nach Deutschland begrenzen. Es ist nicht verhandelbar, dass die uneingeschränkte Funktionsfähigkeit dieses Staats – sie leidet im Augenblick –

über dem Artikel 16a des Grundgesetzes steht. Denn – das ist natürlich die normale Logik – wenn die Funktionsfähigkeit dieses Staats eingeschränkt wird, dann haben wir auch Probleme, um das Asylgrundrecht durchzusetzen.

Darüber hinaus sind nicht verhandelbar die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Trennung von Staat und Religion und die Sicherheit und Stabilität in diesem Staat. Meine Fraktion hat ganz erhebliche Bedenken, ob im Zuge dieser gigantischen Zuwanderungswelle diese Grundrechte auf Dauer nicht unter die Räder kommen. Warum sonst sagt die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Frau Özoguz, die Bedingungen des Zusammenlebens in Deutschland müssten täglich neu ausgehandelt werden? Das ist doch Nonsense, das ist doch Mumpitz. Die Grundlagen des Zusammenlebens ergeben sich aus der Verfassung. Wenn man die Grundlagen des Zusammenlebens täglich neu aushandeln muss, dann legt man die Axt an diesen Rechtsstaat.

(Beifall bei der AfD – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Nockemann, ein allerletzter Satz, bitte.

Dirk Nockemann AfD (fortfahrend):* Flüchtlingspolitik macht man nicht mit hypermoralischen Grundsätzen, sondern mit Vernunft und Augenmaß. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt erneut Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE.

Christiane Schneider (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Frau Prien, ich habe die Volksinitiative nicht diffamiert. Ich habe mich mit ihr politisch auseinandergesetzt, und wenn ich für das Instrument der Volksgesetzgebung bin, heißt das nicht, dass ich alles, was auf diese Weise auf den Weg gebracht wird, politisch teile.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe die Volksinitiative nicht diffamiert, sondern nehme sie ernst. Ich nehme sie beim Wort. Und wenn man sie beim Wort nimmt, dann bedeuten diese beiden Forderungen das Aus für die Aufnahme von sehr vielen Flüchtlingen. Das muss man Ihnen sagen, dem müssen Sie sich stellen, daran kann man nicht vorbeireden.

(Beifall bei *Sabine Boeddinghaus DIE LINKE*)

Die Forderungen dieser Volksinitiative laufen auf Obergrenzen hinaus, und zu diesem Vorwurf muss sich die Volksinitiative verhalten. Auch Sie müssen

(Christiane Schneider)

sich dazu verhalten, aber Sie haben darum herumgeredet.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Sie sprachen von guter Integration. Wir haben auch die Größe der Siedlungen kritisiert, und wir kritisieren die Größe einiger Siedlungen immer noch. Man muss aber auch festhalten, dass einiges zurückgenommen wurde. Wir sprechen nicht mehr von sieben Siedlungen in sieben Bezirken mit je bis zu 800 Wohnungen für jeweils fünf Menschen. Es ist gestrichen worden. Wenn es Bestand hat, was Frau Senatorin Stapelfeldt gesagt hat, ist in Haßlohredder, einem unseres Erachtens wirklich sehr schwierigen Standort, einiges zurückgenommen worden. Es gibt immer noch welche, die auch wir unbestritten für zu groß halten. Was mir aber nicht einleuchtet, ist, dass die Volksinitiative kategorisch sagt, 300 Menschen seien eine Obergrenze. Das sei eigentlich schon viel zu viel, hat Herr Schomacker gesagt, das sei eine Obergrenze, und bei Siedlungen über 300 Menschen könne keine Integration mehr stattfinden. Das ist meiner Meinung nach durch nichts bewiesen, sondern reine Behauptung.

Es ist völlig klar, Wohnen ist wichtig, und je dezentraler, desto besser. Es sind doch auch immer noch Unterkünfte. Wir sind für das Recht auf Wohnen, wissen aber auch, dass das nicht so schnell umsetzbar ist. Sehr wichtig sind aber auch ganz andere Felder. Sehr wichtig ist die Schule samt ihrer Infrastruktur und Ausstattung, sehr wichtig ist die Kita, sehr wichtig ist die Arbeit. Deswegen, finde ich, ist der Antrag ein guter Einstieg. Es muss aber noch sehr viel passieren, denn wenn ich die nicht unrealistischen Befürchtungen lese, dass ein großer Teil der Geflüchteten in den nächsten Jahren keine Arbeit bekommt, sondern gelangweilt zu Hause in seiner Unterkunft sitzen muss, dann wird Integration überaus schwierig. Wir Älteren wissen alle noch aus den Sechziger- und Siebzigerjahren, dass eine wesentliche Grundlage für die Integration der Gastarbeitergeneration der Betrieb, die Arbeit, das gemeinsame Arbeiten war. Deshalb ist die Arbeit ein sehr wichtiges Feld der Integration, und in diesem Punkt stehen wir noch am Anfang.

Wie Herr Dr. Dressel schon angesprochen hat, ist Integration ein gegenseitiger Prozess. Einige Tage, nachdem in Berlin ein neues Paket von Notstandsmaßnahmen verabschiedet worden ist, das Asylpaket II, haben sich in Hamburg 2 000 Menschen, ganz überwiegend Geflüchtete, zu einer Konferenz bei Kampnagel getroffen. Dies sollten wir einmal, das meine ich ganz ernst, zum Anlass eines Perspektivenwechsels nehmen. Da treffen sich Menschen, die alles verloren haben, auch ihre Rechte, denn in dieser Welt sind Rechte an die Staatsbürgerschaft geknüpft, und sie sind keine deutschen Staatsbürger. Ihre Herkunftsstaaten ga-

rantieren ihnen keine Staatsbürgerrechte, sind zum Teil im Bürgerkrieg oder als Staaten zerfallen. Ich weiß nicht, ob der eine oder andere von Ihnen einmal Hannah Arendt gelesen hat. Sie hat die Situation zwischen den beiden Weltkriegen beschrieben, als es Millionen staatenlose Menschen gab. Sie war sehr pessimistisch, ob Menschenrechte als Konzept überhaupt Bestand haben, denn zur Durchsetzung von Menschenrechten braucht es die Gewährleistung durch einen Staat. Hannah Arendt hat gesagt, wichtig sei, dass man das Recht darauf, Rechte zu haben, verteidigt. Die Konferenz bei Kampnagel hat gezeigt, dass die dort anwesenden Geflüchteten ihr Recht verteidigt haben, ihr Recht darauf, Rechte zu haben. Sie haben ihr Recht auf Freizügigkeit wahrgenommen, auch ihr Recht darauf, die europäische Asylpolitik generell oder konkret ihre Situation in der Erstunterbringung zu kritisieren. Sie haben auch die Waffenexporte als einen der Gründe, warum sie überhaupt fliehen mussten, kritisiert, und sie haben ihr Recht behauptet, ihre Interessen geltend zu machen und sich damit in diese Gesellschaft einzubringen. Mir hat das sehr viel Mut gemacht. Ich konnte nicht da sein, aber es hat mir sehr viel Mut gemacht, das zu lesen, das zu hören, weil es eine ausgezeichnete Basis für einen Integrationsprozess ist, der auf Augenhöhe stattfindet, eine Basis für die Arbeit, die allen Beteiligten, den Nachbarn, den Geflüchteten abverlangt werden muss, die nötig ist, damit das solidarische Zusammenleben und die Bewältigung unvermeidlicher Konflikte gelingt.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen ist es sehr wichtig, immer darauf zu achten, wie wir die Geflüchteten selbst einbeziehen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Abaci von der SPD-Fraktion.

Kazim Abaci SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wer den Monitoring-Bericht gelesen und verstanden hat, hat auch gesehen, mit wie vielen Menschen wir in diesem Jahr zu rechnen haben, die Hamburg zu versorgen und unterzubringen hat. Es ist zu begrüßen, dass viele in dieser Stadt sich auf den Weg gemacht haben, um diese Menschen aufzunehmen, ihnen ein Dach über dem Kopf zu geben und zu versuchen, diese Menschen zu integrieren. Nur so kann es funktionieren, denn die Stadtgesellschaft lebt nicht nur von den Behörden, sondern von den Ehrenamtlichen, von den Initiativen, von der Regierung, aber auch von der Opposition. Deshalb ist dieses Thema für eine politische Ausschlichtung nicht geeignet. Wir sind alle in der Pflicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

(Kazim Abaci)

Wir sind alle in der Pflicht, nicht nur zu kritisieren, sondern auch konkrete, umsetzbare, objektivierbare Vorschläge zu machen. Keine Vorschläge zu machen, sondern nur zu kritisieren, das ist zu wenig.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Es ist richtig, dass die Flüchtlinge möglichst dezentral in kleineren Einheiten untergebracht werden. Wir müssen aber auch alle unterbringen. Wir können uns nicht erlauben, dass die Menschen, die nach Hamburg kommen, obdachlos oder auf der Straße bleiben. Ja, Integration ist ein gemeinsames Ziel. Die Menschen dezentral und in kleineren Einheiten unterzubringen ist richtig und wichtig, aber wir alle sind moralisch und rechtlich dazu verpflichtet, die Menschen unterzubringen. Dazu gehören nicht nur die kleineren Einheiten bis zu 250 Plätzen, Frau Prien, sondern auch Einheiten mit über 250 oder 300 Plätzen. Aber es ist unangemessen, Einheiten von 400 bis zu 700 Plätzen mit Mümmelmannsberg oder Steilshoop zu vergleichen oder sogar noch von Parallelgesellschaften zu sprechen. Das ist unangemessen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wie der Chef der Diakonie richtigerweise gesagt hat, ist für eine erfolgreiche Integration nicht die absolute Größe der Unterbringung entscheidend, sondern ob im selben Maße die notwendige soziale Infrastruktur wie Schulen, Kitas, Begegnungsräume und Nahversorgung, geplant ist.

Wir alle sind in der Pflicht, mit der Demokratie, auch mit der direkten Demokratie, behutsam umzugehen. Dieses Thema ist in dieser Zeit für eine Volksabstimmung nicht geeignet. Erinnern wir uns an die Situation in Hessen 1999. Dieses Thema führt die Gesellschaft nicht zusammen, sondern polarisiert sie. Wer versucht, das in Kauf zu nehmen, macht keine verantwortungsvolle Politik, Frau Prien und die CDU. So etwas wie 1999 in Hessen, als Menschen gegen Ausländer unterschrieben haben, darf in Hamburg nicht stattfinden.

(Zuruf von *Dennis Thering* CDU)

Deshalb sind wir alle in der Pflicht, aufeinander zuzugehen und gemeinsame Lösungen zu finden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Deshalb finde ich es richtig, dass mit der Initiative gesprochen wird, dass geschaut wird, welche Vorschläge kommen und ob sie umsetzbar und realisierbar sind. Wie Frau Suding richtigerweise gesagt hat, sind sie vielleicht auch nicht realisierbar, aber wichtig ist, dass man darüber spricht und weiterkommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN – *Karin Prien* CDU: Sie müssen zu Ergebnissen kommen!)

Präsidentin Carola Veit: Herr Trepoll von der CDU-Fraktion bekommt das Wort.

André Trepoll CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Abaci, ich weiß nicht, was es bringt, wenn Sie jetzt mehrere Dinge miteinander vermischen. Wir müssen doch sehen, in welcher Situation wir uns heute in Hamburg befinden. Ich möchte etwas Grundsätzliches sagen. Sie wissen, dass wir uns als CDU lange mit dem Instrument der Volksgesetzgebung schwergetan haben, aber durchaus auch das Nebeneinander von parlamentarischer Demokratie und Volksgesetzgebung als Wert anerkannt haben. Wir haben immer gesagt, dass es besonders schwierig ist, bei komplexen Problemen mit Ja- und Nein-Fragen zu arbeiten. Das birgt immer Risiken; das muss man so deutlich sagen. Das gilt für dieses Problem genauso wie für andere Probleme. Es geht aber nicht, dass man sich die Möglichkeit von Volksgesetzgebung politisch aussucht, Frau Schneider. Das können wir nicht machen. Auch wenn uns vielleicht das Thema nicht gefällt, müssen wir es aushalten, diese Diskussion in der Stadt zu führen, und ich finde, die Initiative macht das sehr anständig.

(Beifall bei der CDU und bei *Carl-Edgar Jarchow* FDP und *Dr. Alexander Wolf* AfD)

Die Initiative macht das sehr anständig, sie hat sich von Anfang an klar gegen rechte Tendenzen abgegrenzt. Daran lässt sie überhaupt keinen Zweifel. Deshalb glaube ich, ist das erst einmal eine grundsätzlich gute Voraussetzung, um hier in einen vernünftigen Diskurs zu kommen. Herr Tjarks, natürlich kann man fürs gute Gewissen auf uns schimpfen, mit dem Finger auf uns zeigen und sagen, wir als Opposition seien schuld – das machen Sie doch schon die gesamte Legislaturperiode. Das wird Ihnen aber nicht weiterhelfen.

(*Dr. Anjes Tjarks* GRÜNE: Bis jetzt hat es mir gut gefallen, Herr Trepoll!)

Sprechen Sie mit Ihren Bezirkskollegen.

(*Milan Pein* SPD: Fragen Sie doch einmal Ihren Kollegen Fischer in Harburg, der ist gegen die Bürgerinitiative!)

Sie sehen die Karten jetzt täglich in der Stadt und wissen, wie viele einzelne Flüchtlingseinrichtungen es in der Stadt gibt, denen viele Kollegen in den Bezirken einvernehmlich zugestimmt haben. Das müssen wir auch einmal festhalten.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Und jetzt kommen wir auf den Kern der Sache zu sprechen, nämlich die Frage, ob es Sinn macht, diese Großunterkünfte, diese Massenunterkünfte

(André Trepoll)

in der Stadt einzurichten. Ich glaube, es gibt keinen, selbst in Ihren Reihen, der sagt, sie seien für die Integration der beste Weg. Sie begründen das anders, Sie sagen, man habe keine andere Chance. Ich habe aber keinen Soziologen, keinen Wissenschaftler, keinen Politiker, keinen Abgeordneten getroffen, der sagt, für die Integration sei das der beste Weg. Und wenn das so ist, müssen wir uns als Politiker schon die Frage nach Alternativen stellen und dazu bereit sein, darüber nachzudenken und mit den Menschen zu sprechen. Dass der Vorschlag der Initiative, mit einer Schablone darüber zu gehen und die Dinge, die Sie auch benannt haben, 300 Menschen, 1 Kilometer von der Nachbarschaft entfernt und so weiter, auch nicht der beste Weg sind, ist jedem klar.

Entscheidend ist doch die Frage, warum das gemacht wird. Das kann ich Ihnen erklären. Es wird gemacht, weil Sie in der Vergangenheit sehr trickreich vorgegangen sind. Sie nehmen irgendeine Kreuzung, da ist die eine Einrichtung, die hat den Straßennamen, da ist die andere, die ist direkt nebenan, die hat einen anderen Straßennamen. Und das sorgt bei den Menschen natürlich für Misstrauen

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

und führt dazu, dass solche Vorschläge gemacht werden.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Trepoll, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

André Trepoll CDU (fortfahrend): Nein, herzlichen Dank. – Natürlich sorgt es dafür, dass wir uns darüber unterhalten müssen. Die Fragen sind auch richtig gestellt, Herr Abaci. Aber bei einer Einrichtung wie zum Beispiel in Neugraben-Fischbek, wo Sie 4 500 Menschen, darunter 1 000 Kinder, von denen 700 schulpflichtig sind, unterbringen wollen, brauchen Sie eine Schule, eine eigene Schule nur für diese Kinder. Da werden Sie mir doch Recht geben, eine eigene Schule nur für Migranten kann nicht im Sinne der Integration sein.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb müssen wir uns weiter Gedanken machen. Es kann mit diesen Groseinrichtungen so nicht funktionieren, das müssen Sie erkennen. Und, meine Damen und Herren, das zeigt auch Ihre Reaktion heute. So ruhig und bedächtig, wie die Diskussion geführt wird, wird die Aufregung bei Ihnen auch ein bisschen abgenommen haben. Seien wir doch einmal ehrlich, die Sache ist entschieden. Wenn die Initiative innerhalb von dreieinhalb Tagen fast 30 000 Unterschriften sammelt – sie haben sogar aufgehört zu zählen, weil sie es gar nicht schaffen konnten, alle Unterschriften zu sam-

eln –, dann ist die Sache in der Stadt entschieden.

(Beifall bei der CDU)

Wir können das jetzt auf die harte Tour lernen, indem wir den ganzen Prozess machen, oder wir können die Chance ergreifen und unsere Energie und unsere Initiative darauf verwenden, dass wir auf die Menschen zugehen und vernünftige Vorschläge machen, die natürlich nicht bedeuten, es gingen überall nur 300er-Einrichtungen. Aber das ist jetzt Ihre verdammte Verantwortung als Regierung, da müssen Sie jetzt liefern.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, dass es in Ihren Reihen diese zarten Pflänzchen gibt, dass Sie auch diskutieren, ob das denn eigentlich Sinn mache, ob man das so machen solle. Deshalb kann ich Sie als Abgeordnete und die GRÜNEN als Koalitionspartner nur dazu ermutigen, sich zu trauen, mit Ihrem Bürgermeister zu sprechen und den Rücken gerade zu machen. Es ist ein Dienst für die Stadt. Deshalb haben Sie diesen Mut und treffen Sie diese Entscheidung, jetzt auf die Menschen zuzugehen. Es gibt keinen anderen Weg. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion hat noch einmal das Wort.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Beste an der Debatte ist – da schaue ich einmal nach ganz rechts –, darin sind wir uns alle sehr einig, dass die AfD in ihr keine Rolle spielt, Herr Nockemann. Das finde ich in der Sache sehr gewinnbringend.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei *Sabine Boeddinghaus DIE LINKE* und *Michael Westenberger CDU*)

Bezüglich der Frage, was geschlossene Grenzen sind, möchte ich einfach nur den dezenten Hinweis geben, dass wir ein Schengen-System haben, das explizit offene Grenzen vorsieht, und zumindest ich das relativ gut finde.

(*Dirk Nockemann AfD:* Es muss kontrolliert werden, Herr Tjarks!)

Ich weiß nicht, wie Sie dazu stehen, aber das ist die geltende Rechtslage in Deutschland, und genau die haben wir weiterhin und die verteidigen wir. Und das ist auch in der Sache richtig so.

Wenn ich noch eine kleine Randbemerkung machen darf: Das Asylrecht ist Artikel 16a, und Artikel 12 bezieht sich auf die Berufsfreiheit. Insofern sollten Sie einmal darauf achten, worüber Sie eigentlich reden.

(Dr. Anjes Tjarks)

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Behauptung, wir würden nicht mit den Bürgerinnen und Bürgern reden, wird nicht dadurch richtiger, dass man sie immer wiederholt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD –
Dennis Thering CDU: Die sammeln doch nicht umsonst die Unterschriften!)

– Herr Thering, schreien Sie nicht so herum, melden Sie sich da vorn, wenn Sie eine Frage haben.

Mit allen Volksinitiativen oder Bürgerinitiativen, die Sie da oben so produziert haben, Volksdorf, Ohlsdorf, Hummelsbüttel, Bergstedt und Poppenbüttel, sind sowohl Herr Dressel als auch Frau Blömeke etwa zweimal die Woche im Gespräch. Ich rede mit Rissen, mit Harburg und mit dem Dachverband bereits das dritte Mal. In den Bezirken gibt es diverse Workshops zu dem Thema. Sie sollten nicht so tun, als ob wir mit dem Bürger nicht reden.

(Zuruf von der CDU: Ernsthaft!)

Die Schwierigkeit ist, dass man zusammenbringen muss, dass viele Menschen kommen, wie man die Plätze in einer angemessenen Zeit, nämlich innerhalb dieses Jahres, schaffen kann

(Zurufe von der CDU)

und wie das zusammengeht mit der Fragestellung Bürgerbeteiligung und dass die Leute häufig nicht die Plätze vor ihrer Haustür haben wollen. Das müssen Sie zusammenbringen, und das ist keine einfache Aufgabe. Aber tun Sie nicht so, als ob wir mit den Bürgern nicht reden würden. Das ist wirklich einfach falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es ist auch deswegen falsch, weil die Realität gar nicht mehr so ist, wie hier immer behauptet wurde. Man ist einmal mit sieben Flächen à 4 000 Leute gestartet.

(*André Trepoll CDU*: Dann gehen Sie doch den Weg zu Ende!)

Jetzt haben wir 17 Flächen.

(*André Trepoll CDU*: Geht doch!)

Haßlohrredder wird nicht mehr gebaut, Bergedorf hat 1 000 Menschen weniger, in Altona wurde geteilt und in Wandsbek von vornherein aufgeteilt. Das sind aber wirkliche Herkulesaufgaben, und Sie tun immer so, als ob das Klein-Klein sei. Ihr Sozialsenator in Berlin, Herr Hamann, Herr Czaja, hat eine Unterkunft am Flughafen Tempelhof mit 15 000 Plätzen geplant.

(*Karin Prien CDU*: Für drei Jahre!)

Und er hat sie auf 7 000 reduziert.

(*Dennis Thering CDU*: Darauf können wir uns auch einig!)

Das ist die Situation, vor der die Stadtstaaten stehen, und das ist die Herausforderung, die ich gern mit Ihnen gemeinsam bewältigen würde, aber dann müssen Sie diese Realität auch annehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Was Frau Schneider gesagt hat, finde ich richtig. Ich finde es auch gut, was Sie gesagt haben. Man wird das kaum schematisch machen können, aber wenn wir uns darin einig sind, dass Grundrechte unteilbar sind, dann muss es am Ende auch aufgehen, und zwar in diesem Jahr. Und dann muss man sich sehr konkret darüber unterhalten, wie das gehen könnte. Ich finde schon, dass man berechnete Zweifel daran haben kann, dass der Vorschlag der Volksinitiative so umzusetzen ist. Das hat natürlich schon Konsequenzen für die Grundrechte, und deswegen ist es wichtig, dass wir uns gemeinsam um einen Weg bemühen, der beides ermöglicht. Aber jedem muss klar sein, dass die Grundrechte in dieser Stadt auch nicht einfach verhandelbar sind.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei
Christiane Schneider DIE LINKE)

Abschließend möchte ich gern noch etwas zu der Aussage der FDP, wir würden uns darüber schon lange Gedanken machen, sagen. Ich habe einen FDP-Antrag zu den Tragflughallen und einen FDP-Antrag vom 12. Februar 2016 zu dem Konzept gefunden, wie das mit der Flüchtlingskrise gehen soll. Zwei Jahre, nachdem die Herausforderung begonnen hat, fordert die FDP drei Kernpunkte, wie man dieses Unterbringungsproblem lösen kann. Der erste Punkt ist, dass wir den Königsteiner Schlüssel ändern sollen. Diese Auffassung kann man vertreten,

(*Jörg Hamann CDU*: Das wollen Sie doch auch!)

aber man muss wissen, dass dies ein Pakt zulasten Dritter ist, dem man nicht einfach zustimmen kann.

(*Jörg Hamann CDU*: Ein Pakt zulasten Dritter?)

Der zweite Punkt ist, dass die FDP die norddeutsche Zusammenarbeit intensivieren will. Das wollen wir auch, aber auch dafür braucht man Dritte, die gern mehr Flüchtlinge aufnehmen möchten, Herr Hamann.

Der dritte Punkt ist, dass die FDP das Wohnungsbauprogramm ankurbeln möchte. Das wollen wir auch.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Machen wir!)

Aber man muss auch sagen, das reicht nicht für 20 000 Plätze in diesem Jahr. Darin sollten wir uns alle einig sein, insbesondere wenn man besonders ausgefeilte Beteiligungsverfahren durchführen möchte.

(Dr. Anjes Tjarks)

Den vierten Punkt, nämlich dass die FDP die Grunderwerbsteuer senken möchte, erspare ich mir jetzt zu kommentieren. Aber das, liebe Katja, ist keine Möglichkeit, dieses akute Problem zu lösen.

(Zuruf von *Katja Suding FDP*)

Das reicht aus meiner Sicht als Antwort nicht aus.

(Zuruf von *Katja Suding FDP*)

Deswegen würde ich mich sehr freuen, wenn wir uns am Stadtmodell wiedersehen würden, um dann gemeinsam Flüchtlingsunterkünfte zu finden.

Ich habe den Antrag vor mir liegen und kann gern daraus zitieren:

"Punkt 2, Norddeutsche Zusammenarbeit: gemeinsam ein tragfähiges Konzept entwickeln. Punkt 1, Realitätstauglicher Verteilungsschlüssel für Bund und Länder."

Und so weiter.

(*André Trepoll CDU*: Das haben Sie aus der letzten Legislaturperiode! Das ist doch zwei Jahre alt!)

Genau das steht hier. Das ist zu wenig, wenn man hier aktiv an der Debatte teilnehmen möchte. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Frau Dutschke von der FDP-Fraktion bekommt das Wort.

Jennyfer Dutschke FDP:* Vielen Dank. – Herr Dr. Tjarks, Sie sind wirklich verdammt kurzsichtig. Sehen Sie sich einmal an, was wir in den letzten zehn oder zwölf Monaten geleistet haben. Recherchieren Sie einmal, was Martina Kaesbach gemacht hat. Geben Sie den Namen einfach einmal in die Parlamentsdatenbank ein, 20. Wahlperiode. Da finden Sie nämlich noch mehr. Das einmal für Sie zur Information.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wenn Sie unser Konzept nicht verstehen, erkläre ich es noch einmal – für Sie. Wir wollen den Königsteiner Schlüssel nicht verändern, wir wollen, dass der Königsteiner Schlüssel zweigliedrig angewendet wird,

(*Farid Müller GRÜNE*: Oha!)

und zwar so, dass die finanziellen Lasten nach dem bisherigen Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt werden. Ein weiterer Schlüssel soll berücksichtigen, dass die Fläche in einem Stadtstaat nun einmal eingeschränkt ist. Diesen Aspekt muss man berücksichtigen. Danach sollen die Personen verteilt werden. Dann hat man eine

faire Verteilung von Personen und von finanziellen Lasten.

(Beifall bei der FDP – Glocke – *Hansjörg Schmidt SPD*: Du musst mal Luft holen!)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Frau Dutschke hat das Wort und sie atmet, wie sie möchte.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Fahren Sie bitte fort, Frau Abgeordnete.

Jennyfer Dutschke FDP (fortfahrend): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Wenn Sie sich einmal die norddeutsche Kooperation ansehen, Herr Dr. Tjarks, dann muss ich wohl eher in Richtung Dr. Dressel gucken. Die Länder werden alle von der SPD regiert, und wenn es Ihnen nicht gelingt, vernünftig mit Ihren Parteifreunden zu verhandeln, dann ist das eine Schwäche Ihrer Fraktion und Ihrer Partei und nicht ein Problem dieser Stadt.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir in die Diskussion einbringen, dass das Wohnungsbauprogramm überarbeitet werden muss, dann deshalb, weil Ihre Senatorin gesagt hat, es gebe 18 000 Wohnungsbauüberhänge, 18 000 Wohnungen, die genehmigt und noch nicht fertiggestellt sind, und sie will keine einzige dieser Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung stellen. Da ist doch der Fehler im System.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Sollen wir die enteignen, oder was? – Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist doch offensichtlich, dass dieser Senat angesichts der Volksinitiative mit dem Rücken zur Wand steht.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich bemühen, werden Sie alle zusammen wahrscheinlich lauter sein als Frau Dutschke. Ich möchte Ihnen aber davon abraten, weil wir uns in diesem Hause anders verabredet haben. Also hören Sie bitte Frau Dutschke zu.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Jennyfer Dutschke FDP (fortfahrend):* Mit dieser kompromisslosen Basta-Politik stoßen Sie die Bürger immer und immer wieder vor den Kopf. Sie haben jede konstruktive Diskussion mit Überheblichkeit und selbstverliebter Wir-machen-sowieso-was-wir-wollen-Rhetorik beendet.

(Jennyfer Dutschke)

(*Wolfgang Rose SPD*: Das ist doch völliger Quatsch!)

Dieser Senat und diese rot-grüne Koalition, die diesen schlechten Stil und diese desintegrative Flüchtlingspolitik hinnehmen, sind dafür verantwortlich, dass diese Bürger in der Stadt den einzigen Weg gehen, der ihnen bleibt, nämlich der Volksentscheid. Das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der FDP)

Statt nun endlich eine konstruktive Auseinandersetzung zu suchen und die Angst der Menschen in dieser Stadt vor Parallelgesellschaften, sozialen Brennpunkten, Armut und Desintegration ernst zu nehmen, stellt dieser Bürgermeister sich gestern vor die Presse und gibt vor, das innovativste Instrument des Jahrhunderts zur Bürgerbeteiligung gefunden zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Dass jetzt eine Computersimulation Partizipation schaffen soll, ist angesichts des massiven Drucks, der innerhalb des letzten Jahres entstanden ist, doch wirklich ein schlechter Witz. Das ist pure Vortäuschung einer Bürgerbeteiligung, die als einziges Ziel hat,

(*Gabi Dobusch SPD*: Sie haben es nicht angeguckt, oder?)

die Senatspläne zu untermauern und die Kritiker mithilfe einer Beschäftigungstherapie mundtot zu machen. Das kann doch nicht allen Ernstes Ihre Vorstellung von Bürgerbeteiligung sein. Vor einem Jahr wäre dieses Projekt ein positiver Ansatz gewesen. Aber angesichts der überheblichen Haltung, die nicht zuletzt durch Ihre Stadtentwicklungssenatorin während der Anhörung der Initiativen Anfang Februar noch einmal deutlich geworden ist,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Sagen Sie mal nichts gegen die Frau Senatorin hier, Frau Dutschke!)

kann bei diesem Projekt wirklich nur das herauskommen, was Sie als alternativlos propagieren. Das wird doch schon daran deutlich, dass Sie in diesem Programm nur Flächen berücksichtigen, die über 1 000 Quadratmeter groß sind, und dass in diesen Flächen schon Wohnungsbauflächen ...

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: 40 Flüchtlinge passen da rein!)

– Es kommt immer darauf an, wie hoch man ein Haus baut, Herr Dr. Dressel. Aber dass Sie nicht in der Lage sind, das etwas umfangreicher zu erfassen, ist auch deutlich geworden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Dieses Programm berücksichtigt aber eben nicht alle Flächen, auch nicht die Flächen, die Sie für

Wohnungsbau vorhalten. Sie prüfen keine kleineren Flächen zur Baulückenverdichtung, Sie prüfen keine Dachgeschossausbauten, Sie prüfen keine Verdichtung in die Höhe.

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich übernimmt den Vorsitz.)

Damit sind doch diverse Optionen schon vom Tisch, bevor die Diskussion über Ihre Bürgerbeteiligung überhaupt anfängt.

(*Gabi Dobusch SPD*: Die hat doch echt keine Ahnung!)

Seit über einem Jahr bekommen Sie regelmäßig Angebote und Anregungen von Bürgern, die aus Ihrer Behörde mit der Phrase ...

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Es leuchtet und blinkt jetzt schon länger. Sie sprechen schnell, aber Sie schaffen es nicht, dass die Zeit rückwärts läuft.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Jennyfer Dutschke FDP (fortfahrend):* Wenn ich hier ständig unterbrochen werde ...

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Also ich würde denken, dass das ein guter Abschluss war.

Jennyfer Dutschke FDP (fortfahrend):* Ich kann mich ja noch einmal melden.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man kann wohl davon ausgehen, dass das heute eine Art Auftaktveranstaltung für ein Thema ist, das uns dieses und das nächste Jahr und wahrscheinlich noch viel länger begleiten wird. Dass die Bürger sich jetzt persönlich formieren, ist klar gegen den Senat, gegen Rot-Grün. Sie, Herr Tjarks, sagten mit Blick auf uns, Sie seien froh, dass in diesem gesamten Desaster die AfD politisch keine Rolle spiele. Dass das der Vorsitzende einer Fraktion sagt, dessen Partei in Umfragen gerade von der AfD überholt wurde, wundert mich sehr. Wir liegen vor Ihnen. Wir spielen eine Rolle in Hamburg.

(Beifall bei der AfD)

Dass die Bürger sich nun organisieren, verstehen natürlich wir am besten, da wir deren Argumente

(Dr. Bernd Baumann)

am längsten vertreten. Das wissen die Bürger, deren Stimmen Ihnen jetzt fehlen, natürlich auch. Aber wir bekommen noch mehr mit. Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen ist; bei uns jedenfalls klingeln die Telefone, die Bürger aus den Bürgerinitiativen rufen uns an.

(Karin Prien CDU: Nee, echt?)

Diese Bürger haben, und da hört alles Lachen auf, Angst. Sie haben richtig Angst.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Wenn nicht, dann machen Sie ihnen Angst!)

Dabei geht es nicht nur um Kinder und Schulwege und solche Dinge. Spielt die Angst für Sie eine Rolle? Diese Leute sitzen hier und hören zu; sollen sie Ihr Lachen hören? Nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass diese Leute wirklich Angst haben. Das geht sogar so weit, dass bei einzelnen, bei normalen Mittelstandsfamilien am Stadtrand, die ein Häuschen abzuzahlen haben, die Banken anrufen und Nachforderungen an die Sicherheiten stellen, weil der Immobilienwert sinkt.

(Dirk Kienscherf SPD: Wo ist das denn der Fall?)

Sie sind ratlos. Sie haben echte Probleme.

(Zurufe – Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Baumann.

Dr. Bernd Baumann AfD (fortfahrend):* Ich gehe davon aus, dass sie auch bei Ihnen anrufen. Es würde mich wundern, wenn dem nicht so ist. Wir stehen in Kontakt mit den Bürgern, Sie hoffentlich auch. Diese existenziellen Ängste spiegeln sich in Zehntausenden Unterschriften wider, die in wenigen Tagen zusammengekommen sind, und zwar auf Grundlage der verfehlten Politik in diesem Hause.

Noch ein kurzes Wort zur CDU. Herr Trepoll, Sie machen sich mit der Bürgerinitiative gemein, indem Sie sagen, Sie verstünden das, und rufen hier in den Raum, warum nicht kleinere Unterkünfte, kleinere Bereiche, kleinere Bezirke gemacht würden. Sie verweisen auf die politische Verantwortung von Rot-Grün. Herr Trepoll, das Grundproblem in diesem Land ist die CDU. Es ist Ihre Partei, die den ganz großen Hahn aufgedreht und die Grenzen geöffnet hat.

(Zuruf von Karin Prien CDU)

Das Kernproblem, das die Verwaltung in dieser Stadt hat, ist es, die Menschen menschenwürdig unterzubringen mit den Möglichkeiten, die sie hat: mit einer Verwaltung, die im modernen Sinne abgeschmolzen ist, die für das normale Geschäft

ausgerüstet ist bei Wohnung, bei Sicherheit, bei Unterstützung sozialer Art aller Form. Da gibt es keine Überhänge, die plötzlich Tausende oder Zehntausende Menschen betreuen können. Klar greift der Senat zu dem Mittel, das er hat. Er macht größere Bezirke, weil es organisatorisch und finanziell im Moment nur so möglich ist. Aber die Ursache ist Ihre verfehlte Politik im Bund, Herr Trepoll. Und deswegen ist es etwas zynisch, sich hinzustellen und zu sagen, Sie seien aufseiten der Bürger. Sie sind es nicht. Die CDU ist nicht aufseiten der Bürger. Das ist Tatsache.

(Michael Westenberger CDU: Schabernack! – Jörg Hamann CDU: Was für größere Bezirke eigentlich?)

Herr Trepoll, ich bin auf Ihre Antwort gespannt. Wir reden jetzt über Fakten, über die Lage im Bund und den Senat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Herr Hamann, auch Sie sind gern aufgerufen, zu antworten.

(Jörg Hamann CDU: Nein, darauf nicht!)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Dr. Mathias Petersen von der SPD-Fraktion.

Dr. Mathias Petersen SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Haushälter möchte ich einmal etwas zu der Frage sagen, ob wir den Königsteiner Schlüssel verändern sollten oder nicht. Das sollten wir uns dreimal überlegen, weil unsere Zuwendungen beziehungsweise das, was wir zahlen müssen, auch vom Königsteiner Schlüssel abhängt. Und wenn wir dort eine Veränderung hätten, wäre das für die Stadt überaus schlecht.

(Katja Suding FDP: Herr Petersen, darum geht es doch gar nicht!)

Zweitens möchte ich als Rissener einfach einmal darstellen, wie das bei uns in Rissen funktioniert. Wir haben in Rissen eine Unterbringungsmöglichkeit in Sieversstücken, wo 750 Flüchtlinge untergebracht sind. Diese Einrichtung wird sehr massiv unterstützt von Bürgerinnen und Bürgern in Rissen, die dort sehr viel für die Integration tun und denen ich dafür sehr dankbar bin.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Diese Einrichtung hat zu keinem einzigen Zeitpunkt in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass es dort irgendwelche Auffälligkeiten gegeben hätte. Als Rissener muss ich sagen, dass man diese Einrichtung gar nicht bemerkt. Bei 750 Menschen von Getto zu sprechen verbietet sich. Das geht nicht.

(Dr. Mathias Petersen)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Trepoll, ich bin übrigens der CDU in Altona sehr dankbar, denn genau wie Sie gesagt haben, haben wir in den vergangenen Jahren jede Einrichtung in Altona sehr einvernehmlich hinbekommen.

(André Trepoll CDU: Sehr anständig von Ihnen!)

Übrigens haben wir in der Bezirksversammlung auch einvernehmlich den Beschluss gefasst, dass wir in der Nachbarschaft von Sieversstücken eine Einrichtung mit 400 Flüchtlingswohnungen und 200 Wohnungen für Hamburgerinnen und Hamburger schaffen wollen.

(Karin Prien CDU: Nein! Falsch!)

– Nicht nein, Frau Prien. In der Bezirksversammlung hat es den Beschluss gegeben, dass wir dieses dort einvernehmlich hinbekommen wollen.

Von daher verstehe ich nicht so recht, dass Sie sich jetzt davon verabschieden wollen. Das fände ich schade, weil es bedeuten würde, dass wir keine festen Unterkünfte für zum Beispiel die Flüchtlinge, die in Sieversstücken in Containern untergebracht sind, schaffen könnten. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Rissener und Rissenerinnen auch dieses hinbekommen hätten. Das funktioniert übrigens mit dem, was die Bürgerinitiative will, gar nicht mehr. Wir werden keinen einzigen weiteren Flüchtling in Rissen unterbringen können, im Gegenteil, es wird dazu führen, dass wir die 750 Plätze, die wir dort haben, auf 300 reduzieren müssen. Das heißt, wir müssen in ganz Altona weitere 45 Unterkünfte für Flüchtlinge finden. Ich finde es bedauernd, wenn es in einer Einrichtung, die keinem einzigen Menschen in Rissen zu keiner Zeit irgendwelche Probleme macht und in der Rissenerinnen und Rissener sehr viel für die Integration tun, zu einer solchen Reduzierung käme.

Übrigens finde ich auch den Hinweis, Integration sei nur möglich, wenn die Zahl von 300 Flüchtlingen nicht überschritten wird, abwegig, um es einmal so auszudrücken.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Sabine Boeddinghaus DIE LINKE*)

Integration ist nicht von irgendeiner Zahl abhängig, sondern davon, ob wir Hamburgerinnen und Hamburger Integration wollen,

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Nebahat Güçlü und Dora Heyenn, beide fraktionslos)

ob wir vor Ort den Flüchtlingen helfen wollen, sich einzuleben. Sehr viele Hamburgerinnen und Hamburger tun das, und ich finde es schade, ihnen den Eindruck zu vermitteln, das, was sie tun, funktioniert nicht, weil 750 Menschen dort sind. Ich würde mich sehr freuen, wenn auch die Initiative ein bisschen darauf schauen würde, wie es jetzt ist.

Ich würde es schade finden, wenn wir in Rissen die Einrichtung Sieversstücken mehr als halbieren müssten. Und ich finde es schade, wenn wir den Integrationsgedanken nur auf eine Anzahl zurückführen. Ich würde mir wünschen, dass wir den Integrationsgedanken, den sich ganz viele Hamburgerinnen und Hamburger machen, ernst nehmen und sie noch weiterhin dahingehend unterstützen, dass sie diese Aufgabe weiterführen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Nebahat Güçlü und Dora Heyenn, beide fraktionslos)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächste erhält das Wort Karin Prien von der CDU-Fraktion.

Karin Prien CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Petersen, das ist wirklich unredlich, was Sie machen.

(Zurufe von der SPD)

Wie Sie wissen, ist Sieversstücken eine sehr erfolgreiche Einrichtung, die mit rund 300 Menschen über viele Jahre hinweg richtig gut geklappt hat und für die der runde Tisch – übrigens von Blankenese aus – eine lange Zeit gute Arbeit geleistet hat. Sie wissen ganz genau, dass dort seit wenigen Wochen 750 Leute wohnen, und ob Integration an diesem Standort in dieser Größenordnung tatsächlich gelingen wird, wird die Zukunft zeigen. Wir hoffen das, aber belegen können Sie das bis heute jedenfalls nicht.

Im Übrigen ist es so, dass in der unmittelbaren Nähe von Sieversstücken II, wenn es nach Ihren Plänen, nicht den Plänen der CDU Altona geht – dazu werde ich gleich noch etwas sagen –, eine weitere Unterkunft entstehen wird, in der über 2 000 Flüchtlinge untergebracht werden sollen. 2 000 und 750 – ich weiß, auch Sie, lieber Herr Petersen, können rechnen – sind 2 750 Menschen. Ich würde mich tatsächlich die These zu sagen wagen, dass eine wirklich gelingende Integration bei einer Unterbringung mit 2 750 Menschen tatsächlich nicht möglich ist. Dabei kommt es eben doch auf die Zahl an, Herr Petersen.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Joachim Körner AfD)

Insofern bin ich sehr froh, dass unsere Fraktion in Altona sich konstruktiv an der Identifikation weiterer Flächen beteiligt, die dazu beitragen können, genau diese Anzahl von Plätzen in Rissen weiter abzuschmelzen. Wir haben einem Antrag zugestimmt, der die Prüfung der drei alternativen Standorte – die Sie kennen – ermöglichen soll. Wir haben damit aber keinesfalls gesagt, dass das das Ende der Fahnenstange ist. Lassen Sie uns doch genau diesen Altonaer Weg zusammen weiterge-

(Karin Prien)

hen. Lassen Sie uns weitere Flächen in Altona und in den anderen Bezirken gemeinsam ermitteln. Auf diesem Weg kann es funktionieren. Da dürfen Sie jetzt nicht haltmachen. Haben Sie den Mut, diesen Weg weiterzugehen, dann haben Sie uns auch auf Ihrer Seite. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Das Wort erhält jetzt Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion für noch zweieinhalb Minuten.

Antje Möller GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nein, ich werde nicht so schnell sprechen wie die Kollegin von der FDP. Ich versuche einmal etwas zusammenzubinden, weil wir vielleicht an einem Punkt sind, an dem wir sagen, dass im Moment das Schwerpunktthema die Frage nach der Unterbringung ist. Aber das, was Herr Dr. Petersen gefordert hat und was auch Sie, Frau Prien, eben gefordert haben, geht doch längst voran. Die Bezirke sind eigentlich alle weiter als wir in unseren Debatten. Wir kommen überhaupt nicht über den Punkt hinaus – jedenfalls nicht in der bürgerschaftlichen Debatte –, dass über das geredet wird, was Sie grundsätzlich kritisieren und schon vor einem halben Jahr kritisiert haben. Sie nähern sich nicht dem, was längst in dieser Stadt passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zu dem Punkt würden wir gern einmal kommen.

Wenn das nicht verständlich war, kann man das auch noch konkreter sagen. Sie hängen immer hinter dem her, was entweder auf der Bundesebene schon passiert, obwohl Sie dort dichter dran sind als wir zum Beispiel, oder hinter dem, was hier von Rot-Grün schon entwickelt wird. Wir kommen nicht voran, wenn Sie immer wieder damit anfangen, das Asylrecht müsse verschärft werden oder es dürfe keine 3 000er- oder 4 000er-Unterbringungen geben. Die Debatte hat doch gezeigt, dass die Politik, die wir hier machen und die wir gern gemeinsam machen würden, diesen Stand schon längst überwunden hat.

(Zuruf: Überwunden? Wie kommen Sie jetzt dazu? – *André Trepoll CDU:* Wo gibt es denn eine 4 000er-Einrichtung?)

Sie haben längst alle die Beispiele aufgezählt, wo sich etwas bewegt hat. Da wird sich auch weiter etwas bewegen. Aber man muss es wahrscheinlich fünfmal sagen, und dann hören Sie immer noch nicht zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Damit sind wir am Ende der Aktuellen Stunde für heute

angekommen. Wir werden sie morgen mit dem zweiten Thema fortsetzen.

Ich rufe jetzt auf Punkt 5 der Tagesordnung, Drucksache 21/3275, Wahl des Präsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts.

**[Senatsantrag:
Wahl des Präsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts
– Drs 21/3275 –]**

Da das Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht in seinem Paragraphen 4 eine geheime Wahl vorschreibt, findet die Wahl in Wahlkabinen statt. Wir verfahren so, dass Frau Yilmaz und Herr Kreuzmann abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und dort Ihren Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Mit dem Stimmzettel gehen Sie bitte in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte darum, den Stimmzettel nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Herrn Kreuzmann, bei dem die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Zettel in die Wahlurne.

Ich darf nun Herrn Kreuzmann bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und die Stimmabgabe abgeschlossen ist. Damit erkläre ich die Wahlhandlung für geschlossen.

Ich bitte nun, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 16.32 Uhr

Wiederbeginn: 16.40 Uhr

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Bei der Wahl des Präsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind 115 Stimmzettel abgege-

(Präsidentin Carola Veit)

ben worden. Alle waren gültig. Herr Friedrich-Joachim Mehmel erhielt 93 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen.

(Anhaltender Beifall bei allen Fraktionen)

Damit ist Herr Mehmel zum Präsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt worden. Bitte kommen Sie hier nach vorn in unsere Mitte.

Herr Mehmel, die Hamburgische Bürgerschaft hat Sie soeben zum Präsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt. Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Friedrich-Joachim Mehmel: Ja.

Präsidentin Carola Veit: Da Sie bereits Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind, haben Sie den Eid nach Paragraf 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht vor der Bürgerschaft schon geleistet; eine erneute Verteidigung ist nicht erforderlich. Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen als Präsident des Hamburgischen Verfassungsgerichts eine glückliche Hand in der Amtsführung, alles Gute und auch Befriedigung bei der neuen Aufgabe. Herzlichen Glückwunsch.

(Anhaltender Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 4, Drucksachen 21/1466, 21/2316 und 21/3102, Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde und Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung sowie die Abberufung des Vorsitzenden der Kommission für Bodenordnung und Wahl einer Nachfolgerin.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde

– Drs 21/1466 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung

– Drs 21/2316 –]

[Senatsantrag:

Abberufung des Vorsitzenden der Kommission für Bodenordnung und Wahl einer Nachfolgerin

– Drs 21/3102 –]

Bevor wir mit der Durchführung der Wahlen beginnen, haben wir zunächst über den ersten Spiegelstrich der Drucksache 21/3102 abzustimmen. Hier

rin bittet der Senat die Bürgerschaft, der Abberufung des derzeitigen Vorsitzenden der Kommission für Bodenordnung, Herrn Michael Lindau, mit Ablauf des 29. Februar 2016 zuzustimmen. Herr Lindau ist mit Ablauf des Monats Februar in den Ruhestand getreten.

Wer nun also diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir dieser Bitte einstimmig zugestimmt, und damit ist der Antrag angenommen.

Eine Ersatzwahl ist für die Zeit ab dem 1. März 2016 erforderlich. Diese werden wir jetzt gleich vornehmen. Die Fraktionen haben vereinbart, dass diese Wahl und die beiden Deputationsnachwahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können.

Die drei Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei jedem Namen jeweils die Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Bitte machen Sie auf jedem Stimmzettel nur ein Kreuz, alles andere macht den Stimmzettel ungültig. Auch Zusätze oder unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig.

Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich bitte die Schriftführerin und den Schriftführer, die Stimmzettel einzusammeln.

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich übernimmt den Vorsitz.)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden gleich ermittelt, und ich werde sie Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.**

Ich rufe Punkt 32 der Tagesordnung auf, Drucksache 21/2880, Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN: Neuer Fernbahnhof Altona-Nord (Diebsteich): Jetzt die richtigen städtebaulichen Weichenstellungen für Altonas neuen Verkehrsknotenpunkt und dessen Umfeld vornehmen.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:

Neuer Fernbahnhof Altona-Nord (Diebsteich): Jetzt die richtigen städtebaulichen Weichenstellungen für Altonas neuen Verkehrsknotenpunkt und dessen Umfeld vornehmen

– Drs 21/2880 –]

[Antrag der FDP-Fraktion:

** Die Wahlergebnisse sind auf Seite 1732 zu finden.

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich)**Neuer Fernbahnhof Altona-Nord (Diebsteich) – Deutsche Bahn nicht aus der Pflicht entlassen – Drs 21/3487 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/3487 ein Antrag der FDP-Fraktion vor.

Die Fraktionen der LINKEN und der AfD möchten beide Drucksachen an den Verkehrsausschuss überweisen.

Zur Drucksache 21/3487 liegt ein Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN auf Überweisung an den Stadtentwicklungsausschuss vor.

Die FDP-Fraktion möchte nur die Drucksache 21/2880 federführend an den Stadtentwicklungsausschuss und mitberatend an den Verkehrsausschuss überweisen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Kienschnerf von der SPD-Fraktion, bitte.

Dirk Kienschnerf SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich einleitend, weil es aus stadtentwicklungspolitischen Gründen auch gerade passt, noch einmal Herrn Lindau danken, der soeben abberufen worden ist. Er hat die Kommission für Bodenordnung mehr als 25 Jahre sehr ruhig und sehr kompetent geleitet und tritt jetzt seinen wohlverdienten Ruhestand an. Wir alle wünschen ihm alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

In der letzten Woche hat unser Bürgermeister Olaf Scholz den Grundstein zum ersten Bauabschnitt der Mitte Altona gelegt. Hier werden in einem innerstädtischen hochattraktiven Bereich in den nächsten Jahren mehr als 1 600 Wohnungen entstehen. Wir schaffen hier Wohnungen für alle Schichten der Bevölkerung, von der Verkäuferin bis hin zu den Besserverdienenden. Wir schaffen Grünflächen, wir schaffen soziale Einrichtungen, und wir schaffen es, hier einen inklusiven und nachhaltigen Stadtteil zu schaffen.

(*Michael Kruse* FDP: Wir schaffen das!)

Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger von Altona, sondern Hamburg insgesamt kann stolz auf diesen neuen Stadtteil sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ausgangspunkt für diese Entwicklung waren die Überlegungen der Bahn 15 Jahre zuvor, ihren Kopfbahnhof zu verlegen, somit eine zweite Bahnhofsverlagerung durchzuführen – die erste Verlagerung ging vom heutigen Bezirksamt Altona zum jetzigen Standort – und nun diesen Standort, den aktuellen Kopfbahnhof, zum Diebsteich zu verlagern. Der Bezirk, aber auch die Stadt haben dieses Angebot beherzt aufgegriffen. Sie haben erkannt, welche enormen städtebaulichen Potenziale

in diesem Bereich stecken, und sie haben gemeinsam die Chance genutzt und diese Entwicklung, so wie wir sie jetzt haben, eingeleitet. Hierfür auch ein Dank an den Vorgängersenaat – man muss sagen, liebe Kollegin Stöver, die CDU kann auch konstruktiv, jedenfalls der Kollege Roock. Es war eine gute Entscheidung von Bezirk und Stadt gemeinsam, diese innerstädtische Fläche zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Jens Meyer* FDP)

In einem sehr einmaligen, kooperativen Verfahren hat die Fachbehörde gemeinsam mit dem Bezirk, aber insbesondere auch unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einen Masterplan entwickelt, der 2012 vorgelegt wurde und der vorsah, in zwei Bauabschnitten die Mitte Altona zu entwickeln. Zu dem einen Bauabschnitt, das habe ich einleitend gesagt, hat der Bürgermeister den Grundstein gelegt. Das Gute an diesem Konzept war, dass es natürlich als Ganzes funktioniert, die beiden Bauabschnitte aber auch allein funktionieren. Das war gut so. Wir haben den einen Bauabschnitt vorangetrieben und der zweite kann folgen. Dass die Bahn sich eine geraume Zeit lang nicht entscheiden konnte, hat nicht dazu geführt, dass stadtentwicklungspolitische Dinge nicht vorangetrieben werden konnten. Auch im Nachhinein muss man sagen, dass diese Zerteilung richtig war. Wir haben das Richtige gemacht und wir haben den Stadtteil vorangebracht.

(Beifall bei der SPD und bei *Olaf Duge* GRÜNE)

Die Bahn, das haben wir alle festgestellt, hat sich dann jahrelang geziert. Sie hat gerechnet und gerechnet und überlegt, ob sich ein Umzug überhaupt noch lohne oder die Kosten vielleicht zu hoch seien. Es waren Senator Horch, unser Verkehrssenator, aber auch Olaf Scholz, die in Berlin immer wieder Druck gemacht haben auf den Bund, und dass diese Entscheidung letztendlich zustande gekommen ist und wir nicht nur den ersten Bauabschnitt entwickeln können, sondern auch den zweiten und insgesamt dort ein neuer großer Stadtteil entstehen kann, ist das Verdienst beider. Hierfür beiden großen Dank. Hamburg hat seinen Einfluss auf Bundesebene genutzt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber wenn man von einer Bahnhofsverlagerung spricht, dann muss es auch eine Bahnhofsverlagerung sein, und dann darf es nicht so sein, wie die Bahn es wollte: Wir reißen den einen Bahnhof ab und schaffen irgendwo eine Bedarfshaltestelle, so eine Art Diebsteich II. Daher war es richtig, dass wir und auch der Bezirk anders als die Bahn relativ schnell gesagt haben – und das sagen wir hier noch einmal deutlich und dahin geht jetzt auch die Entwicklung –, dass wir diesen neuen Bahnhof nicht dazu nutzen wollen, Fahrgäste zu ver-

(Dirk Kienscherf)

schrecken, sondern wir wollen neue Fahrgäste gewinnen. Wir wollen, dass es ein moderner Ort für moderne Mobilität wird.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Es geht eben nicht nur darum, Minimallösungen zu finden, sondern darum, einen Ort zu schaffen, der bedeutend ist für den Hamburger Westen und Nordwesten und der die unterschiedlichen Verkehrsträger miteinander verbindet. Einen Ort, der Aufenthaltsqualität bietet und dafür sorgt, dass die Menschen gern dorthin kommen. Und da war die Bahn sehr lange zögerlich. Herr Meyer, auch wenn Sie sagen, das solle alles die Bahn zahlen,

(Jens Meyer FDP: Das wäre richtig!)

finde ich es richtig, dass, wenn man merkt, dass man dort nicht weiterkommt, auch die Stadt bereit ist, eigenes Geld in die Hand zu nehmen, und dann müssen wir versuchen, die Bahn mitzunehmen. Und wenn noch irgendetwas fehlt, lassen wir den Stadtteil und die Bürgerinnen und Bürger nicht einfach im Regen stehen, sondern dann kommen wir unserer Verantwortung nach. Das heißt, dass wir uns mit der Bahn einigen und dass wir mitgestalten wollen. Wir übernehmen zum Beispiel das Empfangsgebäude, denn wir wollen, dass es richtig und vernünftig wird.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Der Senat und die Bahn sind auf dem richtigen Weg, etwas zu schaffen, das langfristig eine Werbung für den ÖPNV ist.

Unser Antrag unterstützt das, aber unser Antrag sagt auch, dass ein attraktiver Bahnhof allein nicht reicht; es darf keine Insellösung sein. Wenn man sich dieses Gebiet anschaut, was ja das Vorbehaltsgebiet Altona-Mitte ist, dann steckt darin sehr viel Potenzial. Ich glaube, es gibt keinen Ort in Hamburg, der gerade in den Abendstunden so unwirklich erscheint wie der Bahnhof Diebsteich.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Da kennst du aber wenige! Nimm mal Tiefstack!)

– Kollegin Sudmann, das entnehme ich gerade diesem Zwischenruf, fährt da auch abends gern längs. Ich war jetzt mit Herrn Tjarks tagsüber da.

Wenn man sich anschaut, wie unwirklich dieser Ort ist, aber welche Historie er gleichzeitig hat, denn er war einmal ein bedeutender Bahnknotenpunkt der AKN, dann muss man die Gelegenheit nutzen, nicht nur den Bahnhof neu und adäquat zu gestalten, sondern auch das, was dort vorhanden ist – Gewerbe, Wohnen, Sport und Bildung –, gemeinsam neu zusammenzubringen und ein neues, lebendiges innerstädtisches Quartier zu errichten. Dazu dient unser Antrag, und das wollen wir ge-

meinsam schaffen mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Damit das funktionieren kann, sind die Grenzen dieses Gebiets, die aus damaliger Sicht vielleicht gut gewählt waren, Richtung Westen und Richtung Norden zu erweitern. Das schafft uns die städtebaulichen Handlungsspielräume, um insgesamt eine Arrondierung vorzunehmen, insgesamt eine Gestaltung hinzubekommen und insgesamt ein städtebauliches Konzept zu verwirklichen, das dazu führen wird, dass auch hier viele Menschen ein neues Zuhause finden.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Die Entwicklungen der letzten Jahre waren erfolgreich. Der Bürgermeister hat den Grundstein gelegt. Gut ist, dass wir jetzt einen anständigen Bahnhof bekommen, der es ermöglicht, dass wir auch den zweiten Bauabschnitt angehen können. Gut ist auch, dass wir hier einen Antrag haben, der es zugleich ermöglicht, dass wir dieses Quartier insgesamt zu einem lebendigen innerstädtischen Quartier weiterentwickeln. Wir wollen dies nachträglich noch im Ausschuss beraten.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Warum nachträglich?)

– Frau Sudmann, Sie müssen sich doch nicht immer beklagen. Denken Sie doch einmal positiv, Mensch.

Also das machen wir nachträglich. Erst einmal gibt es den klaren Handlungsauftrag, und dann beraten wir den FDP-Antrag. Ich glaube, alle gemeinsam haben wir in der Mitte Altona eine Geschichte – außer vielleicht der LINKEN –, und allen gemeinsam sollte es sein, dass wir dieses Quartier inklusive des Bahnhofs alle zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern gut vorantreiben. Dazu dient unser Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächstes erhält das Wort Franziska Grunwaldt von der CDU-Fraktion.

Franziska Grunwaldt CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die erste gute Nachricht wurde schon genannt: Die Verlagerung des Bahnhofs bedeutet, dass der zweite Bauabschnitt des neuen Quartiers Mitte Altona kommt und damit 1 900 Wohneinheiten entstehen. Herr Kienscherf, Sie sagten 1 600, es sind 1 900.

(Dirk Kienscherf SPD: Im Ersten!)

Die zweite gute Nachricht ist, dass sich innerhalb der SPD-Fraktion anscheinend ein Sinneswandel

(Franziska Grunwaldt)

vollzogen hat, was sich in der Form dieses Antrags widerspiegelt, den wir gern unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Denn noch Ende 2014 hat die SPD es in diesem Hause widerspruchslos hingenommen, dass die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation der Bezirksversammlung Altona antwortete, dass die Deutsche Bahn AG in ihrem Planungsprozess lediglich eine wirtschaftlich-funktionale Lösung erarbeiten wolle und einen städtebaulichen oder architektonischen Wettbewerb nicht für notwendig erachte. Durch diese Gleichgültigkeit wurden auch die eigenen Genossen in Altona verprellt – Frau Friederichs weiß es noch, sie war damals mit dabei –, die nämlich genau das Gegenteil in der Bezirksversammlung gefordert hatten.

(Martina Friederichs SPD: Wir schaffen genau das, was wir im Bezirk gefordert haben!)

Mehr noch: Sie forderten damals sogar einen ökologischen Bahnhof, aber diese Altonaer Forderung scheint jetzt in der rot-grünen Koalition nicht mehr existent zu sein, jedenfalls geht sie aus dem vorliegenden Antrag nicht hervor.

Wie dem auch sei, mittlerweile scheint Konsens zu herrschen, dass ein Billigbahnhof die schlechteste Variante für die weitere Planung ist. Deshalb ist die Forderung nach einem internationalen Architekturwettbewerb hier nur konsequent. Bei jedem Bauvorhaben des ersten Bauabschnitts in der Mitte Altona ist ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt worden. Ich gehe davon aus, dass der zweite Bauabschnitt in gleicher Weise realisiert wird, denn dies hat sich im ersten bewährt. Und warum sollte das nun bei diesem Bahnhofsthema anders sein?

Genauso wichtig wird es aber auch sein, dass mit der Verlagerung des Fernbahnhofs das gesamte Umfeld als stadtentwicklungspolitisches Projekt begriffen wird, sonst landet der Bahnhof im Niemandsland. Ich glaube, da sind wir uns auch einig. Dabei geht es um die Schaffung einer modernen Infrastruktur in und um den Bahnhof. Die Deutsche Bahn möchte den neuen Bahnhof so einsetzen, dass dieser den Hauptbahnhof entlastet. Es ist also mit steigenden Fahrgastzahlen zu rechnen. Anders als bei der S-Bahn haben diese Fahrgäste hier jedoch längere Aufenthaltszeiten und damit andere Bedürfnisse. Damals waren sich die Antragunterstützer in der Bezirksversammlung Altona einig – und ich finde, darüber sollte auch hier Einigkeit herrschen –, dass bei allen Planungen rund um das Thema Angebote für die Fahrgäste kein weiteres Handelszentrum entstehen soll, das bereits bestehende Zentren in der Umgebung wirtschaftlich schädigen könnte.

Zwingend erforderlich ist neben den infrastrukturellen Maßnahmen aber auch ein umfassendes Konzept für die unterschiedlichen Verkehrswege zum Bahnhof hin. Werden diese nicht in einem verkehr-

lichen Gesamtkonzept verankert, verwaist der neue Bahnhof und wird zu keinerlei Entlastung des Hauptbahnhofs führen.

Jetzt aber die spannende und entscheidende Frage am Ende: Es ist immer noch unklar, wer das, was über den Nullachtfünfzehn-Bahnhof hinausgeht, einschließlich der Kosten des Wettbewerbs zahlt und von welcher Summe hier überhaupt die Rede ist. Ich gehe davon aus, dass die Höhe dieser Kosten dem Senat schon bekannt ist, sonst gäbe es jetzt wohl kaum den Antrag der beiden Regierungsfractionen beziehungsweise hätten sie diesen wahrscheinlich nicht in dieser Form stellen dürfen.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Na, na, na!)

Hier fordern wir absolute Kostentransparenz. Bei einem solchen Projekt muss von vornherein gesagt werden, wie hoch die Kosten sind und wer diese Kosten trägt. Ansonsten hat dies nichts mit Transparenz zu tun und der Antrag ist ein Antrag für die Showbühne.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb unterstützen wir auch die Forderung aus dem Zusatzantrag der FDP-Fraktion, eine Kosten- und Zeitplanung einzufordern. Ich verstehe, Herr Kienscherf, diesen vorgelegten Antrag der FDP keinesfalls so, dass verlangt würde, dass die Deutsche Bahn davon profitiere und deshalb alles, was on top gehe, selbst zu tragen habe.

Jetzt hat uns um 15 Uhr noch eine Pressemitteilung des Senats erreicht. Das ist schon ganz schön kurzfristig. Es geht dabei um einen Letter of Intent, der bereits Anfang Januar 2016 unterzeichnet worden ist und jetzt kurz vor so einer Debatte veröffentlicht wird. Mit Transparenz oder demokratischer Fairness hat das für mich nicht viel zu tun. Ich habe ihn überflogen und konnte sehen, dass man sich bei den Planungskosten einig ist – die trägt jeder selbst –, dass aber die Gesamtkosten wohl noch kritisch sind. Auch wenn wir alle ein gemeinsames Ziel haben, muss hier wohl noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden. – Vielen Dank, und ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss.

(Beifall bei der CDU und bei Jens Meyer FDP)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Vielen Dank, Frau Grunwaldt. – Als Nächster hat das Wort Olaf Duge von der GRÜNEN Fraktion.

Olaf Duge GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist wichtig, dass wir dieses Thema der Stadtentwicklung hier debattieren, und ich finde es auch richtig, dies dann im Ausschuss weiter zu behandeln. Das hat nichts mit Show zu tun, sondern damit, dort die wichtigen Themen hinein-

(Olaf Duge)

zutragen. Und dies ist eines der wichtigen Themen, weil es – neben der HafenCity und der Mitte Altona – eines der drei letzten großen Projekte der Stadtentwicklung betrifft.

Ich will es aus einer anderen Perspektive betrachten und fange mit dem Bahnhof Diebsteich an. Herr Kienscherf hat es völlig richtig beschrieben: Ich bin froh, dass ich dort nicht so häufig aus- und einsteigen muss. Es ist ein unwirklicher Ort. Auf der einen Seite hat man Gewerbe und den Friedhof und zur anderen Seite hat man auch Gewerbe, dort sind dann die Post und die Metro. Das ist wirklich kein Ort, an dem man sich unbedingt gern aufhalten möchte. Mit der Entscheidung der Deutschen Bahn AG – die wahrlich hat auf sich warten lassen, aber nun endlich doch getroffen worden ist – haben wir die Möglichkeit, an diesem Punkt einen städtebaulichen Impuls zu geben, der auch in den umliegenden Bereichen zu einer attraktiveren Stadtgestaltung führt und der mit einer Identität des Bahnhofs Aufenthaltsqualität schafft. Und deswegen darf dieser Bahnhof auch kein eher gewerblich-technisch-funktionaler Bahnhof werden, sondern er muss Ausstrahlung haben und Identität schaffen. Das ist wichtig, um Aufwertung zu erzeugen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich bin froh, dass das Ganze jetzt zügiger vorangeht, dass die Anhörungsverfahren in Planung sind und dass die Planung – das haben wir deutlich gemacht – viele Aspekte beinhaltet, die wir generell für wichtig halten. Inklusion, also die freie Zugänglichkeit der Wege der Bahnhöfe, und das leichte Umsteigen sind sehr wichtig. Und es ist auch verkehrstechnisch wichtig. Es ist einmal wichtig, weil wir damit natürlich den öffentlichen Verkehr stärken. Er wird leichter sein, der Hauptbahnhof wird entlastet, er wird schneller werden. Und wir haben eine Kombination von Mobilität vor Ort: Wir planen mit Carsharing, mit Radwegeverbindungen, mit StadtRAD-Stationen und Ähnlichem – ein Mobilitätsmix, der für die Zukunft dieser Stadt wegweisend sein wird und den wir auch an anderer Stelle schon haben.

Ich möchte weiterhin darauf hinweisen, dass dieser Standort auch deswegen so attraktiv ist, weil wir mit dem Deckel der A 7 hinüber nach Bahrenfeld beziehungsweise nach der Rennbahn, wo wir weiteren Wohnungsbau planen, zu dem wir über den Holstenkamp die Verbindung herstellen können, eine schnelle Anbindung großer Wohngebiete an diesen Fernbahnhof schaffen. Auch das ist eine Qualität, die viele Menschen schätzen. Städtebauliche Entwicklung ist also hier eine Chance, und deswegen brauchen wir ein Vorbehaltsgebiet, das diese städtebauliche Entwicklung sichert und das für uns als Stadt die Planungsmöglichkeiten weiter schafft.

Man kann zusammenfassen: Diese Bahnhofsverlagerung hat einen wunderbaren Nutzen. Sie bietet nämlich auf der anderen Seite die Chance, jetzt genau das, was wir immer wieder geplant haben, die Mitte Altona, zu vollenden, mit Wohnungsbau – der dringend gebraucht wird – in großer Dimension und mit einer Grünverbindung nach Altona hinein. Das hat hohe Qualität. So kommen wir in dieser Verbindung zu etwas, das wir im Weiteren natürlich auch mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen planen wollen. Wir wollen informieren und gemeinsam zu einem guten Ergebnis kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächste erhält das Wort Heike Sudmann von der Fraktion DIE LINKE.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kienscherf sprach davon, dass der neue Fernbahnhof Diebsteich attraktiv gemacht werden solle, damit er Fahrgäste gewinne. Wenn Sie einen Fernbahnhof planen müssten und Sie hätten die Auswahl, als Prognose 20 000 Fahrgäste täglich zu erreichen, oder den Fernbahnhof dort zu errichten, wo es täglich 100 000 Fahrgäste gibt, dann würden Sie, glaube ich, alle sagen: Es ist doch völlig logisch, ich gehe dorthin, wo es 100 000 Fahrgäste gibt. Diese 100 000 Fahrgäste hat der Bahnhof Altona an seinem jetzigen Standort. Von daher kann der Diebsteich nicht besser geeignet sein als der jetzige Bahnhof Altona. Wenn Sie sich den Bahnhof Altona anschauen, werden Sie feststellen, dass es dort zwei S-Bahn-Linien und einen Busbahnhof gibt, und vor allen Dingen, dass der Bahnhof Altona innerstädtisch sehr gut eingebettet ist. Herr Duge hat in seiner Pressemitteilung geschrieben:

"Der Bahnhof [...] soll Aufenthalts- und nicht Weglaufqualität haben. Die Menschen sollen sich hier schlichtweg wohl fühlen."

Alles das, Herr Duge, haben Sie am jetzigen Fernbahnhof Altona, und das können Sie nicht wegdiskutieren und versuchen, mit der Stadtentwicklung zu begründen, die wir für die Mitte Altona brauchen, dass der Fernbahnhof Altona weg müsse. Es ist unlauter, wie Sie damit umgehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bahn hat die Diskussion deswegen losgetreten, weil sie den Kopfbahnhof in Altona nicht so attraktiv findet. Wenn Sie sich die Bahnhöfe in Deutschland anschauen, werden Sie feststellen, dass es viele Kopfbahnhöfe gibt. Es gibt in München einen Kopfbahnhof, es gibt in Frankfurt einen Kopfbahnhof, es gibt in Leipzig einen Kopfbahnhof, und sie laufen alle gut. In Stuttgart wird er gerade aufgelöst. Stuttgart ist das Desaster, das Sie mahnen und dazu bringen sollte, bei der Bahn genau

(Heike Sudmann)

nachzufragen, ob das finanziert ist. Werden sie es finanzieren? Wie wird das laufen? Auch dort also Vorsicht.

Aber der Kopfbahnhof ist nicht das Hauptproblem. Wenn Sie glauben, dass nur die LINKEN oder nur irgendwelche kleinen Initiativen über die Verlagerung meckern, möchte ich Sie auf einen Artikel in der "taz" vom Wochenende hinweisen, in dem Herr Dr. Gottfried Ilgmann, ein Mobilitätsexperte, der die Bundesregierung und die Bahn in Schienenbelangen berät, unter anderem sagt:

"Für die Bahn verspricht ein Fernbahnhof am Diebsteich eine schnelle und preiswerte Lösung. Alternativen wurden öffentlich nie erwogen."

Und genau damit hat er recht. Also schnell und preiswert, denn die Bahn spart sich das Geld, den Altonaer Bahnhof herzurichten, was sie schon lange hätte machen müssen, und die Alternativen sind nie diskutiert worden. Sie haben auch nie als Senat oder als Rot-Grün vor Ort eine Diskussion im Stadtteil geführt.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Lassen Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Abgeordneten Kienscherf zu?

Heike Sudmann DIE LINKE:* Natürlich. Immer.

Zwischenfrage von Dirk Kienscherf SPD: Seit 15 Jahren fordert der Bezirk die Verlagerung des Bahnhofs. Warum hat denn seit 15 Jahren nicht der eine oder andere einmal gesagt, dass er dies nicht möchte? Das finde ich erstaunlich.

Heike Sudmann DIE LINKE (fortfahrend):* Herr Kienscherf, ich glaube, da ist in den 15 Jahren einiges an Ihnen vorübergegangen. Es gab verschiedene Anträge. Die Bezirksversammlung Altona wird nicht allein von der SPD gestellt, sondern sie besteht aus mehreren Fraktionen. Die LINKEN haben all die Jahre gefordert, dass der Fernbahnhof bleibt. Ich habe mir die Presseberichte ab 2010 angesehen. Dort finden Sie viele Presseartikel, in denen die LINKEN sagen, dieser Fernbahnhof müsse in Altona bleiben. Das mag an Ihnen vorbeigegangen sein, aber die Realität sieht anders aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt zum Thema Stadtentwicklung. Es steht ganz außer Frage, dass sich die Mitte Altona im zweiten Bauabschnitt wesentlich leichter entwickeln lässt, wenn die Fernbahngleise weg sind. Aber auch dort haben Sie nicht geprüft, was wäre, wenn man die Fernbahngleise erhielte. Wir wissen alle, dass der Viadukt hinfällig ist. Er muss erneuert werden. Es

muss neue Maßnahmen geben, sodass die Quietschkurve weg ist. Und wir wissen auch, dass ein Bauen an einer Fernbahnstrecke möglich ist. Wir haben das in vielen Städten, auch in Hamburg; die Fernbahn läuft mitten durch Hamburg. Deswegen ist auch dort Ihre Argumentation nicht lauter.

Ich komme zu dem Antrag von Rot-Grün. Es ist schon enorm, dass Sie sich noch hinstellen, Herr Kienscherf, und sagen, es sei doch klasse, wir würden ihn nachträglich im Ausschuss beraten. Es ist kein parlamentarischer Vorgang, wie wir ihn uns als Opposition wünschen könnten,

(Beifall bei der LINKEN)

dass Sie sagen, heute werde abgestimmt. Sie stellen sich nicht den Fragen, sind aber großzügig: Im Ausschuss könnten wir nachher über die Fragen reden. Der Letter of Intent, den wir heute um 14.47 Uhr vom Senat bekommen haben, wurde im Dezember 2015 und Januar 2016 unterschrieben. Sie haben ihn also schon seit Monaten und haben ihn uns nicht vorher gegeben. In diesem Letter of Intent steht vieles davon, was in Ihrem Antrag steht. Ich glaube, Sie verwechseln die Bürgerschaft mit der SPD. Die Bürgerschaft ist nicht dazu da, das abzunicken, was Olaf Scholz irgendwo ausgehandelt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie reden in Ihrem Antrag weiter von Information der Bürgerinnen und Bürger. Herr Duge sagte eben, Sie wollten die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Warum haben Sie sich bisher der öffentlichen Diskussion zu dieser Verlagerung nicht gestellt? Sie haben sie nicht geführt. Und jetzt sagen Sie, wenn Sie so weit seien, einen Architekturwettbewerb auszuschreiben, dann seien die Bürgerinnen und Bürger dran. Das ist wirklich keine Beteiligung, das ist eine Information. Sie scheuen doch die Beteiligung.

(*Dirk Kienscherf* SPD: Ach, hör doch auf! Das ist doch Blödsinn!)

Sie haben Angst davor, dass andere Vorschläge kommen. Selbst Mobilitätsexperten sagen, das sei kein geeigneter Standort. Sie sagen, das sei Blödsinn. Aber schauen Sie sich einmal an, wie die Anbindung des öffentlichen Personennahverkehrs ist: Sie werden feststellen, dass Sie dort nie die Qualität erreichen können wie in Altona. Das heißt, Sie setzen einen Bahnhof in die Walachei und wollen uns das als etwas Gutes verkaufen. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Jetzt erhält das Wort Herr Meyer von der FDP-Fraktion.

Jens Meyer FDP:* Verehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit mehr als

(Jens Meyer)

100 Jahren nutzen inzwischen bis zu 130 000 Menschen täglich den Bahnhof Altona. Dieser blickt bereits auf eine bewegte Geschichte zurück. Herr Kienscherf hat es eben schon angedeutet: Er wurde nach seiner ersten Errichtung Mitte des 19. Jahrhunderts zunächst von der Palmallee zum heutigen Standort zurückversetzt, dort mehrfach baulich verändert und in den Siebzigerjahren leider vollständig abgerissen und durch den heute immer noch sichtbaren Waschbetonklotz ersetzt. Die veränderten verkehrlichen Anforderungen einerseits und die Chancen der Wohnbebauung durch die Mitte Altona andererseits sprechen jedoch für die Aufgabe des Fernbahnhofstandorts Altona und die Verlagerung nach Diebsteich. Allerdings – und genau das ist die Herausforderung – brauchen wir in Diebsteich nicht nur einen schönen DB-Umsteigepunkt, sondern einen Bahnhof, der diesem Begriff und seiner städtebaulichen Bedeutung auch gerecht wird.

Die Deutsche Bahn selbst teilt ihre Bahnhöfe in sieben Kategorien ein und bildet dabei die Nutzungsfrequenz und Leistungsfähigkeit eines Bahnhofs ab. Der bestehende Bahnhof Altona gehört demnach mit 20 weiteren Bahnhöfen bundesweit zur höchsten Kategorie 1. Selbst wenn nun der neue Fernbahnhof Diebsteich künftig nur noch der Kategorie 2 zuzuordnen wäre, sollten neben allen bedeutenden Dienstleistungen rund um die Bahnreise auch die entsprechende Betreuung durch das Servicepersonal und die bauliche Ausstattung für angemessenes und behagliches Ambiente sorgen. Abgesehen davon bildet ein Verkehrsknotenpunkt wie ein Bahnhof immer auch ein wichtiges städtebauliches Element, das in seinen jeweiligen städtischen Kontext eingebunden werden muss. Es bedarf einer städtebaulichen Entwicklung rund um den neuen Standort, die die infrastrukturellen Anforderungen an den Fernbahnhof einerseits und auch mögliche Nutzungskonflikte andererseits berücksichtigt. Die Akzeptanz, die der neue Bahnhof erfährt, und das städtebauliche Umfeld werden ganz entscheidend von seiner funktionalen und architektonischen Qualität an dieser Stelle geprägt werden. Meine Damen und Herren von Rot-Grün, hier setzt Ihr Antrag an, den wir grundsätzlich unterstützen.

Allerdings stellen sich auch einige Fragen. Weshalb konnte der Senat in Verhandlungen mit der Bahn bislang nicht mehr für die Stadt aushandeln? Weshalb gibt es noch keine Zusage der Deutschen Bahn über die Realisierung eines angemessenen Bahnhofsgebäudes? Wird die Freie und Hansestadt am Ende allein die Kosten tragen, um das zu realisieren, was aus unserer – und gemäß Ihres Antrags auch aus Ihrer – Sicht notwendig ist? Welche Art von Architekturwettbewerb ist geplant, lediglich ein Realisierungswettbewerb für den Bahnhof oder auch ein städtebaulicher Wettbewerb, um zu insgesamt anspruchsvollen Lösungen mit hoher

Aufenthaltsqualität für die Stadt zu gelangen? Wie werden Bürgerschaft und Bezirk in diese wichtigen Entscheidungen für unsere Stadt einbezogen?

Kurzum, es sind viele Fragen offen. Um diese und andere Fragen zu klären, möchten wir im Stadtentwicklungsausschuss darüber reden. Unser Zusatzantrag, der die Kostenbeteiligung des Vorhabenträgers und die Berichterstattung an die Bürgerschaft ergänzt, sollte dann ebenfalls diskutiert werden. Wir bitten daher um entsprechende Überweisung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Vielen Dank, Herr Meyer. – Als letzter Redner hat sich Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion gemeldet.

Detlef Ehlebracht AfD:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! In Teilen hätte ich nicht die Frechheit gehabt, diesen Antrag so zu stellen, wie Sie ihn gestellt haben. So ersuchen Sie zum Beispiel unter Punkt 3 den Senat sicherzustellen, dass alle Wege und die Wegeverbindungen zu den verschiedenen Verkehrsträgern barrierefrei sind, um zwischen ihnen nutzerfreundliche Umsteigeprozesse zu ermöglichen, und sprechen davon, dass entsprechende Flächen und Wegebeziehungen für Carsharing, StadtRAD-Stationen und Bike and ride frühzeitig mit eingeplant werden sollten. Ich habe es in einer meiner letzten Reden schon gesagt: Ich habe die Verwaltung in den Ausschüssen als sehr leistungsfähig kennengelernt und glaube, dass sie auch ohne diese Hinweise an solche Selbstverständlichkeiten, wie Sie sie hier beantragen, gedacht hätte.

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Aber wir wissen ja, wozu dieser Antrag da ist: um eine Sache zu verkaufen, die alles andere als glänzt.

Und dann machen Sie sich Sorgen um den Namen. Schön, dass Sie bei diesem Thema Sorge um den Namen haben. Wir haben Sorge zum Beispiel um den Hamburger Hauptbahnhof, der aus allen Nähten platzt, und um effektive Entlastungsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Verlängerung der S-Bahn nach Bargteheide und Bad Oldesloe. Das ist eine dieser effektiven Maßnahmen, die leider nur sehr schleppend vorankommen, woran auch immer das liegt sei einmal dahingestellt. Und was ist die Antwort des Senats und der Regierungskoalition darauf? Wir ersetzen einen der wenigen zur Entlastung des Hauptbahnhofs beitragenden, voll in die Infrastruktur eingebetteten Fernbahnhöfe, und zwar durch einen Bahnhof, der aufgrund der Lage und der Planung bestenfalls als Fernbahnhaltstellenpunkt bezeichnet werden kann. Denken wir uns einen schönen Namen aus

(Detlef Ehlebracht)

und feiern wir uns selbst. Unterm Strich bleibt die Tatsache, dass, während sich Berlin vier Bahnhöfe der Kategorie 1 leistet – wir haben es eben schon gehört –, Hamburg einen von zwei Bahnhöfen dieser Kategorie abschafft. Es darf angezweifelt werden, ob der Ersatz diese Lücke tatsächlich schließen wird.

Wie lauten die Argumente seitens der Bahn und des Senats für diese Vorgehensweise? Das Argument des Senats ist einfach: 6 000 Wohnungen. Das ist die allglücklich machende Lösung derzeit. Dazu sagen wir: Wohnungsbau ist richtig, aber sollte bitte nicht zum goldenen Kalb erklärt werden, um das alle bedingungslos tanzen müssen. Wenn man sich den Masterplan Mitte Altona anschaut, stellt man fest, dass der Bahnhof einer Grünfläche weichen wird und der Wohnungsbau größtenteils mit geringen Abweichungen auf der jetzt schon freien Fläche des ehemaligen Güterbahnhofs und des Bahnbetriebswerks stattfinden wird. Wenn die Gleise blieben oder geringfügig reduziert würden – wie zum Beispiel der Viadukt, der definitiv weg muss – und das Ganze dann vollumfänglich saniert und modernisiert würde, wäre der Wohnungsbau dennoch entsprechend der jetzigen Planung durchaus möglich.

Das Emissionsthema, das dabei auftreten würde, ist sicherlich ein Problem. Aber mit unserem Wissensstand und der Technik, die wir beherrschen, ist es eigentlich nur noch eine Frage des Willens, ob wir das in den Griff bekommen oder nicht. Und das würden wir in den Griff bekommen.

Seitens der Bahn ist die Argumentation, der Bahnhof Altona sei alt und müsse saniert werden, und da sei es besser, gleich abzureißen, statt zu sanieren. Bei allen Bauten ist es so, dass sie irgendwann hinfällig sind und saniert werden müssen. Es ist in diesem Zuge auch legitim zu hinterfragen, ob Sanierung oder Neubau angebracht sind. Aber egal wofür ich mich entscheide, beides wird Geld kosten. Ob die Sanierung tatsächlich mehr kosten wird als dieser neue Bahnhof, sei dahingestellt. Ich kann nichts Belastbares finden, was dies belegen würde. Unsere Forderung ist, dies erst einmal zu tun. Zeigen Sie uns doch, dass eine Sanierung wirklich teurer würde.

Ein Kopfbahnhof braucht auch mehr Personal, bedingt durch mehr Leerfahrten, mehr Pflege und Wartung. Das spricht für einen Durchgangsbahnhof, das ist durchaus legitim. Aber wir haben auch gehört, dass es Kopfbahnhöfe gibt, die funktionieren. Es gibt sie und sie laufen, aber dieser soll nun verschwinden. Der Aufwand für solch einen Bahnhof muss natürlich vertretbar sein. Aber die letzten Jahre und Jahrzehnte seit Entstehung des Bahnhofs haben gezeigt, dass dieser Bahnhof sehr gut betrieben werden kann.

Dazu kommt das für mich verwirrendste Argument: Man hat zwei Bahnhöfe der gleichen Kategorie

und sagt, der eine, der nämlich in Altona, sei nur zu 60 Prozent ausgelastet, der andere platze hingegen aus allen Nähten. Klar, auch hier gibt es technische und planerische Gegebenheiten, die berücksichtigt werden müssen. Aber im Grundsatz verstehe ich es trotzdem nicht, dass der eine Kategorie-1-Bahnhof aus allen Nähten platzt, der zweite unterfordert ist, man keine Umverteilung vornehmen kann, sondern das als todbringendes Argument in die Diskussion einbringt und sagt, jetzt müsse er weg.

Der Stand der Dinge ist – auch dies klang in der Diskussion schon an –, dass Sie einen gut integrierten Bahnhof mit kompletter Infrastruktur hinsichtlich Einzelhandel und Verkehrsanbindung, mit einem Busbahnhof samt zahlreicher Buslinien und Anbindung an insgesamt zwar nur zwei S-Bahn-Linien, auf der aber sechs verschiedene Linien fahren – übrigens mit direktem Anschluss an den Hauptbahnhof und an den Flughafen – durch einen Bahnhof im Niemandsland ersetzen, der ohne Architektenwettbewerb nach den ersten Plänen an Tristesse nicht zu übertreffen sein wird.

Wenn ich von Herrn Duge höre, dass der Bahnhof Identität schaffen solle im Bereich des Diebsteichs – Sie wollen dort keinen Hundertwasserbahnhof à la Uelzen hinstellen. Nach dem, was bisher über diesen Bahnhof und dessen Lage bekannt ist, könnte dies der erste Bahnhof in Deutschland sein, den Sie ohne Ausgänge bauen können. Denn wer will an einem Bahnhof aussteigen, der zwischen einem Friedhof und einer betagten Gewerbefläche liegt, einem Bahnhof, der absolut unzureichend in die Verkehrsinfrastruktur eingebunden sein wird und an dem kein Einzugsgebiet einer nennenswerten Nutzerschaft vorhanden ist? Das zeigt, dass die Standortfrage für die Verlegung des Altonaer Bahnhofs von den maßgeblichen Gremien und von der Bevölkerung noch niemals kritisch beleuchtet worden ist, weil sie dazu nicht die Chance bekommen hat. Den Verantwortlichen in dieser Sache – welche da sind die Deutsche Bahn, der Senat und Unternehmen aus der Immobilienbranche – ist es damals bei der Entscheidung gelungen, glaubhaft zu machen, dass wer dort in der Mitte Altona Wohnungen bauen will, dies nur machen kann, wenn er zuvor den Bahnhof platt macht. Diese Zwangsläufigkeit ist falsch, wird aber bewusst vorgebracht, weil man weiß, dass man derzeit mit der Argumentation Wohnungsbau in Hamburg alles durchbekommt.

Und warum das Ganze? Weil der Wohnungsbau mittlerweile zum alles beherrschenden Dogma emporgehoben wurde, dem sich alles zu unterwerfen hat und manchmal eben auch die Vernunft, weil der Deutschen Bahn optimierte Betriebsabläufe und Personaleinsparung wichtiger sind als die Interessen ihrer Bahnkunden, weil Unternehmen in Hamburg noch ganz andere große Pläne haben mit dem ganzen Gebiet Mitte Altona einschließlich

(Detlef Ehlebracht)

– was von vornherein klar war – dem Gelände der Holsten-Brauerei. Wenn dem nicht so wäre, würde man den Bahnhof entweder dort belassen, wo er ist, voll integriert mit einer sehr guten Infrastruktur, oder eine echte Alternative entwickeln, die diesen Namen auch wirklich verdient. Und diese würden Sie so dimensionieren, dass der Hauptbahnhof in dem Zuge auch gleichzeitig vollumfänglich lastet würde. Alles andere ist übereilter Aktionismus an den Bedürfnissen der künftigen Nutzer vorbei, oder einfach nur profane Geschäftemacherei. Die Generation nach uns muss dann mit dieser Fehlplanung mit Ansage leben.

Vielleicht ist der geplante Bahnhof Diebsteich gar nicht so schlecht, wie ich ihn jetzt hier rede. Vielleicht habe ich etwas in der Planung übersehen. Tatsächlich, ich hatte es am Anfang schon erwähnt, müssen Dinge wie Carsharing, StadtRAD-Stationen und E-Bike heute standardmäßig bei uns in Hamburg an jeden Bahnhof. Aber wenn Sie das in Zusammenhang mit diesem Bahnhof bringen, einem Fernbahnhof, dann vergessen Sie nicht, an die Stadträder schon einmal Gepäckkörbe anbauen zu lassen, damit die Leute, die dort in Massen aussteigen werden, auch ihre Koffer von dort wegfahren können.

Natürlich werden Sie auf die laufende Planung verweisen und dass Sie noch jede Menge an Infrastruktur schaffen und vielleicht auch Buslinien dort anbinden und eine verkehrliche Anbindung schaffen werden. Wie Sie zum Beispiel U- und S-Bahn dorthin bekommen wollen, wird mir ein Rätsel bleiben. Das werden Sie nicht hinbekommen. Eine Buslinie – das mag noch sein, in Konkurrenz zu dem, was schon in Altona fährt. Aber vielleicht kann man ja aus dem Istzustand Rückschlüsse auf die Zukunft ziehen. Schauen wir doch einmal, wie die Anbindung aktuell ist. Es gibt eine Buslinie, den 180er. Und wie oft fährt die am Samstag? Sie fährt einmal, und dafür zum Ausgleich am Sonntag gar nicht. Dafür hält sie dann am Montag an der Ost- und an der Westseite des Bahnhofs Diebsteich. Das sagt etwas darüber aus, Herr Kienscherf, wie der jetzige Bedarf ist.

(Dirk Kienscherf SPD: Fahren Sie doch mal mit der S-Bahn dorthin! Das ist ja unglaublich!)

Und welche Quintessenz ziehen Sie daraus? Für Sie ist das ein klarer Beleg, dass hier ein riesiges unerschlossenes Potenzial an Nachfrage besteht. Deswegen wollen Sie auch nicht kleckern, sondern gleich klotzen und bauen dort einen Fernbahnhaltstellenstoppunkt hin. Dieser Retortenbahnhof ist eine Notlösung, dem alles andere als ein schlüssiges Konzept auf einer soliden Bedarfsanalyse zugrunde liegt. Es liegt ihm einfach nur die Not zugrunde.

Ein Beispiel: Die die dort aussteigenden Fahrgäste, die Richtung Othmarschen, Blankenese, Groß

Flottbek, Rissen, Sülldorf oder Osdorf wollen, werden erst in Diebsteich in die S-Bahn einsteigen und nach Altona fahren und dort umsteigen müssen, um dann in Richtung Heimat zu streben. Da ist doch die jetzige Situation bedeutend besser. Diejenigen, die Richtung Norden oder Altona/Ottensen wollen, werden sich diesen Leuten am besten gleich anschließen, weil auch sie in Diebsteich keine Chance haben wegzukommen. Das ist doch der entscheidende Punkt. Reisen ist kein Selbstzweck. Reisen muss erstens attraktiv sein, und dazu gehört ein gewisses Maß an Komfort, zum Beispiel weniger, am besten gar keine Umsteigenotwendigkeit. Wird dieses elementare Bedürfnis nicht befriedigt, werden die Menschen mit ihren Füßen abstimmen, sie werden dann nämlich zum Beispiel den Fernbus statt der Bahn wählen. Aber vor allem anderen will ich doch zweitens, wenn ich eine Reise antrete, an einem Ziel ankommen, möglichst schnell und direkt. Und jetzt kommt für Sie, Herr Kienscherf, die zu lösende Frage: Wer will denn nach Diebsteich? – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Friederichs von der SPD-Fraktion.

Martina Friederichs SPD: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Kurzzeitig war mir jetzt gar nichts mehr eingefallen nach dem Wortbeitrag.

(Beifall bei *Anna Gallina GRÜNE*)

Ich möchte wieder zum Punkt zurückkommen: dem Bahnhof Diebsteich und der Verlagerung und dem, was wir daraus für Hamburg machen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Es tut sich etwas im Hamburger Westen. Der Bau des langen Deckels war letztes Mal Thema. Die Mitte Altona wurde schon ausführlich besprochen, nun die Verlagerung des Regional- und Fernbahnhofs nach Diebsteich. Wir stehen vor einer sehr wichtigen Entscheidung für die Zukunft unserer gesamten Stadt. Frau Grunwaldt, es freut mich sehr, dass uns Ihre Fraktion unterstützt bei diesem Antrag, und es ist auch erfreulich, dass wir heute einmal nicht eine reine Aschermittwochsrede gehört haben. Die guten Forderungen aus Altonaer, das muss man noch einmal sagen, sind aufgegriffen worden. Die Verhandlungen mit der Bahn laufen weiter, mit sehr konkreten Zielen, die wir heute so beschließen wollen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Frau Sudmann, die Verlagerung des Bahnhofs kommt und so auch durch den Verkauf der Flächen der Bauabschnitt 2 der Mitte Altona. Das ist doch im wahrsten Sinne des Wortes eine stadtentwicklungspolitische Entscheidung und Chance, die wir für Altona und für die Stadt nutzen wollen, bei

(Martina Friederichs)

der wir die große Mitte Altona feiern können und auf die wir stolz sein können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt gilt es, die richtigen Weichen zu stellen, um sprachlich im Bild zu bleiben. Am Diebsteich muss ein moderner und leistungsfähiger Durchgangsbahnhof entstehen, mit sechs Fernbahn- und zwei S-Bahn-Gleisen, die derzeit schon vorhanden sind. Es werden Abertausende Reisende diesen Bahnhof täglich benutzen. Für Hamburg ist es eine wichtige Entscheidung: für Altona, aber auch für diejenigen Menschen, die aus Eimsbüttel diesen Bahnhof Altona-Diebsteich neu nutzen werden.

So weit, so gut. Es wartet noch einiges an Arbeit auf uns, und wir werden gerade auf den Gestaltungsprozess, den wir mit unserem Antrag voranbringen wollen, besonderes Augenmerk legen.

Der Bahnhof muss attraktiv sein, und das betrifft auch die architektonische Gestaltung. Bei der Mitte Altona haben wir uns besondere Regelungen auferlegt und Bürgerbeteiligungen durchgeführt. Viele Dinge sind sehr, sehr gut gelaufen, gerade was Ästhetik und Gestaltung betrifft. Und viele Dinge, die wir daraus gelernt haben, sollten doch auch bei der Verlagerung und dem Neubau des Fernbahnhofs am Diebsteich Berücksichtigung finden. Dort darf nicht, um es mit dem Oberbaudirektor zu sagen, ein reiner Hundehüttenkomplex entstehen, sondern es muss ein angemessener, städtebaulich wirklich guter Bahnhof entstehen, zum Beispiel wie der in Berlin-Spandau.

Nur eine S-Bahn-Station vom neuen Bahnhof entfernt entsteht die Mitte Altona, und es ist uns ausdrücklich wichtig, die Beteiligungsmöglichkeiten auch auf den neuen Fernbahnhof auszudehnen und, insbesondere was die Namensgebung angeht, das Augenmerk auf Bürgerbeteiligung zu richten.

Mit der Einreichung der Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren sind wir jetzt am entscheidenden Punkt angelangt. Nun beginnt die Phase, in der Hamburg ein wichtiges Wort bei der Gestaltung des Bahnhofs mitreden kann, und genau das werden wir tun. Diese Chance werden wir wahrnehmen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nun nicht vor. Damit kommen wir zu den Abstimmungen.

Wer stimmt nun zunächst einer Überweisung der Drucksachen 21/2880 und 21/3487 an den Verkehrsausschuss zu? – Die Gegenprobe? – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisung abgelehnt.

Wer möchte dann die Drucksache 21/2880 federführend an den Stadtentwicklungsausschuss und mitberatend an den Verkehrsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch dieses Begehren ist abgelehnt.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 21/3487 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Nun kommen wir zur Abstimmung in der Sache über den Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus Drucksache 21/2880.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag angenommen.

Die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN möchten nun die Drucksache 21/2880 nachträglich an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Wer möchte so verfahren? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dem wurde einstimmig gefolgt.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, habe ich Ihnen die Ergebnisse der Wahlen zu Deputationen und zur Vorsitzenden der Kommission für Bodenordnung mitzuteilen.

Bei der Wahl eines oder einer Deputierten der Justizbehörde sind 107 Stimmzettel abgegeben worden. Alle Stimmzettel waren gültig. Herr Justus Burgdorf erhielt 24 Ja-Stimmen, 68 Nein-Stimmen, 15 Enthaltungen. Damit ist Herr Burgdorf nicht gewählt worden.

Dann werden wir diese Wahl in unserer nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung setzen.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung sind ebenfalls 108 Stimmzettel abgegeben worden. Alle waren gültig. Herr Krzysztof Walczak erhielt 21 Ja-Stimmen, 70 Nein-Stimmen, 17 Enthaltungen. Damit ist Herr Walczak nicht gewählt worden.

Auch diese Wahl werden wir in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung setzen.

Bei der Wahl der oder des Vorsitzenden der Kommission für Bodenordnung sind 109 Stimmzettel abgegeben worden. Ein Stimmzettel war ungültig. Es gab für Frau Heike Heuer 89 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen. Damit ist Frau Heuer zur Vorsitzenden der Kommission für Bodenordnung gewählt worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 45, Drucksache 21/3308, Antrag der CDU-Fraktion: Bezirks-

(Vizepräsidentin Antje Möller)

versammlungen rechtzeitig bei größeren Verkehrsprojekten einbinden.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Bezirksversammlungen rechtzeitig bei größeren Verkehrsprojekten einbinden
– Drs 21/3308 –]**

Auf Wunsch der SPD-Fraktion und der GRÜNEN Fraktion soll diese Drucksache an den Verkehrsausschuss überwiesen werden.

Vonseiten der FDP-Fraktion liegt ein Antrag auf Mitberatung der Drucksache im Verfassungs- und Bezirksausschuss vor.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Westenberger von der CDU-Fraktion, Sie bekommen es.

Michael Westenberger CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! In dieser Stadt hatten wir bislang einen recht guten Konsens gelebt. Die Bezirke nehmen – deswegen haben wir ihnen in der vorigen Legislaturperiode auch Verfassungsrang gegeben – die Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft wahr, und die Fachbehörden übernehmen grundsätzliche und ministerielle Aufgaben. Das macht Sinn, denn die Bezirke mit ihren Bezirksversammlungen sind die, die vor Ort sind. Die Bezirksabgeordneten dienen regelmäßig als Moderatoren zwischen der örtlichen Bevölkerung und der Verwaltung. Bei Planvorhaben, gleich welcher Art – ob für soziale Infrastruktur oder bauliche Infrastruktur –, wenden sich die Bürgerinnen und Bürger in der Regel an ihre Bezirksabgeordneten, manchmal auch an die Bürgerchaftsabgeordneten.

Aber in der jüngsten Vergangenheit hat demokratische Teilhabe in dieser Stadt ein relativ schwieriges Bild abgegeben. Die BWVI, die früher nur für das sogenannte Hauptstraßenverkehrsnetz zuständig war, übernimmt derzeit Planungen, die eigentlich in die Hoheit der Bezirke fallen und in der Regel Auswirkungen auf den Wohnort der örtlichen Gemeinschaft, ihren Stadtteil haben, wo sie mit-sprechen will. Wir haben in diesem Haus schon sehr intensiv über die Teilhabe der örtlichen Gemeinschaft gesprochen; auch die Aktuelle Stunde war davon geprägt. Wir sind also gut beraten, den Leuten vor Ort eine Teilhabe am Prozess zu geben, indem sie sagen können, ich stelle es mir so oder so vor.

Es gab nun einige Beispiele, ob die Fahrradstraße am Harvestehuder Weg, der Umbau am Klosterstern, Mühlenkamp, Lange Reihe et cetera – regelmäßig sitzt die BWVI dort und stellt ihre Vorhaben vor. In der Regel laufen die Bürger dann zu den Bezirksabgeordneten. Die sagen, es tue ihnen leid, sie seien gar nicht zuständig. Und die Bürgerchaftsabgeordneten in diesem Haus sind nicht so weit eingebunden, dass sie im Planungsprozess

weder den Aufstellungsbeschluss noch den Feststellungsbeschluss politisch fassen. Der Stadtentwicklungsausschuss und auch der Verkehrsausschuss werden regelmäßig von der BWVI nicht umfasst.

Das bedeutet, dass die Teilhabe der örtlichen Bevölkerung an dem, was Sie als Stadtentwicklung betrachten, eigentlich komplett leerläuft. Ich würde dafür werben, dass wir zu dem alten Konsens zurückkommen, die BWVI sich um die Hauptverkehrsstraßen kümmert und alles, was von der örtlichen Bevölkerung als örtliche Gemeinschaft angesehen wird, bei den Bezirken gelassen wird, wo es hingehört.

Die Bezirksabgeordneten leisten da regelmäßig einen hervorragenden Job, denn sie sind es, die bei den Bürgern vor Ort sitzen. Sie sind es, die sich die Nächte bei den Bürgerinitiativen um die Ohren schlagen und versuchen, zwischen der Verwaltung und der örtlichen Gemeinschaft einen Kompromiss herbeizuführen.

(Beifall bei der CDU)

Ich würde daher dafür werben – und ich habe auch schon sehr gute Signale gehört; das hängt nicht nur mit meinen großen Ohren zusammen, sondern wahrscheinlich auch mit der Qualität dieses Antrags –, dass wir im Verkehrsausschuss das Ganze exemplarisch einmal durchspielen, und zwar so, dass es nicht zu einer Situation wie beim Umbau des Klostersterns kommt, was ich als Bezirksabgeordneter noch erlebt habe. Es gab einen einhelligen Antrag, unterzeichnet von allen Fraktionsvorsitzenden, zum Thema Eppendorfer Baum/Klosterstern, dass wir bitte einen Satz der Planungsunterlagen zum Planfeststellungsverfahren haben möchten, und die BWVI antwortet, die Unterlagen des Planfeststellungsverfahrens seien im Rahmen der Auslegung vier Wochen in der Fachbehörde während der Dienststunden einsehbar.

Ich glaube, das ist weder Teilhabe einer Bezirksversammlung oder eines Bezirks, geschweige denn derer, die einen solchen Prozess moderieren.

(Beifall bei der CDU)

Wir bitten Sie daher um Zustimmung. Ich glaube, wir haben viele Möglichkeiten, zu einem hervorragenden Ergebnis zu kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau von Enckevort von der SPD-Fraktion.

Henriette von Enckevort SPD:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich war an der Begründung zu diesem Antrag sehr interessiert, da das Petikum doch, sagen wir einmal, etwas merkwürdig daherkommt. Und wenn man sich dieses genau anschaut, dann fordert hier also ein Antrag

(Henriette von Enckevort)

auf Landesebene, dass das Bezirksamt und die Bezirksversammlung künftig unabhängig voneinander über Planungen seitens der BWVI informiert werden.

Die Bezirksversammlung und ihre Ausschüsse werden grundsätzlich über die Gremienverwaltung der Bezirksämter informiert und eben auch dort verwaltet. Wir alle wissen, dass die Bezirksversammlungen ein Organ der Behörde Bezirksamt sind. Daher sollte man schon rein strukturell sehr sensibel sein, was eine unabhängige Information angeht.

(Beifall bei der SPD)

Nach dem Wortlaut des Petitums muss man sich auch fragen, ob die Bürgerschaftsfraktion der CDU entweder den Bezirksämtern nicht zutraut, ihre bezirklichen Gremien zu informieren oder, noch viel mehr, den Bezirksversammlungen nicht zutraut, im gemeinsamen Kommunikationsprozess mit den Bezirksämtern ihre Arbeitsweise und Verfahren mit der Verkehrsbehörde abzustimmen.

Es scheint, dass sich die CDU auf Landesebene hier in die Kommunikationsstrukturen der Bezirke mit der BWVI einmischen möchte. Ob wir es wirklich vornehmen sollten, die Abstimmungsprozesse der Bezirksversammlungen durch Beschlüsse der Landesebene festzuzurren, müssen wir als SPD ernsthaft hinterfragen.

(Beifall bei der SPD)

Auch auf der inhaltlichen Ebene ist dieser Antrag nicht zielführend. Die BWVI ist nämlich nicht nur, wie es der Antrag ausführt, angewiesen auf die Mitarbeit der Bezirksebene, sondern will auch umfänglich informieren und die Menschen vor Ort einbeziehen, insbesondere auch den Sachverstand der Bezirksversammlungen und der zuständigen Experten in den Verwaltungen der Bezirksämter. Das kann ich auch aus meiner Erfahrung als Mitglied in einem Verkehrsausschuss ganz klar sagen. Eine Information seitens der Fachbehörde muss vom Bezirksamt und von der Bezirksversammlung in professioneller Kooperation bearbeitet werden und eben nicht unabhängig voneinander.

(Beifall bei *Annkathrin Kammeyer SPD*)

In vielen Fällen ist das Bezirksamt selbst Träger und Planer der Maßnahmen, sodass hier auch eine Beteiligung von vornherein stattfindet. Wer sich die Arbeitsweise eines Verkehrsausschusses im Bezirk einmal genauer anschaut, der erkennt schnell, dass diese Ausschüsse zu den inhaltsreichsten und vollsten Ausschüssen der Bezirksebene gehören.

Der Verkehrsausschuss erhält alle für ihn relevanten Unterlagen und Planungen zur Beratung und Stellungnahme, und das in mehreren Verschickungen zu jedem Planungsstand. Diese Verschickun-

gen seitens der Verkehrsbehörde werden sowohl vom Bezirksamt als auch vom Verkehrsausschuss mit Stellungnahmen versehen zurück an die Behörde gesandt. Die auf Machbarkeit überprüften Stellungnahmen werden dann in aufwendigen Listen bewertet. So wird auf jeder Stufe der Planungen die Bezirksversammlung beziehungsweise der Ausschuss eingebunden. Der Ausschuss nutzt oft die Möglichkeit, in öffentlichen Anhörungen weitere Menschen einzubeziehen, und die Behörde zieht dabei auch mit.

Im Rahmen der Unterlagenverschickung werden stets Ansprechpartner in den Behörden angegeben, an die man sich wenden kann. Zudem werden in der Regel auch verspätete Stellungnahmen und Anmerkungen anstandslos zur Kenntnis genommen oder auch berücksichtigt. Auf Wunsch werden die Unterlagen seit einiger Zeit elektronisch und damit zeitsparend versendet. Das ist ein großer Vorteil gegenüber der Verschickung einzelner analoger Unterlagen.

(Beifall bei der SPD)

Bei besonderen Vorhaben bemüht sich die Behörde immer häufiger, die Bezirkspolitik frühzeitig einzubeziehen, dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Öffentlichkeit immer mehr Interesse an der Mitgestaltung zeigt. Wir haben das alle in den vergangenen Jahren zunehmend gemerkt, und die Verkehrsbehörde ist darauf intensiv eingegangen. So hat beispielsweise in Hamburg-Mitte der Prozess rund um die Verkehrsplanung in der Langen Reihe gezeigt, dass sich eine gut funktionierende Anwohnerbeteiligung in einem Verfahren erst entwickeln und im Ergebnis zu einer allseits anerkannten Verbesserung ursprünglicher Planung führen kann.

(Beifall bei der SPD)

Die Vertreter der Hochbahn, der Verkehrsbehörde, des LSBG standen dabei nicht nur der Bezirkspolitik, sondern auch den Bewohnern für Gespräche und Präsentationen zur Verfügung. Am Ende und nun für den dritten Bauabschnitt gab es erst vorletzte Woche wieder einen öffentlichen Termin. Bei diesem – zuerst sehr strittigen – Verfahren hat man gelernt, aufeinander zuzugehen, Kompromisse zu erörtern und Vereinbarungen zu treffen. Die Anwohner vor Ort sind mitgenommen worden, Bezirk und Verkehrsbehörde sind als gemeinsame Partner aufgetreten.

Die bestehende Themendichte und die vollen Tagesordnungen erfordern geradezu, dass die Verkehrsausschüsse in den Bezirken selbst priorisieren, welche Planungen denn vorgestellt werden sollen. Daher sollten wir auch dieses als Landesparlament nicht von oben vorgeben, so wie es der Antrag fordert. Man kann den Bezirksversammlungen und ihren Ausschüssen sehr wohl zutrauen, ihre Themen selbst zu setzen.

(Henriette von Enckevort)

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist es dann wichtig, dass die Verkehrsbehörde den Vorstellungswünschen zeitnah und passgenau entgegenkommt, um auch eine Verzahnung von Landes- und Bezirksebene immer weiter fortzuentwickeln.

Unser Verkehrsausschuss sollte dieses übergeordnete Thema, das der Antrag nur anreißt, aber in der Vorstellung eben zum Ausdruck kam, stets im Blick haben. Daher beantrage ich für die SPD die Überweisung an den Verkehrsausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Anna Gallina GRÜNE*)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Frau Gallina von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

Anna Gallina GRÜNE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Westenberger, wir haben – das weiß vielleicht nicht jeder von Ihnen – schon ein paar Jahre gemeinsam in der Bezirksversammlung Eimsbüttel hinter uns gebracht und natürlich auch das eine oder andere Mal über Verkehrsthemen und Planungsthemen gesprochen.

Mir geht es heute ein bisschen so wie damals, nämlich dass mich Ihre Anträge nicht so wahnsinnig vom Hocker reißen.

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

– Das würden Sie gern wissen, nicht? Also, Sie haben noch nichts geliefert, keine Sorge, Herr Hamann.

(*André Trepoll CDU:* Der G20-Gipfel, der reißt es heraus!)

– Schön, dass Sie alle so amüsiert sind.

Herr Westenberger, dennoch teile ich die Grundintention des Antrags, das möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen. Es ist deswegen gut, dass wir im Verkehrsausschuss die Gelegenheit haben, darüber zu sprechen.

(Zuruf von *Thilo Kleibauer CDU*)

Aber die Frage ist doch tatsächlich, ob nicht eigentlich schon regelhaft eine entsprechende Einbindung stattfindet. Wenn man sich einmal anschaut, wie auch in Eimsbüttel immer wieder Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Bezirksversammlungsmitgliedern und Verkehrsausschussmitgliedern oder auch in den Regionalausschüssen auf Planungen Einfluss genommen haben – an den von Frau von Enckevort angesprochenen diversen Verschickungen konnte man dann auch sehen, dass sich tatsächlich etwas verändert hat –, muss man sich, glaube ich, wirklich einmal die Frage stellen, ob es sich hier nicht um Einzelfragen

handelt, die das jeweilige Bezirksamt beziehungsweise die jeweilige Bezirksversammlung zusammen mit ihrem Bezirksamt selbst am besten klären sollte, wie man in der Zusammenarbeit besser wird. Wie gesagt, wir erörtern das gern im Ausschuss, aber wir sind, glaube ich, in der Vergangenheit deutlich besser geworden, was Bürgerbeteiligungen und Einbindungsprozesse angeht.

(Zurufe)

Das mögen Sie vielleicht manchmal anders sehen, weil dummerweise nicht immer alle Ihre inhaltlichen Forderungen übernehmen wollen, aber das sind zwei Dinge, die man sehr sauber auseinanderhalten sollte. Inzwischen sind für Bürgerinnen und Bürger viele Planungsunterlagen auch im Internet zugänglich; das ist der richtige Weg. Den werden wir auch weiter beschreiten. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Stephan Jersch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach sechs Jahren Bezirksversammlung und dort fast sechs Jahren im Verkehrsausschuss ist es mir natürlich sehr sympathisch, diesen Antrag zu lesen, denn, wer so lange in der Bezirksversammlung gesessen hat, der weiß, wer am Ende der Straßenbaunahrungskette in dieser Stadt steht. Das sind die Bürgerinnen und Bürger und ganz knapp davor die Politikerinnen und Politiker in den Bezirken. Insofern müssen sie trotzdem ihren Kopf immer wieder dafür hinhalten, was verkehrspolitisch in dieser Stadt geplant und durchgeführt wird. Es ist tatsächlich so, dass Informationen spät kommen. Sie kommen teilweise interpretationsfähig. Sie sind im Feedback nebulös. Daher fand ich es interessant, dass Frau von Enckevort eine völlig andere Behörde kennengelernt hat, als ich sie kennenlernen musste.

Gleichzeitig ist es allerdings auch so, dass die Bezirksämter ausbluten. Ich habe mir die Tätigkeitsberichte des Bezirksamts Bergedorf angesehen und festgestellt, dass wir in diesem Bereich zwischen 20 und 25 Prozent weniger Personal in den Bezirken haben, und das ist einer Kommunikation mit den Bezirken, die dringend notwendig ist, sicherlich nicht zuträglich.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern bin ich sehr skeptisch, was einen zusätzlichen Kommunikationskanal mit den Bezirksämtern, mit den Bezirksversammlungen – das wurde vorher schon erwähnt –, angeht. Es wäre originär die Aufgabe der Bezirksamter, diese Kommunikation zu übernehmen, aber rein personell ist das mittlerweile schwierig geworden. Deswegen denke ich,

(Stephan Jersch)

statt neuer Kommunikationskanäle bräuchten wir mehr Personal in den Bezirksämtern.

(Beifall bei der LINKEN)

Und letztendlich wird hier am üblichen Top-Down-Modell hamburgischer Politik herunter zu den Bezirken nicht gekratzt. Ich denke, wir müssten mehr zum Bottom-Up gehen und schauen, wie wir eine Demokratisierung über runde Tische erreichen, die dann im Nachhinein wieder reparieren müssen, was angerichtet worden ist. Wie bekommen wir eine solche Demokratisierung hin?

(Beifall bei *Sabine Boeddinghaus DIE LINKE*)

Was die Informationspolitik der BWVI angeht: Zu spät bleibt zu spät. Daran wird auch ein solcher Kommunikationsstrang nichts ändern. Hier muss sich grundsätzlich etwas ändern. Die Bezirke müssen ernst genommen werden als Rückgrat dessen, was die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt wirklich mitbekommen. Hier muss sich etwas ändern bei der Behörde. Letztendlich hat man immer wieder das Gefühl, das Motto lautet: Wenn der Verkehr in der Stadt fließen soll, dann sind Bezirke im Weg. Und der Frust sitzt tief in den Bezirken, das kann ich Ihnen sagen. Man fühlt sich nicht ernst genommen.

Es ist gut, wenn wir im Ausschuss darüber sprechen, was geändert werden kann, damit wir wirklich eine Demokratisierung auch bei diesen Planungskonzepten erreichen, denn so wie es im Moment ist, sind die Kolleginnen und Kollegen in den Bezirksverwaltungen letztendlich die Prügelknaben einer verfehlten Verkehrspolitik in dieser Stadt, und das muss sich dringend ändern. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Jersch, ich fand Ihren Vergleich mit dieser Nahrungskette gar nicht schlecht.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Ach, von der LINKEN können Sie lernen!)

Sie haben gesagt, am Ende stehe der Bürger und kurz davor die Bezirksabgeordneten. Da habe ich überlegt, wer steht denn am Anfang der Nahrungskette? Das ist doch die naheliegende Frage. Ich habe einen Vorschlag. Er ist zwar jetzt nicht da, aber ich glaube, es ist Herr Kienscherf.

Am Anfang steht also Herr Kienscherf. Der beschließt etwas, das geht dann zum Senator herunter, dann zum Staatsanwalt, und irgendwann landet es beim Bezirksabgeordneten. Möglicherweise ist das Modell das richtige, aber Sie kennen viel-

leicht auch, Herr Jersch, vom Kindergeburtstag die Sache mit der Stillen Post. Der Erste, also Herr Kienscherf, sagt Elefant, und am Ende beim Bezirksabgeordneten kommt dann Maus heraus. Dieser Transportweg, den Sie angerissen haben, ist in der Tat nicht überzeugend. Und die Äußerungen von Frau von Enkevort haben mich auch etwas besorgt gemacht, denn sie hat versucht uns darzulegen, alles sei doch ganz toll. Ich bin nun nicht mit ihr zusammen in einer Bezirksversammlung gewesen, ich bin aber auch völlig normaler Bürger und darf Ihnen sagen: Ob es nun an dieser Nahrungskette liegt oder an etwas anderem, es ist nicht alles toll in der Hamburger Verkehrspolitik. Ein Teil davon ist eben mangelnde Kommunikation, eine mangelnde Nahrungskette und mangelnder Informationsfluss.

Wir haben einen großen Sanierungsbedarf, und der bezirkliche Sachverstand wird, vorsichtig formuliert, nicht in ausreichendem Maße in Anspruch genommen. Man könnte auch sagen, er wird oft übergangen. Und Sie kennen das leidige Thema schlechte Baustellenkoordinierung. Ich glaube, auch da könnten die Bezirke, wenn man sie denn etwas eher an der Nahrungskette beteiligen würde, durchaus etwas beitragen.

Nun aber zum Antrag der CDU-Fraktion. Sie fordern eine beschleunigte Weiterleitung an die Bezirksversammlung. In der Tat ist natürlich das Argument zu überlegen, ob es sinnvoll ist, einen weiteren Kommunikationskanal zu öffnen. An sich würde ich sagen, der klassische preußische Beamtenweg ist richtig, aber – wie gerade schon ausgeführt – der scheint nicht richtig zu funktionieren. Als quasi Aorta oder als Bypass ist der Vorschlag der CDU vielleicht gar nicht so schlecht. Zumindest ist er diskussionswürdig. Darum werden wir sie unterstützen, diesen Antrag zu überweisen.

Die frühzeitige Vorstellung in Ausschüssen der Bezirksversammlung sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, aber mir wurde aus Bezirkskreisen berichtet, dass es keineswegs so ist. Die Berücksichtigung von Rückmeldungen ist ebenfalls eigentlich selbstverständlich, und auch da haben mich Frau von Enkevorts Ausführungen ein wenig besorgt gemacht. Sie hat wörtlich gesagt, auch wenn eine solche Stellungnahme nach der Frist komme, werde sie – Achtung – zur Kenntnis genommen. Ich glaube Ihnen sogar, dass sie zur Kenntnis genommen wird, aber es geht nicht um Kenntnisnahme. Es geht darum, dass man bezirklichen Sachverstand ernst nimmt und wirklich in seine Überlegungen einbezieht, eventuell auch Konsequenzen daraus zieht. Dass Frau von Enkevort aber das nicht sagt, macht mir ganz besonders Angst.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei *Detlef Ehlebracht AfD* und *Stephan Jersch DIE LINKE*)

(Dr. Wieland Schinnenburg)

Nun können Sie sagen, das ist die böse Opposition, von links bis rechts und von liberal und kompetent – all diese Bereiche haben wir hier –, die nur ein wenig herumnörgelt. Ich darf Sie aber an Ihren eigenen Koalitionsvertrag erinnern. Auf Seite 42 steht Folgendes:

"In einem weiteren Schritt ist in diesem Zusammenhang ein Ziel, die Rolle der Bezirke dahingehend zu stärken, bei verkehrlichen Maßnahmen in ihrem Bezirk stärker selbst entscheiden zu können oder daran maßgeblicher mitzuwirken."

Und jetzt kommt es:

"Die Prüfung soll noch in diesem Jahr erfolgen."

Das war im Jahr 2015, das ist nun schon seit mehr als zwei Monaten vorbei. Ich kann mich nicht entsinnen, dass irgendein Ergebnis dieser Prüfung vorliegt. Mein Gefühl sagt mir, wie ich diesen Senat kenne, die SPD und das Begleitgrün, hat die Prüfung noch nicht einmal angefangen. Und wenn die CDU mit ihrem Antrag einen Beitrag dazu leisten sollte, dass die Prüfung nun langsam einmal beginnt, wäre das sicher nicht schlecht. Das allein wäre der Antrag vielleicht schon wert.

Nun noch grundsätzlich zu diesem Antrag, zum Thema insgesamt. Ich glaube, es ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der grundsätzlichen Thematik, die bis vor zehn Monaten auch die GRÜNEN gut fanden, nämlich die Stärkung der Bezirke. Das ist ein sehr verbreitetes Thema, und hierzu haben wir als FDP – Sie erinnern sich vielleicht – mit der Drucksache 21/2756 bereits einen sehr umfangreichen Antrag vorgelegt, der netterweise von Rot-Grün an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überwiesen wurde. Das ist, finde ich, das übergeordnete Thema, das man diskutieren sollte, und dieses gehört dazu. Das ist auch der Grund, warum wir diesen Antrag nicht nur an den Verkehrsausschuss überweisen wollen, sondern auch dorthin, wo das Thema Bedeutung und Berücksichtigung der Bezirke insgesamt angesiedelt ist. Wir wollen diesen Antrag deshalb mitberatend an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *André Trepoll CDU*)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion das Wort.

Detlef Ehlebracht AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Sie von der CDU möchten mit diesem Antrag vor allem rechtzeitig Transparenz in die Entscheidungsfindungsprozesse auf bezirklicher Ebene bringen. Sie möchten dafür Sorge tragen, dass sich Leute mit dem Thema befassen, die mit den jeweiligen Gegebenheiten vertraut sind, die dort zur Entschei-

dung anstehen, und die die Auswirkungen von diesen Entscheidungen zu tragen haben.

Sie betonen damit das Prinzip der Subsidiarität. Was kann man sonst noch dazu sagen? Nichts. Das kann man nur unterstützen, und das tun wir, und zwar vollumfänglich und ohne Wenn und Aber. Aus unserer Sicht gibt es dazu nicht mehr zu sagen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Weitere Wortmeldungen liegen mir nun nicht vor, wenngleich es viele Gespräche im Plenarsaal gibt. Wenn also keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte zunächst die Drucksache 21/3308 an den Verkehrsausschuss überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisung zustande gekommen.

Wer möchte die Drucksache darüber hinaus mitberatend an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überweisen? – Auch hier die Gegenprobe. – Diese Überweisung ist nicht zustande gekommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 23, Drucksache 21/3239, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2015/2016, Nachbewilligung nach Paragraph 35 Landeshaushaltsordnung, Modernisierung der Universität Hamburg am Campus Bundesstraße, Neubauten für MIN-Forum und Informatik, Baumaßnahmen im Vorfeld – Technikzentrale.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/2660:

Haushaltsplan 2015/2016, Nachbewilligung nach § 35 Landeshaushaltsordnung, Modernisierung der Universität Hamburg am Campus Bundesstraße, Neubauten für MIN-Forum und Informatik, Baumaßnahmen im Vorfeld – Technikzentrale (Senatsantrag) – Drs 21/3239 –]

(Glocke)

Meine Damen und Herren! Wir beginnen mit einer neuen Debatte. Sie können, wenn Sie dieser nicht folgen wollen, gern den Plenarsaal verlassen. Ansonsten bitte ich um Aufmerksamkeit für die Rednerinnen und Redner. – Das Wort bekommt Frau Engels von der GRÜNEN Fraktion.

Mareike Engels GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meine Kollegin Carola Timm ist heute leider verhindert.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Engels, pardon. – Meine Damen und Herren! Ich wiederhole das gern noch einmal. Wir beginnen mit der Debatte und ich bitte, Zwiegespräche draußen zu führen. – Frau Engels, Sie haben das Wort.

Mareike Engels GRÜNE (fortfahrend):* Meine Kollegin Carola Timm ist heute leider verhindert, und daher habe ich diese Debatte für sie übernommen. Ich möchte noch einmal unsere Unterstützung für den Senatsantrag zur Modernisierung des Campus Bundesstraße bekräftigen.

In einem nächsten Schritt steht nun die Verlagerung der Technikzentrale an, und zwar unter die Erde. Damit geht die Senatorin nicht nur den Sanierungsstau an, sondern auch die Förderung von Lehre und Forschung in den sogenannten MINT-Fächern. Diese spielen für den Wissenschaftsstandort Hamburg eine wichtige Rolle.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich kenne die Universität Hamburg und weiß seit Langem aus eigener Erfahrung, dass an vielen Ecken und Enden Sanierungen dringend notwendig sind. Ich bin daher froh, dass der rot-grüne Senat die vielen Baustellen jetzt systematisch angeht, und ich danke insbesondere Senatorin Katharina Fegebank, dass sie die vielen innovativen Projekte im Bereich der Hochschule so tatkräftig unterstützt.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Dem aktuellen Bau- und Sanierungsstau der Hamburger Hochschulgebäude begegnet der Senat mit umfangreichen Investitionen und Maßnahmen. Es wurden vor allem akute Flächendefizite und ein hoher Sanierungsbedarf bei den MINT-Fächern, also der Mathematik, der Informatik und den Naturwissenschaften, ermittelt. Hier läuft nun der Modernisierungs- und Erweiterungsprozess am naturwissenschaftlichen Universitätscampus in der Bundesstraße in Eimsbüttel, und das ist eine wirklich gute Nachricht.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich muss Sie erneut unterbrechen. – Meine Damen und Herren! Ich weise noch einmal darauf hin, dass auch auf der Senatsbank möglicherweise Zwiegespräche außerhalb des Plenarsaals geführt werden sollten. Danke schön. – Bitte fahren Sie fort.

Mareike Engels GRÜNE (fortfahrend):* Danke schön. – Hamburg ist eine Wissenschaftsstadt, und um den Standort hier zu stärken, brauchen wir eine funktionierende und exzellente wissenschaftliche Infrastruktur. Das betrifft im Besonderen, aber

natürlich nicht ausschließlich, die MINT-Fächer. Dazu ist jetzt geplant, auf der einen Seite die MINT-Fachbereiche Informatik und Mathematik zusammenzuführen, und auf der anderen Seite sollen auf dem Gebiet der Klimaforschung alle am Exzellenzcluster CliSAP beteiligten Partner noch enger miteinander vernetzt arbeiten. Seit 2015 wird das Geomatikum und damit der erste Bauabschnitt realisiert. Er wird die Geowissenschaften und die Klimaforschung umfassen.

2012 war für den Universitätscampus Bundesstraße ein baulicher Wettbewerb ausgeschrieben worden mit dem Ziel, durch neue Bauten und städtebauliche Umgestaltung schrittweise weitere Flächen für Lehre und Forschung sowie für studentisches Wohnen und Leben bereitzustellen. Bei der Umsetzung der Bauvorhaben soll möglichst energieeffizient und wirtschaftlich verfahren werden. Angestrebt wird ein moderner Unicampus, der eine hohe Aufenthaltsqualität für Studierende ermöglicht und aufgrund von Wegeverbindungen für Passantinnen und Passanten und Radfahrende optimal in den Stadtteil eingebunden wird.

(Thilo Kleibauer CDU: Ach ja, die Radfahrer!)

Der zweite Bauabschnitt an der Sedanstraße und der Bundesstraße befindet sich in Planung. Gegenüber dem Geomatikum sollen Neubauten für die Informatik ebenso entstehen wie das MIN-Forum, das die Bibliothek, die Mensa und Lehrmöglichkeiten umfassen wird. Die vorliegende Drucksache bezieht sich auf die vorbereitenden Planungen dieses zweiten Bauabschnitts. Auf dem Baufeld Sedanstraße/Bundesstraße befinden sich unter anderem die Technikzentrale und das Wasseranschlusswerk des Fachbereichs Chemie; das habe ich in Vorbereitung auf heute gelernt. Entgegen der Zielsetzung der Wettbewerbsausschreibung, die in den Neubauten Ersatzräumlichkeiten für die Technikzentrale vorsah, hat sich inzwischen jedoch herausgestellt, dass die Verortung der neuen Technikzentrale außerhalb des Baufelds aus bauphysikalischen Gründen wirtschaftlicher ist. Geplant ist, die Technikzentrale und auch das Wasseranschlusswerk in unmittelbarer Nähe zu den Bestandsgebäuden der Chemie unterirdisch zu errichten. Darüber soll im Rahmen des städtebaulichen Gesamtkonzepts einer von vier öffentlichen Plätzen entstehen. So wird das Gelände attraktiver für Studierende und für die Bewohnerinnen und Bewohner von Eimsbüttel.

Ein weiterer Grund für die unterirdische Realisierung der Technikzentrale ist, dass so der unterbrechungsfreie Universitätsbetrieb des Fachbereichs Chemie garantiert werden kann. Schließlich muss vor Beginn der Abriss- und Baumaßnahmen die technische Versorgung sichergestellt werden. Die Planung der Ersatzbauten ist abgeschlossen, mit der Ausschreibung und Umsetzung der Maßnah-

(Mareike Engels)

men kann also unmittelbar nach dem Bürgerchaftsbeschluss begonnen werden. Hier haben wir also schon viele richtige und wichtige Schritte nach vorn gemacht.

Was die Kosten anbelangt, geht es in der Drucksache um eine Nachbewilligung. Dazu gilt Folgendes zu sagen: Der Neubau der Technikzentrale wird gemäß dem Mieter-Vermieter-Modell betrieben. Dabei übernimmt die Behörde die Funktion der Mieterin. Das Unternehmen Gebäudemanagement Hamburg wird mit dem Bau der Technikzentrale beauftragt. Es schließt mit der Behörde einen Mietvertrag. Die Wissenschaftsbehörde wird der Universität Hamburg schließlich die Immobilie zur Nutzung überlassen. Beim Bau werden selbstverständlich die Grundsätze des kostenstabilen Bauens berücksichtigt.

Mit der Drucksache befassten sich schon im Januar der Wissenschaftsausschuss und der Haushaltsausschuss. Beide Ausschüsse haben der Bürgerschaft empfohlen, der Drucksache in der Neufassung zuzustimmen, und auch ich bitte hier noch einmal um das entsprechende Votum. Auf diese Weise können wir Planungssicherheit für das besagte Bauvorhaben erreichen. Wichtig ist aber vor allem, den Wissenschaftsstandort Hamburg zu stärken. Dies ist wichtig für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt, und dafür sind wir unter anderem mit dieser Maßnahme auf einem sehr guten Weg. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Dr. Tode von der SPD-Fraktion bekommt nun das Wort.

Dr. Sven Tode SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die wesentlichen Dinge hat die Kollegin Engels bereits erwähnt, insofern brauche ich das nicht zu wiederholen. Wir sollten noch einmal auf eines hinweisen: Bei der letzten Wissenschaftsdebatte war die Senatorin nicht vor Ort, und das aus gutem Grund. Sie hatte, wie gesagt, in Berlin den Bericht des Wissenschaftsrats zur Kenntnis genommen. Wir sind alle sehr froh über das Ergebnis, denn es hat gezeigt, dass der MINT-Bericht des Wissenschaftsrats den MINT-Fächern in Hamburg ein außerordentlich gutes Zeugnis ausstellt. Ich denke, das ist hier auch einmal einen Applaus wert.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Grundlage der Modernisierung für den Campus Bundesstraße, das hat Frau Engels schon ausgeführt, ist eben diese besagte Technikzentrale, über die wir jetzt hier reden. Sie musste vorgezogen werden, um den Baufortschritt in der Technikzentrale für den Neubau der Informatik, den gesamten Neubau des MIN-Forums und des Geomatikums nicht zu gefährden, sodass wir keine zeitli-

che Verzögerung auf dieser Baustelle haben. Das ist sehr wesentlich. Es ist auch schon ausgeführt worden, dass die Bauvorhaben in diesem Campus Bundesstraße von Senatorin Stapelfeldt 2012 bereits sehr dynamisch angegangen worden sind. Wir sehen jetzt die Umsetzung, und die Technikzentrale ist der erste große Planungsfortschritt, den wir beim Campus Bundesstraße sehen. Das begrüßen wir natürlich sehr.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben uns sowohl im Wissenschaftsausschuss als auch im Haushaltsausschuss ausführlich mit den Kosten beschäftigt. Da gibt es vielleicht noch eine Kleinigkeit, auf die wir hoffen. Der besagte Betrag ist gedeckelt; das bedeutet, dass der Bau-träger nicht mehr als die vorgegebene Summe erhält, die zur Debatte steht, also die 13 Millionen Euro. Wir hoffen, dass die Zinskosten nicht die Höhe haben, wie sie ausgewiesen sind. Wir hoffen ebenso, dass die Finanzbehörde entsprechende Verhandlungen führt, sodass wir auch bei den Zinsen Einsparungen haben, die dann wiederum der Wissenschaft zugutekommen.

Ich möchte mich ausdrücklich bei der CDU-Fraktion bedanken, weil sie das Ganze sehr konstruktiv begleitet hat. Ich hoffe auch, dass Sie sehen, dass wir durchaus etwas in die Wissenschaft investieren, nämlich gerade wieder 13 Millionen Euro zusätzlich. Der Wissenschaftsstandort Hamburg ist also keinesfalls unterfinanziert, sondern insgesamt wirklich sehr gut finanziert für diese Strukturen, die wir auch bei der MIN-Fakultät haben.

Allerdings ist es bedauerlicherweise so, dass wir uns immer fragen, Herr Schinnenburg, was eigentlich die Wissenschaftspolitik der FDP ausmacht. Die Wissenschaftspolitik der FDP besteht aus Enthaltungen. Eine Enthaltung nach der anderen, und auch hier enthalten Sie sich. Ich möchte einmal wissen, was Sie der Universität erklären, wie sie künftig eine MINT-Zentrale, eine Technikzentrale finanzieren soll. Wie soll es die überhaupt geben, wenn Sie sich permanent enthalten? Man kann eigentlich nur froh sein, dass die FDP keine Verantwortung für Wissenschaft und Forschung trägt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Kleibauer von der CDU-Fraktion bekommt nun das Wort.

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das sind immer interessante Debatten, wenn zu der angemeldeten Drucksache an sich gar nicht so viel erzählt wird, sondern relativ weit über die Drucksache hinaus etwas gesagt wird.

(Farid Müller GRÜNE: Frau Engels hat ganz viel dazu gesagt!)

(Thilo Kleibauer)

Ich habe dazu eine interessante Presseerklärung von Frau Gümbel vom November 2014 gefunden, in der sie im Prinzip genau die gleichen Dinge gesagt hat, die man auch heute prima sagen kann. Sie listen Neubaupläne und Sanierungspläne auf, die lange bekannt sind und die richtig und unstrittig sind. Sie addieren Zahlen, um zu einer großen Zahl zu kommen, aber das ist nicht seriös, denn erstens verschleiern Sie, dass es nur um einen sehr kleinen Teil des Sanierungsstaus geht, und zweitens verdecken Sie damit das Grundproblem, nämlich die Unterfinanzierung der Hochschulen. Dem ist kein Wort hinzuzufügen: November 2014, Ablenkungsmanöver der Senatorin, lesen Sie die Pressemitteilung von Frau Gümbel noch einmal durch.

(Beifall bei der CDU und der LINKEN)

Ich finde es auch mutig, dass Sie den Wissenschaftsrat angesprochen haben, Herr Kollege Tode. Da muss man natürlich auch das Gesamte lesen, insbesondere die Punkte Finanzierung, zum einen die Zweckentfremdung der BAföG-Mittel und zum anderen die mangelhafte Grundfinanzierung. Dass wir da in eine große finanzielle Lücke bei den Hochschulen laufen, hat der Wissenschaftsrat sehr prominent in seiner Analyse herausgestellt. Das sollte man an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*)

Schauen wir uns die Drucksache an und das, was wir heute beschließen. Worum geht es da? Es geht um die Technikzentrale, um ein Projekt, das isoliert gar keinen Sinn macht, wenn man es aus dem anderen Projekt herauszieht. Man könnte sagen, es geht um 500 Quadratmeter von 18 000 Quadratmetern, also um einen sehr kleinen Teil. Ich finde es schon etwas verwunderlich, denn Sie haben gesagt, 2012 sei das Projekt mit den Wettbewerben gestartet und 2013 sei etwas vorgestellt worden. Da wurde lange geplant, und genau auf der Zielgeraden kommt man auf die kluge Idee, es mache vielleicht Sinn, diese Technikzentrale anders zu planen. Da fragt man sich, wie diese Sachen teilweise geplant werden. Das finde ich dann doch etwas verwunderlich.

Schauen wir uns den ersten Stand des MIN-Forums und der Informatik an, den Sie hier debattiert haben. Ich habe den Vorteil, das in der letzten Legislaturperiode ein bisschen begleitet zu haben. Der erste Stand war: Baubeginn 2015. Der zweite Stand war dann, dass wir die Drucksache 2015 erhalten. Beides ist nicht passiert, und das zieht sich wie eine Kette durch die Bauprojekte der BWF. Liebe Frau Fegebank, da gibt es keinen Neuanfang mit den GRÜNEN, sondern ein "Weiter so wie bisher" bei den Bauprojekten im Wissenschaftsbe- reich, und das ist nicht gut.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*)

Da gibt es viele Beispiele. Das CHYN, wir hatten es gerade im Haushaltsausschuss: Übergabe an den Nutzer trotz Mieter-Vermieter-Modell und tollen maximalen Begrenzungen ein halbes Jahr später. Mit dem zweiten Forschungsbauwerk in Bahrenfeld sind Sie zweimal gescheitert bei der Vergabe von Bundesmitteln. Auch das verzögert sich immer weiter. Wir hatten dieser Tage auch das Thema ICGT, der große InnovationsCampus in Hamburg, eines der Prestigeprojekte des Bürgermeisters, und dies ist ein Debakel für den Senat. Es wurde immer teurer und teurer, dann hat man die Notbremse gezogen und setzt jetzt eine kleine abgespeckte Version um. Das kann es doch nicht sein.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP – Dennis Gladiator CDU*: Das ist schlimm!)

Diese Drucksache heute unterstützen wir, weil es ein wichtiges Signal für die Universität und die MIN-Fakultät ist, dass diese lang geplanten Projekte,

(*Dr. Sven Tode SPD*: Reden Sie mal zur Drucksache!)

MIN-Forum, Informatik und insgesamt der Bereich Campus Bundesstraße, auch weitergehen. Aber wir brauchen diese Signale ebenso an anderer Stelle. Wir haben auch an anderen Hochschulen große Sanierungsbedarfe, beispielsweise am Von-Melle-Park. Es ist auch zu wenig, insbesondere vor dem Hintergrund, was die GRÜNEN in der letzten Legislaturperiode immer sehr prominent eingefordert haben,

(*Farid Müller GRÜNE*: Es geht ja weiter!)

dort nur die Fenster zu sanieren und zu sagen, das zahle die Uni bitte schön aus eigenen Mitteln. Das ist zu wenig.

Lassen Sie mich noch eine oder zwei Anmerkungen machen zum Thema Mieter-Vermieter-Modell. Wir hatten dies, glaube ich, in der letzten Haushaltsausschusssitzung thematisiert. Bis heute konnte der Senat keinen Nachweis erbringen, dass das ein wirtschaftliches Modell ist. Bis heute verweigert der Senat den Nachweis der Wirtschaftlichkeit und hat uns nicht vorgerechnet, wie er auf dieses Modell kommt. Das ist bedenklich.

Der zweite Punkt: Hier war die Kritik des Rechnungshofs sehr deutlich, und die Senatsvertreter haben im Haushaltsausschuss auch gesagt, das werde man noch einmal sehr intensiv überprüfen müssen. Es ist eine klare Umgehung der Schuldenbremse. Sie haben mit Einberechnung dieser Modelle mehr Kredite aufgenommen als zulässig gewesen wäre, und das ist eine sehr ernsthafte Kritik des Rechnungshofs. Er hat gesagt, die Am-

(Thilo Kleibauer)

pel sei noch gelb, aber eher schon im orangefarbenen Bereich. Wenn wir Mieter-Vermieter-Modelle machen mit dem einzigen Antrieb, die Schuldenbremse zu umgehen, dann ist das zu wenig, und dann wird dieses Modell auf Dauer keine Rechtfertigung haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE.

Martin Dolzer DIE LINKE:* Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für das nette Zitat, Herr Kleibauer, das hat uns fast aus dem Herzen gesprochen, denn ähnliche Gedanken habe ich mir auch gemacht, als ich diese Drucksache gesehen habe.

(*Farid Müller GRÜNE:* Die CDU stimmt aber zu!)

DIE LINKE wird sich bezüglich des Antrags über die Modernisierung der Uni am Campus Bundesstraße ebenfalls enthalten. Es ist grundsätzlich gut, vernünftig geplante und auch bedarfsgerechte Gebäude zu bauen und die Hochschulen dynamisch weiterzuentwickeln. Aber die Hochschulen sollten dynamisch weiterentwickelt werden nicht nur zugunsten einiger Fakultäten und zuungunsten anderer und in den Fakultäten selbst dann nicht nur zugunsten einiger Studiengänge und zuungunsten anderer. Da haben wir in der Wissenschaftspolitik immer schöne Zyklen; in den Achtziger- und Neunzigerjahren wurden beispielsweise die betriebswirtschaftlichen Fakultäten sehr stark gefördert, je nach leitwissenschaftlichem Prinzip, und jetzt haben wir eben die technischen. Das finden wir falsch. Wir als LINKE wollen da eine größere Symmetrie haben.

(Beifall bei der LINKEN – Vizepräsidentin Christiane Schneider übernimmt den Vorsitz.)

Die Umsetzung der Um- und Neubauten für das MIN-Forum und die Informatik, insbesondere des Technikzentrums, gehen tendenziell deshalb in eine falsche Richtung. Wir sehen nämlich auch die Gefahr, dass die ohnehin viel zu knappen finanziellen Mittel nicht sorgfältig und eben nicht im Sinne aller Mitglieder der Fakultät, der Hochschulen und der Gesellschaft genutzt werden. Geld, das Forschung und Lehre zur Verfügung stehen sollte, wird hier für die Umsetzung einer zu teuren Planung – man hätte das durchaus kostengünstiger machen können – und einer zu stark auf Exzellenz ausgerichteten Forschung und Lehre eingesetzt. Frau Engels hat das auch noch einmal betont. Es wird zuungunsten der Gesamtplanung der MIN-Fa-

kultät, aber auch der Hochschule eingesetzt. Das finden wir falsch.

(Beifall bei der LINKEN)

Das spiegelt sich auch wider in der Gesamtausrichtung der Wissenschaftspolitik von Rot-Grün, die ebenfalls zu stark auf Exzellenz und zu wenig auf Ausfinanzierung der Hochschulen sowie zu wenig auf die Stärkung von Qualität und Forschung in der Breite setzt. Sie richtet sich nur auf spezifische Punkte und auch zu wenig auf die Persönlichkeitsentwicklung. Das spiegelt sich ebenfalls in den Planungen der MIN-Fakultät wider und in der Konkurrenz unter den unterschiedlichen Studiengängen. Deshalb müssen wir morgen auch darüber diskutieren, was mit der Holzwirtschaft weiter passiert, denn die ist gefährdet. Genau hier sehen wir einen der Gründe, warum sie gefährdet ist. Daher denken wir, dass eine viel konsistentere, strategische Planung notwendig wäre.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wäre durchaus möglich, die Hochschulen auszufinanzieren. Dazu gehört allerdings politischer Wille. Ich denke, an vielen Punkten wird mir Herr Schinnenburg gleich zustimmen, an anderen Punkten wird er dem, was ich eben gesagt habe, erneut widersprechen. Ausfinanzierung finden wir beide gut. Wir denken jedoch, es sei durchaus endlich an der Zeit, eine Vermögenssteuer zu erheben.

(*Dr. Sven Tode SPD:* Ist das Thema?)

Es ist wichtig, dass die Schuldenbremse abgeschafft wird, und die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten wäre schön zu einer Ausfinanzierung der Hochschulen.

(*Michael Kruse FDP:* Wie sind Sie da jetzt wieder hingekommen, Herr Dolzer?)

Dann könnten wir diesem Antrag zustimmen. Dann könnten wir viele schöne Gebäude in allen Studiengängen schaffen und nicht nur asymmetrisch, wie das jetzt geplant ist. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Danke, Herr Dolzer. – Jetzt hat das Wort Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dolzer, jedes Mal, wenn Sie reden, bringen Sie mich auf Ideen. Ich hätte da einen Vorschlag für einen Antrag. Machen Sie doch Folgendes: Stellen Sie einen Zusatzantrag zu diesem Antrag, Einführung der Vermögenssteuer und Abschaffung der Schuldenbremse, und dann stimmen Sie der Technikzentrale zu. Das wäre die Konsequenz. Ich bitte um Verständnis, dass wir dem nicht zustimmen

(Dr. Wieland Schinnenburg)

würden, aber immerhin wäre das die Konsequenz aus Ihrem Vortrag.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Zu Ihnen, Herr Kleibauer. Alles, was Sie gesagt haben, hat mich hundertprozentig überzeugt, nur die Conclusio nicht. Wenn Sie das auch so sehen, dass es wirtschaftlich fragwürdig ist und nicht wirklich durchdacht – 500 Quadratmeter von 18 000 –, und Sie haben recht mit dem, was Sie sagen, warum stimmen Sie dann zu? Folgen Sie unserem Beispiel und enthalten Sie sich. Das ist der Grund, warum wir uns enthalten.

Lassen Sie mich noch ein paar Punkte erwähnen, die Herr Kleibauer nicht erwähnt hatte, die er aber sicher auch kennt. Wir haben eine Miete, das ist kein Witz, von fast 100 Euro pro Quadratmeter, die hier angesetzt werden, und es gibt dafür keine überzeugende Begründung. Es wurde gesagt, da werde doch Technik eingebaut. Dann habe ich den Senat gefragt, dass es bisher auch schon eine Technikzentrale dort gebe und was mit den bisherigen Geräten sei. Es wurde geantwortet, die würden zum großen Teil übernommen. Es wird also ein reiner Transport von der bisherigen Technikzentrale in die neue vorgenommen, und das ist der Grund, warum da die Miete so teuer ist. Das ist nicht überzeugend. Es ist eine überhöhte Miete nach allem, was wir wissen.

Frau Engels sagte gerade, es wäre doch viel wirtschaftlicher, wenn man die Technikzentrale unterirdisch verlege. Der gesunde Menschenverstand spricht jedoch dagegen. Es mag vielleicht stadtplanerisch günstig sein, dass man dann Freifläche hat, aber dass es wirtschaftlich günstiger ist, ein Gebäude unter die Erde zu legen, das bedarf erheblicher Begründung. Darum haben wir auch nachgefragt im Ausschuss, ob der Senat denn Wirtschaftlichkeitsberechnungen angestellt habe oder wie es wirtschaftlich anders wäre, wenn man das Gebäude oberirdisch baut. Welche Auswirkungen hätte das zum Beispiel auf das Geomatikum? Gäbe es dort dann beispielsweise weniger Platz? Das wäre doch ein möglicher Grund. Antwort des Senats: Bei der Planung von MIN-Forum und Geomatikum sei er noch nicht so weit, das könne er nicht sagen. Wenn Sie gar nicht wissen, was Sie vorhaben, können Sie auch keine Wirtschaftlichkeitsberechnung anstellen. Mit anderen Worten, Sie wissen noch gar nicht, ob es wirtschaftlich ist oder nicht. Dann bleiben wir beim gesunden Menschenverstand und vermuten, dass eine unterirdische Anlegung nicht wirtschaftlicher, sondern teurer ist, was sich im Mietpreis auch widerspiegelt.

Dritter Punkt, und der macht mir nun wirklich ein bisschen Sorgen. Da waren die Haushalter der SPD gar nicht dabei, glaube ich, aber die hätten sich das einmal durchlesen sollen. In der Drucksache steht, das sei kein Kostenrisiko für die Stadt. Auch wenn das alles irgendwie teurer werde, was

meistens vorkommt bei diesen Bauten, mache das doch nichts. Warum? Dann kam dieser wunderschöne Ausdruck garantierter Maximalpreis. Den haben wir, glaube ich, dreimal von der Senatorin oder den Behördenmitarbeitern gehört. Das hat doch nun schon wirklich den Hauch von ziemlich starker Naivität. Es wäre dann richtig, wenn Sie den Bau privat erstellen würden und der private Bauträger einen maximalen Preis garantieren müsste. Dann hätten Sie recht. Das Dumme ist nur, dass der Bauträger auch der Freien und Hansestadt Hamburg gehört. Das heißt also, die Freie und Hansestadt Hamburg hat eine Garantie auf Entlastung von Baupreisexplosionen durch einen anderen Träger, der ihr auch selbst gehört. Da wurde nach dem Motto "linke Tasche, rechte Tasche" verfahren. Erzählen Sie uns nicht, dass hier eine Sicherheit besteht. Im Gegenteil, einer Kostensteigerung ist Tür und Tor geöffnet durch die Konzeption, die Sie gewählt haben.

Vierter Punkt: die hohen Baunebenkosten. Wir kennen es aus vielen Diskussionen in den Ausschüssen, dass immer gesagt wird, als Faustformel seien pauschal 20 Prozent der Baukosten als Planungskosten angesetzt. Das mag richtig sein. Wissen Sie, was Sie hier haben? 38 Prozent, also doppelt so viel. Sie haben also anteilig doppelt so viel ausgegeben für Planungskosten, wie es üblich ist. Das sind deutliche Hinweise darauf, dass hier nicht ausreichend wirtschaftlich gearbeitet wurde.

Nun komme ich zu Ihnen, Herr Tode. Sie sagen, die FDP enthalte sich immer und tue deshalb den Universitäten, dieses Mal der Uni selbst, wenig Gutes. Wissen Sie was? Ich tue gerade deshalb der Universität etwas Gutes, denn wenn alles teurer wird, wer zahlt das dann? Herr Tode, Sie wissen ganz genau, das macht die Uni aus dem von Ihnen schon brutal eng geschnittenen Budget. Wir schützen die Hochschulen gerade dadurch, indem wir streng darauf achten, dass wirtschaftlich gearbeitet wird. Sie initiieren hier ein wahrscheinlich unwirtschaftliches Modell auf Kosten der Universität. Dem kann man einfach nicht zustimmen, und darum enthalten wir uns. Wenn Sie etwas für die Hochschulen tun wollen und die Hochschulen besser behandeln wollen, dann sollten Sie einmal dafür sorgen, dass künftig im Wissenschaftsausschuss auch inhaltliche Debatten geführt werden. Die CDU hat zwei Große Anfragen gestellt, wir drei.

(Jan Quast SPD: Es hilft ja nichts, Sie verstehen es ja nicht!)

An der Antwort haben die Mitarbeiter in den Universitäten und den anderen Hochschulen lange gearbeitet. Es wurde von Ihnen nicht an den Wissenschaftsausschuss überwiesen. So geht man, ehrlich gesagt, mit der Opposition nicht um, aber genauso wenig mit den Hochschulen. Da sollten Sie sich einmal selbst an die Nase fassen.

(Dr. Wieland Schinnenburg)

Herr Tode, ich hatte es erwartet, dass Sie mit der Stellungnahme des Wissenschaftsrats zur MIN-Fakultät kommen werden. Hätten Sie doch besser geschwiegen. Herr Kleibauer hat es gerade schon erwähnt: Es ist nicht so, wie Sie und die Senatoren bisweilen erzählen, dass der MIN-Fakultät oder dem künftigen MINT-Standort ein tolles Zeugnis ausgestellt wurde. Nein, es gab immer wieder – ich werde es genau aufzählen, damit Sie es auch nachlesen können – in der Stellungnahme beißende Kritik an den Zuständen im Bereich MINT; das gilt übrigens für andere Hochschulbereiche auch.

(Dr. Sven Tode SPD: Beißende Kritik steht da sicher nicht drin! Sagen Sie einmal die Seite!)

– Passen Sie auf, es kommt gleich. Haben Sie ein Stück Papier dabei? Schreiben Sie es auf.

Auf Seite 10 steht, es gebe keine ausreichende Vernetzung der Hochschulen untereinander und mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Sie müssen auch mitschreiben, da können Sie etwas lernen. Auf den Seiten 11, 15, 54 und 71 steht: unzureichende Finanzierung; das hat Herr Kleibauer schon gesagt. Auf den Seiten 68, 71 und 159 f. steht, die HafenCity Universität habe keine Zukunft. Das steht in der Stellungnahme, die Sie toll finden. Wenn Sie das schon toll finden, möchte ich wissen, was ist, wenn eine Stellungnahme schlecht ausfällt.

Meine Damen und Herren! Das Ding ist vom Prinzip her richtig, aber unwirtschaftlich gemacht, und die Hochschulpolitik der SPD und des Begleitgrüns ist einfach schlecht. Darum enthalten wir uns. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Dr. Schinnenburg. – Nun spricht Frau Oelschläger von der AfD-Fraktion.

Andrea Oelschläger AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Obwohl Werner von Melle sich als Senator und später als Bürgermeister unserer Stadt die Errichtung einer Universität bereits Anfang des 20. Jahrhunderts zur Lebensaufgabe gemacht hatte, schaffte es erst 1919 die erste wirklich demokratisch gewählte Bürgerschaft, die Universität zu gründen. Vorher scheiterte dieser Plan noch am Klassenwahlrecht. Heute sind wir da, der Demokratie sei Dank, ein gutes Stück weiter.

Die Universität Hamburg ist mit über 40 000 Studenten die größte Universität in der Freien und Hansestadt Hamburg, die größte Forschungs- und Ausbildungseinrichtung in Norddeutschland und eine der größten Hochschulen in Deutschland. 2010 fiel die Entscheidung für den Neubau am Geomatikum, für die Neubauten MIN-Forum und Informatik

und die Modernisierung des Geomatikums, um die Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Hamburg langfristig zu sichern und auszubauen. Nicht umsonst hat die Internetseite den schönen Titel "Uni baut Zukunft". Wir wollen heute den zweiten Bauabschnitt mit dem MIN-Forum beziehungsweise mit der Technikzentrale in die Wege leiten. Die Uni baut allerdings nicht direkt, sondern es baut eine neu zu gründende Gesellschaft der Hansestadt Hamburg und vermietet die Gebäude dann an die Behörde für Wissenschaft und Gleichstellung, die wiederum die Gebäude der Universität überlässt. Das hatten wir hier schon mehrfach gehört.

Zweifelhaft bleibt, ob das Konstrukt mit Sicherheitsleistungen von 11,2 Millionen Euro und entsprechenden weiteren Verpflichtungen von 13,3 Millionen Euro bereits für die nächsten 20 Jahre wirklich sinnvoll ist oder nicht. Planbarkeit wäre für die staatlichen Akteure auf allen Seiten auch bei kürzer laufenden Verträgen durchaus gegeben. Jedenfalls scheinheilig ist die Feststellung in der Senatsmitteilung, dass die Gebäudemanagement Hamburg GmbH das Risiko für etwaige Mehrkosten übernehme. Die ist bekanntlich wieder eine hundertprozentige Tochter der Stadt. Die Risiken liegen also so oder so am Ende wieder beim Steuerzahler. Über das Mieter-Vermieter-Modell hatten wir schon gesprochen.

Nicht streiten werden wir jedenfalls über den Neubau, denn ich bin sicher, dass alle Fraktionen in der Bürgerschaft Lehre und Forschung in Hamburg fördern und den Wissenschaftsstandort voranbringen wollen. Gute Bildung und Ausbildung sind das Fundament für die Zukunft. Das bedeutet nicht, dass wir auf die verschiedenen neu gegründeten Tochtergesellschaften der Freien und Hansestadt Hamburg nicht ein kritisches Augenmerk richten werden. Inzwischen gibt es über 250 einhundertprozentige Tochtergesellschaften und mindestens ebenso viele weitere Beteiligungen, und ihre Bedeutung für den Hamburger Haushalt und die Schuldenbremse wurde hier schon erwähnt.

Die AfD-Fraktion wird sich bei der Abstimmung daher enthalten. Wir freuen uns trotzdem über den neu entstehenden Campus Bundesstraße. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Oelschläger. – Frau Senatorin Fegebank, Sie haben jetzt das Wort.

Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man über Baustellen debattiert, liegt oft ein großes Problem in der Luft. Das haben wir in der Vergangenheit auch an der einen oder anderen Stelle erlebt. Ich will ausdrücklich sagen, dass das, was wir

(Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank)

im Moment an Infrastrukturentwicklung und an Planung von Bauvorhaben im universitären und im Hochschulkontext erleben, ein Aufbruchsignal dafür ist, dass sich etwas tut. Und das ist ein starkes Signal für den Wissenschafts- und Innovationsstandort Hamburg. Das hat vor einigen Jahren begonnen. Wir nehmen jetzt richtig an Fahrt auf, und ich werde gleich noch jenseits des vermeintlich kleinen Projekts der Technikzentrale die vielen anderen Bereiche nennen, in denen gerade richtig Bewegung ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vielleicht haben wir eine unterschiedliche Lesart, Herr Kleibauer und Herr Schinnenburg, bezüglich der Evaluierung und der Bewertung des Wissenschaftsrats. Aber eine Aussage, die sehr stark und sehr prominent gemacht wird, ist die, dass Hamburg sich als Wissenschafts- und Universitätsstadt begreifen müsse. Und das ist natürlich für uns, für mich Auftrag und Motivation, ein "noch stärker", ein "noch sichtbarer" und ein "noch begeisterter" hinzuzufügen. Ich glaube, dass wir mit diesem Bericht des Wissenschaftsrats eine gute Grundlage haben, weiterzumachen bei der Entwicklung unseres Wissenschaftsstandorts. Ich komme gleich noch zu einigen Beispielen.

Die Grundlagen und die Chancen dafür sind natürlich hervorragend. Hamburg bietet auf engem Raum eine enorme Dichte an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, eine vielfältige Forschungslandschaft und eine teilweise wirklich einzigartige Infrastruktur. Kurze Wege geben Raum für weitere Vernetzungen und Kooperationen, und diese gilt es künftig auch klüger zu nutzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Gerade deshalb ist es besonders wichtig, dass die Universität Hamburg künftig mit einem ganz neuen naturwissenschaftlichen Campus mitten in der Stadt zu hören, zu sehen und zu erleben ist. Ich sagte es eben, der Neubau der Technikzentrale ist da ein vermeintlich kleiner, aber sehr wichtiger Baustein. Sie alle haben die Empfehlungen des Wissenschaftsrats angesprochen, in denen die Weiterentwicklung der Fachbereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technikwissenschaften an den Hamburger Hochschulen unter die Lupe genommen wurden. Hier ist in der letzten Legislaturperiode meine Kollegin Dorothee Stapelfeldt aktiv geworden und hat den Auftrag dafür erteilt. Ich möchte mich noch einmal ausdrücklich dafür bedanken, denn eins ist doch sehr deutlich geworden: Der Wissenschaftsrat hat den Naturwissenschaften und den Technikfächern unserer Hochschulen ein gutes, mitunter ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das sollten wir alle verinnerlichen. Wenn wir das wirklich zu einem Thema machen, das wir in die Herzen der Hamburgerinnen und Hamburger tragen, dann ist es doch an jedem von uns und auch von Ihnen zu sagen, wir sind stark in den zukunftsweisenden Forschungsschwerpunkten, in der Klimaforschung – weltweit einzigartige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler –, in den Nanowissenschaften, der Materialwissenschaft, der Infektions- und Inflammationsforschung. Wir haben mit dem Campus Bahrenfeld ein international renommiertes naturwissenschaftliches Zentrum. Dort wird ganz klar die Brücke in die Wirtschaft geschlagen. Im Evaluationsbericht des Wissenschaftsrats wird sehr deutlich, dass die MINT-Bereiche entscheidend zur wirtschaftlichen Stärke Hamburgs beitragen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und natürlich – sowohl Herr Kleibauer als auch Herr Schinnenburg und Herr Dolzer haben es angesprochen – geht es dort auch um Geld, und mehr Geld ist immer gut. Aber die Expertinnen und Experten – unabhängig, 48 an der Zahl – haben konkrete Vorschläge gemacht, wie Hamburg sein enormes Potenzial noch besser ausschöpfen könne, und die Empfehlungen helfen uns dabei. Ich wäre begeistert, wenn Sie mehr dabei wären, mit den Hochschulen gemeinsam die Weichen für die nächste Runde der Exzellenzinitiative zu stellen. Da werden wir uns deutlich anstrengen müssen, und es müssen starke Signale aus dem politischen Raum kommen, die unsere Hochschulen unterstützen, und das können wir nur mit der Unterstützung des gesamten Hauses machen. Wir ringen gerade mit dem Bund und den anderen Ländern um den neuen Zuschnitt, aber ein klares und einmütiges Votum aus diesem Hause trüge erheblich dazu bei, dieses wichtige Zukunftsfeld für uns alle stärker in die Stadt zu tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich komme zurück zur Technikzentrale und zu den an der Bundesstraße geplanten Baumaßnahmen. Eine moderne Infrastruktur, die sichtbar für die Menschen ist, spielt eine ganz entscheidende Rolle. Wie in anderen Bundesländern auch – das darf man nicht verhehlen –, hat es in Hamburg lange einen Bau- und Sanierungsstau für die Hochschul Liegenschaften gegeben. Für die Universität hatte sich dieser Stau durch die politisch über ein Jahr geführte Diskussion um die Umsiedlung der Naturwissenschaften der Universität vom Campus Bundesstraße auf den Kleinen Grasbrook zwischenzeitlich noch verschärft. Das muss man in aller Ehrlichkeit sagen.

Der Wissenschaftsrat, auf den wir alle heute gern Bezug nehmen, sagt zum einen, dass Hamburg die Modernisierung entschlossen in Angriff genommen habe, mahnt zum anderen allerdings an – und das nehme ich gern an –, bei diesen Anstrengun-

(Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank)

gen nicht nachzulassen. Mit der Entscheidung, die Universität in Eimsbüttel und damit in der Innenstadt weiterzuentwickeln, ist natürlich verbunden, dass wir uns mit den besonderen Anforderungen auseinandersetzen müssen, die das Bauen im innerstädtischen Bereich mit sich bringt. Das wird eben nicht auf der grünen Wiese geplant, sondern wir müssen die Gegebenheiten vor Ort genau im Blick behalten. Es ist schon bei den Kollegen Abgeordneten angekommen: Auf dem Baufeld vorhandene Bestandsgebäude müssen sinnvoll in die Neubauplanung integriert werden, Verlagerungen müssen vorgenommen, Abrissarbeiten im Bauablauf eingeplant werden. Es hat diese Veränderung gegeben – das haben wir im Ausschuss deutlich gemacht –, damit Forschung und Lehre während der Baumaßnahmen möglichst wenig beeinträchtigt werden. Das ist keine banale Herausforderung. Auf dem Baufeld der Neubauten MIN-Forum und Informatik befinden sich mehrere Bestandsgebäude der Universität, die den Neubauten weichen müssen, und dazu gehören die bestehende Technikzentrale und das Wasseranschlussgebäude der Chemie, die die technische Zentralversorgung des Fachbereichs Chemie beherbergen. Für diese muss nun im Vorwege der großen Neubaumaßnahmen Ersatz geschaffen werden, und zwar außerhalb – es ist erläutert worden – des Baufelds für MIN-Forum und Informatik, sodass von der späteren Großbaustelle keine Beeinträchtigung für die technische Versorgung der Universität ausgehen kann.

Ich will ein paar weitere Etappen für Baumaßnahmen nennen, damit Sie sehen, wie viel Bewegung in der Infrastrukturplanung ist. Mit dem Baubeginn des Neubaus im Geomatikum für die Klimaforschung und die Geowissenschaften im vergangenen Jahr haben wir wichtige Schritte der baulichen Modernisierung des Campus an der Bundesstraße unternommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Für den zweiten Bauabschnitt, in dem ein neues Campuszentrum mit Neubauten für MIN-Forum und Informatik mit Bibliothek, Hörsaal und Mensa entstehen soll, ist die Entwurfsplanung in vollem Gange. Damit zieht auch nicht zuletzt die Informatik, die übrigens auch, Herr Kleibauer und Herr Schinnenburg, sehr positiv beurteilt wird,

(*Philipp Heißner CDU*: Das hat auch keiner bestritten!)

aus Stellungen mitten ins Zentrum der Universität. Manchmal muss man etwas größer und vor allem auch etwas langfristiger denken und nicht immer nur in den kleinen Schritten. Sie greifen sich Punkte heraus, zum Beispiel vorhin das ICGT, und ziehen überhaupt nicht in Betracht, dass vor Ort die Umsetzung von der Technischen Universität Hamburg-Harburg, von der TUTech, vom Bezirk sehnsüchtig erwartet worden ist. Die ICGT-Planungen

kommen schneller, sie beherbergen größere Spielräume für Unternehmen und für Start-ups, und es wird günstiger. Das müssen Sie doch anerkennen, dass wir zügig und schnell zu pragmatischen Lösungen kommen. Fragen Sie einmal die Harburgerinnen und Harburger: Sie sind sehr zufrieden mit diesen Entwicklungen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir sind dann im dritten Abschnitt: Modernisierung des Geomatikums selbst. Auch dort haben wir erste konzeptionelle Schritte eingeleitet. Ich will die anderen Baustellen noch einmal nennen, damit die Dimensionen klar werden. European XFEL, Forschungscampus Bahrenfeld: Dort entsteht gemeinsam mit Partnern aus ganz Europa eine einzigartige Forschungsanlage. Ab 2017 werden dort intensive Röntgenlaserblitze erzeugt, die von Forschern aus der ganzen Welt genutzt werden werden. Auch CHYN ist eben angesprochen worden. Hier wächst der Forschungsbau rasant, die Übergabe wird in diesem Jahr erfolgen. Auch hier haben wir einen interdisziplinären Ansatz, die Einrichtung wird von Forschern aus aller Welt genutzt werden. Ich kann Ihnen sagen, in den USA sind der Forschungscampus und die MIN-Fakultät im wissenschaftlichen Raum in aller Munde.

Wir sprechen über die HAW, den Ersatzbau für das E-Hochhaus: Die konzeptionelle Planung ist in vollem Gange. Das Zentrum für Studium und Promotion an der TU Harburg: Wir sind dabei. Das Gleiche gilt für die Bereiche, die Herr Dolzer vorhin angesprochen hat, jenseits des MINT-Bereichs. Natürlich beschränken wir uns nicht darauf. Wir haben eine Folgebeauftragung des Wissenschaftsrats für die Geistes- und Sozialwissenschaften in Auftrag gegeben, da Wissenschaft von der Vielfalt der Denkansätze und Sichtweisen und vom Austausch zwischen den verschiedenen Disziplinen lebt. Deshalb nehmen wir mit gleicher Kraft die Innenmodernisierung des Philosophenturms in die Planung. Auch dort haben wir uns konzeptionell auf den Weg gemacht. Zudem gibt es für die Hochschule für Bildende Künste eine bauliche Entwicklungsplanung und die auch bereits öffentlich diskutierte Planung für das UKE, um nur einige Beispiele zu nennen.

Sie sehen, dass Hamburg – ich komme zum Anfang der Rede zurück – sich noch stärker, noch sichtbarer, noch engagierter und leidenschaftlicher als Universitätsstadt begreifen muss. Das funktioniert natürlich durch stärkere Vernetzung, das funktioniert aber auch durch Sichtbarkeit in Form von Gebäuden, in Form von Infrastrukturen,

(*Thilo Kleibauer CDU*: Und dann baut man unterirdisch!)

um so die Herzen der Hamburgerinnen und Hamburger künftig noch besser, noch früher zu erreichen, sodass wir diesen Weg gemeinsam gehen

(Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank)

können, dass Hamburg als Metropole der Wissenschaft und der Innovation künftig noch stärker wahrgenommen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Senatorin. – Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, und ich sehe keine, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte sich der Empfehlung des Haushaltsausschusses aus Drucksache 21/3239 anschließen und den Antrag des Senats aus Drucksache 21/2660 in der vom Senat am 20. Januar 2016 geänderten Fassung annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Hierzu bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 51, Drucksache 21/3314, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Integration und Akzeptanz für Flüchtlinge fördern – Schule Berne erhalten!

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Integration und Akzeptanz für Flüchtlinge fördern – Schule Berne erhalten!
– Drs 21/3314 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Bernes einzige Grundschule muss erhalten bleiben!
– Drs 21/3484 –]**

**[Antrag der AfD-Fraktion:
Konzept zur weiteren Nutzung des Schulstandortes Lienastraße (Berne): keine Einbeziehung der Unterbringung von Flüchtlingen
– Drs 21/3504 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 21/3484 und 21/3504 Anträge der Fraktionen der CDU und der AfD vor.

Wer wünscht das Wort? – Frau Boeddinghaus von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben es.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Stadtteil Berne im Bezirk Wandsbek am Grundschulstandort Lienastraße kommt es derzeit zu sehr bemerkenswerten Vorgängen, und wir fanden sie so bemerkenswert, dass wir froh sind, dass wir sie heute im Parlament debattieren können. Zum einen passiert Folgendes: Der Senat möchte den Grundschulstandort Lienastraße zum nächsten Schuljahr klammheimlich schließen. Er geht dabei an der Bezirksverwaltung in Wandsbek und der Bürgerschaft vorbei ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Einen Augenblick, Frau Boeddinghaus. – Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe für die Rednerin. Wenn Sie sich weiter unterhalten wollen, gehen Sie bitte vor die Tür. Danke schön. – Frau Boeddinghaus, Sie haben das Wort.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE (fortfahrend):* Das geht überhaupt nicht. Deswegen muss der Senat heute und hier Farbe bekennen und Stellung dazu beziehen, welche Pläne er an der Lienastraße hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum anderen gibt es einen sehr viel bemerkenswerteren Vorgang. Es gibt nämlich eine einhellige Meinung im Stadtteil Farmsen-Berne unter allen Beteiligten, dass sie den Grundschulstandort Lienastraße erhalten wollen. Es ist der einzige Grundschulstandort in diesem Stadtteil. Wenn dieser geschlossen werden würde, würde die Devise, die der Senat selbst im Schulentwicklungsplan 2012 festgeschrieben hat, nämlich "kurze Beine – kurze Wege", nicht mehr eingehalten werden können. Wir wissen, dass viele Eltern jetzt ihre Kinder an der Schule Karlshöhe angemeldet haben und ihnen gesagt wurde, am Standort Lienastraße sei es gar nicht mehr möglich. Gäbe es aber diese Möglichkeit, würden ungefähr 25 Kinder in der ersten Klasse angemeldet sein und 20 in der Vorschulklasse. Das ist eine beträchtliche Anzahl, das ist ein starker Elternwille, und so viel wie ich hier in Hamburg gelernt habe, ist Elternwille etwas sehr Wichtiges, was der Senat ansonsten auch immer befolgt. Von daher fordern wir den Senat auf, hierzu Stellung zu nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Des Weiteren ist sehr bemerkenswert, dass sich alle Fraktionen der Bezirksversammlung Wandsbek für den Erhalt dieses Standorts ausgesprochen haben. Auf Antrag der rot-grünen Fraktion ist die gesamte Bezirksversammlung überdies dem Bürgerbegehren beigetreten. Es gibt eine Elterninitiative, die den Erhalt der Schule Berne fordert. Es gibt den Bürgerverein, es gibt die Kita, es gibt viele

(Sabine Boeddinghaus)

andere Einrichtungen, alle haben sich versammelt und sagen, sie möchten, dass dieser Grundschulstandort erhalten bleibt. Der Senat argumentiert, der Erhalt sei zu kostspielig und außerdem gebe es zu wenige Anmeldungen. Ja, man kann natürlich einen Standort über lange Zeit zu schlecht instand halten – es wird nicht saniert, was unbedingt nötig ist, das haben wir zum Beispiel auch in Altona am Standort Struenseestraße erlebt –, dann spricht sich das natürlich im Stadtteil schnell herum. Man weiß ja, wie das dann abläuft in der Elternschaft. Die Eltern sind verunsichert und wenden sich den Nachbargrundschulen zu. Diese sind mittlerweile zum Teil überfüllt, und die Schulleiter der Nachbargrundschulen plädieren ebenfalls dafür, den Grundschulstandort Lienaustraße weiter in Betrieb zu halten. Man kann nicht erst einmal einen Standort verwahrlosen lassen und Gerüchte im Stadtteil streuen und dann argumentieren, der Standort sei schlecht angewählt. Das ist wirklich zynisch.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Karin Prien CDU*)

Es gibt noch etwas sehr Bemerkenswertes, und zwar, dass sich die Initiativen jetzt auf Versammlungen zusammengefunden haben. Derzeit erleben wir ja eher Versammlungen, auf denen gegen Flüchtlingsunterkünfte argumentiert wird. In diesem Fall haben sich auf einer großen Vollversammlung Partner von allen Initiativen und Einrichtungen im Stadtteil zusammengeschlossen, die nicht nur einfach meckern und fordern. Sie haben vielmehr ein ganz klares Konzept vorgelegt, das beinhaltet, dass der Grundschulstandort Lienaustraße zweizügig weitergeführt wird, dass darüber hinaus Flüchtlingsunterbringung stattfinden und ein integriertes Konzept für Kinder und ihre Familien entwickelt werden soll und dass dadurch wirklich ein vorbildliches Integrationskonzept umgesetzt werden könnte. Auch diesbezüglich fordern wir mit unserem Antrag den Senat auf, dies zu prüfen, dazu Stellung zu nehmen und möglicherweise zu sagen: Nein, wir stellen uns das noch ein bisschen anders vor.

Wir wollen heute wirklich deutlich hören, vielleicht auch von Senator Rabe, wenn wir Glück haben, wie er sich die Kommunikation mit den Initiativen vor Ort vorstellt. So viel ich weiß, war er dort noch nicht im Gespräch und es war einmal auf einer Veranstaltung ein Bürgerschaftsmitglied der SPD-Fraktion, ansonsten gab es bisher keinen Austausch. Das ist kein guter Stil, und das haben die Eltern und die Initiativen vor Ort auch nicht verdient. Wir wissen, dass der Stadtteil wächst. Auch dem muss Rechnung getragen werden. Wir wissen, dass Flüchtlingsklassen wenig Platz finden an Schulen. Da ist es völlig widersinnig, ein Schulgebäude zu schließen. Auf all diese Fragen erwarte ich heute Antworten, und ich erwarte, dass der Senat den Eltern und den Initiativen vor Ort die Wertschätzung entgegenbringt, die sie für ihr Engage-

ment für ihren Grundschulstandort Lienaustraße verdient haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Boeddinghaus. – Nun hat Herr Schwieger von der SPD-Fraktion das Wort.

Jens-Peter Schwieger SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Anders als im Antrag der LINKEN, gerade eben auch im Redebeitrag von Frau Boeddinghaus wieder erwähnt und in der Überschrift "Schule Berne" und im ersten Satz mit "Grundschulstandort Lienaustraße" suggeriert, ist der Standort Lienaustraße keine eigenständige Schule. Vielmehr handelt es sich um eine Zweigstelle der Grundschule Karlshöhe im benachbarten Bramfeld. Diese organisiert den Schulbetrieb am Hauptstandort Karlshöhe, der Außenstelle Hohnerkamp und der Außenstelle Lienaustraße. Die Schule hat zusammen 41 Klassen- und Fachräume, jedoch im laufenden Schuljahr nur 20 Schulklassen. Fast die Hälfte der Klassen- und Fachräume steht also derzeit leer. Darüber hinaus besteht für das Hauptgebäude in der Lienaustraße ein Sanierungsbedarf zwischen 4 und 5 Millionen Euro und dies, obwohl ein bedeutender Anteil der geplanten Investition getätigt wurde, und zwar, um die gesamte Grundschule an allen drei Standorten mit Schulküchen auszustatten und für den Ganztagsbetrieb herzurichten. Also das, was Sie gerade behauptet haben, Frau Boeddinghaus, dass dort über Jahre nichts investiert worden sei, ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE – Thilo Kleibauer CDU*: Das ändert am Problem nichts! – *Sabine Boeddinghaus DIE LINKE*: Das habe ich nicht gesagt!)

Seit mehr als zehn Jahren wird der Schulstandort Lienaustraße mit hohem personellen und finanziellen Aufwand als Zweigstelle der Schule Karlshöhe geführt. Eine neue Ganztageseinrichtung wurde geschaffen. Trotz dieser Anstrengungen gehen die Anmeldezahlen in den letzten Jahren nicht über eine Einzügigkeit hinaus. In der Anmeldeunde für das Schuljahr 2016/2017 haben sich für die Grundschule Karlshöhe mit ihren Zweigstellen 76 Kinder mit Erstwunsch angemeldet. In der Anmeldeunde für das aktuelle Schuljahr waren es noch 104 Kinder. Dies ist, wie man deutlich sieht, ein Rückgang.

(*Thilo Kleibauer CDU*: Kein Wunder, wenn man die Standorte zur Diskussion stellt!)

Auch perspektivisch lassen die bisher bekannten Wohnungsbauvorhaben keinen signifikanten Anstieg der Schülerzahlen für die Schule Karlshöhe und den Standort Lienaustraße erwarten. Ebenso scheidet eine Versorgung von Flüchtlingskindern an diesem Standort aus. Flüchtlingskinder im

(Jens-Peter Schwieger)

Grundschulalter werden in der Regel an der nächstgelegenen Grundschule aufgenommen. Im Nahbereich des Standorts LienustraÙe allerdings sind zurzeit keine entsprechenden Flüchtlingsunterkünfte vorhanden. Über Vorschläge zur Einrichtung von Integrationszentren, die auch Ihrem Antrag zugrunde liegen, wird im Zusammenhang mit dem Zuzug von Flüchtlingen in mehreren Bezirken diskutiert. Diese Ideen sind allerdings zum jetzigen Zeitpunkt noch vage, weder Konzeption noch Finanzierung sind bislang auch nur erörtert worden. Die Entwicklung vergleichbarer Vorhaben, zum Beispiel die Idee der integrativen Schulzentren mit Stadtteilkultureinrichtungen, könnte erst nach langjähriger Planungs- und Entwicklungsarbeit an wenigen Standorten exemplarisch umgesetzt werden. Für die betroffenen Vereine, vor allen Dingen den TuS Berne, ist wichtig zu wissen, dass die Schulbehörde sich aktuell in Gesprächen mit der Finanzbehörde befindet, um die Nutzung der Sportstätten – es handelt sich im Wesentlichen um die Turnhalle – zu sichern. Ich verstehe durchaus die emotionale Verbindung der Bewohner in Berne zum Standort LienustraÙe.

(Thilo Kleibauer CDU: Wie schön!)

Aber die Entscheidung der BSB ist nicht unverständlich, wie DIE LINKE in ihrem Antrag schreibt, und erst recht nicht zynisch.

Wie bekannt ist, werden unter dem laufenden Schulbauprogramm viele neue Schulen gebaut und saniert. Es gibt allerdings Schulen, die auch nach den Maßstäben des neuen Musterflächenprogramms eine deutliche Überausstattung an Fläche haben. Im Hinblick auf die Gesamtfinanzierung des Gebäudebestands und im Hinblick darauf, dass viele Schulen mit deutlich weniger Fläche auskommen müssen, müssen die Schulen, die sowohl über zu viel Fläche als auch über zu viele Räume verfügen, Flächen abgeben. Dieser Ausgleich ermöglicht dringend benötigte Zubauten, damit auch andere Schulen entsprechend dem Musterflächenprogramm ausgestattet sind. Insofern können wir den Antrag der Fraktion DIE LINKE nur ablehnen. Für die Weiterführung des Schulbetriebs fehlen die Schülerinnen und Schüler, die eine dauerhafte Zweizügigkeit gewährleisten. Wie eben schon erwähnt, geben die Anmeldezahlen der letzten Jahre und auch in der Perspektive nicht mehr als eine Einzügigkeit her.

Das im Antrag benannte Konzept geht aber, wie Sie gerade eben erwähnt haben, Frau Boeddinghaus, neben der bereits erwähnten Schwierigkeit von der Prämisse eines zweizügigen Schulbetriebs aus. Dieser ist nicht gegeben. Damit erledigen sich auch die Punkte 3 bis 5 Ihres Petitums.

Zum CDU-Ergänzungsantrag: Das gesamte Wochenende habe ich darauf gewartet und muss sagen, der Berg kreiÙte und gebar noch nicht einmal eine Maus.

(Dennis Thering CDU: Selbst das müssen Sie ablesen!)

Da hätten Sie doch genauso gut eine ziffernweise Abstimmung beantragen können und hätten dem Punkt 1 des LINKEN-Antrags zugestimmt. Das wäre auf das Gleiche hinausgekommen. Deshalb werden wir diesen Antrag auch ablehnen.

Zum AfD-Ergänzungsantrag: Indem Sie Menschen, die vor dem Krieg geflohen sind, als, ich zitiere, "potenzielle Störfaktoren" und Ursache für "potenzielle Bedrohungslagen" bewerten, zeigen Sie doch nur wieder Ihr wahres Gesicht hinter der Biedermannsmaske.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Das ist ja eklig!)

Auch diesen Antrag werden wir selbstverständlich ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Boeddinghaus, Sie stellen sich hier hin und behaupten, die SPD finde vor Ort nicht statt, zeige sich nicht, sei nicht da. Dazu kann ich nur sagen: Es stimmt nicht. Natürlich haben wir mit den Beteiligten vor Ort gesprochen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: So ist es!)

Wir haben intensiv mit Elterninitiative und Bürgerverein die Möglichkeiten ausgelotet, ob und wie der Standort LienustraÙe eine Zukunft hat. Leider ist auch nach einem intensiven Faktencheck in der Perspektive nicht davon auszugehen, dass mittelfristig eine solche bauliche Nachverdichtung in Berne erreichbar ist, die eine sichere Zweizügigkeit der Schule möglich machen würde. Deshalb sehen wir auch angesichts des hohen Sanierungsbedarfs aktuell leider keine realistische Chance, die Behördenentscheidung zur Schließung des Standorts zu revidieren. Wir haben aber zugesagt, die Beteiligten vor Ort in die Entscheidung einzubeziehen, welche Nachnutzung des Schulgeländes realisiert wird. Wir werden auch sicherstellen, dass die Behörde Wort hält bei der Umsetzung des Punkts Umzugshilfe für die Kleinen. Wir werden auf flankierende Maßnahmen achten, die über ein Schulbusangebot hinausgehen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Schwieger. – Frau Prien von der CDU-Fraktion, Sie haben nun das Wort.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Menschen in Berne bewegt die Frage ihrer Grundschule im Stadtteil außerordentlich und das seit geraumer Zeit, und daher rührt es auch, dass nicht nur DIE LINKE sich mit dem Thema beschäftigt, sondern auch wir. Unser Antrag war in Zusammenarbeit mit unserer Be-

(Karin Prien)

zirksfraktion in Wandsbek schon vorbereitet, und deshalb haben wir uns dazu entschieden, ihn heute als Zusatzantrag einzureichen, obwohl wir eigentlich einen eigenen Antrag stellen wollten. Das ist der Hintergrund, Herr Schwieger, das passiert eben im parlamentarischen Prozess manchmal so.

Zum Konzept der Gartenstadt in Berne gehörte von Anfang an eine Schule. Ihre Genossen, Herr Schwieger, würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie erleben würden, wie Sie mit diesem Konzept heute umgehen. Für die Schüler in Berne gehört der Grundsatz "kurze Wege für kurze Beine" selbstverständlich zu dem Wohnkonzept, das in den Zehner- und Zwanzigerjahren des letzten Jahrhunderts entwickelt wurde. Mit Ihrer Entscheidung, Senator Rabe, die Grundschule Berne zu schließen – übrigens ohne die Bezirksversammlung in angemessener Form zu beteiligen, wie es das Bezirksverwaltungsgesetz vorsieht –, treten Sie die Interessen der Menschen vor Ort mit Füßen, und so nehmen die Menschen das auch wahr.

(Beifall bei der CDU)

Der Protest ist stark vor Ort, und die Menschen sind auch deshalb empört, weil die von Ihnen beschworene Einzigigkeit der Schule eine Art self-fulfilling prophecy ist. Natürlich ist die Schule inzwischen nur noch einzügig, und es meldet sich kaum noch jemand an, weil Sie seit geraumer Zeit selbst vonseiten der Schulbehörde dazu beitragen, dass die Menschen unsicher sind, ob der Standort erhalten bleiben kann. Natürlich reagieren die Eltern mittelfristig mit einem solchen Anmeldeverhalten darauf. Insofern ist die Frage, was hier das Huhn und was das Ei ist. Die Frage ist einfach zu beantworten: Das ist Ihre Verantwortung, Herr Senator Rabe, dass die Schule so schlecht angewählt wird. Es hätte auch anders laufen können, aber Sie wollten eben genau dieses Ergebnis, und deshalb haben Sie so agiert.

Das ist ein bisschen Ausfluss Ihres Führungsstils. Das Beispiel Struenseestraße hatte ich mir ebenfalls aufgeschrieben, dort haben wir ja Ähnliches erlebt. Was die Bezirke entscheiden, das haben Sie in der Debatte zum Gymnasium Struenseestraße schon zum Ausdruck gebracht, ist Ihnen ohnehin völlig egal, und so agieren Sie auch an dieser Stelle wieder. Es ist nicht nachvollziehbar: In Anbetracht der augenblicklichen Situation, in der Sie ja selbst ständig zur Presse laufen und erzählen, wie viele neue Klassen Sie einrichten müssten und wie schwierig die Raumsituation an den Hamburger Schulen auch durch die vielen benötigten IVK- und Basisklassen sei, fragt man sich, wie man in einer solchen Situation eine Grundschule schließen könne. Wenn man dann noch bedenkt, dass das Wohnungsbauprogramm für Farmsen-Berne immerhin jetzt schon über 1 000 neue Wohnungen vorrangig für junge Familien und Sozialwohnungen vorsieht,

kann man nicht nachvollziehen, wie Sie auf diese Idee kommen können. Das gilt übrigens umso mehr, als Sie schon eine ganze Menge dort investiert haben. Eine weitsichtige Planung ist das jedenfalls nicht gewesen. Insofern können wir nur an Sie appellieren, diese Entscheidung zu überdenken und sich mit uns einzusetzen für den Erhalt dieses Schulstandorts.

(Beifall bei der CDU und bei *Sabine Boedinghaus DIE LINKE*)

Eine letzte Anmerkung noch zum Antrag der AfD-Fraktion: Das ist schon wirklich bewundernswert, wie es Ihnen gelingt, Ihre monothematische Ausrichtung auf das Flüchtlingsthema auch mit diesem Antrag zu verbinden. Alle Achtung für diese Leistung. Aber bitte lassen Sie doch solchen Themen ihren Stellenwert und belasten Sie sie nicht zusätzlich mit Ihren fremdenfeindlichen Attitüden. Das hat auch die Grundschule Berne nicht verdient.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN, der LINKEN und der FDP)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Prien. – Jetzt Frau Dr. von Berg von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, es ist in der Tat immer schmerzhaft, das ist unbestreitbar, wenn eine Schule oder ein Schulstandort geschlossen wird. Ich kann gut verstehen, dass es da Aufregung gibt und Begehrlichkeiten, diese Situation noch einmal zu drehen. Aber ich will noch einmal etwas zu der Situation vor Ort sagen, damit Ihnen deutlich wird, warum die Entscheidung im Moment so gefällt wird. Wir haben eine Schule mit drei Standorten, die Lienaustraße ist eine Außenstelle. Wer schon einmal eine Schule geleitet hat oder sich mit der Schule auskennt, weiß, dass, wenn drei Standorte vorliegen, Teamarbeit tatsächlich fast nicht funktioniert, dass der Ressourceneinsatz höchst ineffektiv ist und dass Leitung und Führung bestenfalls suboptimal sind. Das ist schon einmal zu der Schule Karlshöhe als solcher zu sagen.

Es wurde bereits gesagt: Es gibt einen Sanierungsstau am Standort Lienaustraße von 4 bis 5 Millionen Euro, das ist eine ganze Menge Geld. Über die Hälfte der Unterrichtsräume an der Schule Lienaustraße steht einfach leer. Es sind 18 Unterrichtsräume für nur fünf Klassen. Das hat nichts mit effektivem Ressourceneinsatz zu tun, das muss ich einfach einmal so sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es wurde schon gesagt: Die Anmeldezahlen geben beim besten Willen nicht den Erhalt aller drei Standorte her. Schauen wir uns die Situation vor Ort einmal an. Zum Einzugsgebiet der Schule Karlshöhe gehören drei neue Wohngebiete mit

(Dr. Stefanie von Berg)

164 Wohneinheiten. Das sind, wenn man rechnet, etwa 40 Kinder im Grundschulalter. 40 Kinder im Grundschulalter zwischen Jahrgang null, also Vorschule, und Jahrgang vier geben keinen zweiten Zug für den Standort Lienastraße her. So haben wir in den zwei verbleibenden Standorten, der Hauptstelle und der einen Außenstelle am Hohnerkamp, 23 Räume für 15 Klassen. Das ist effektiver Ressourceneinsatz und keine Verschleuderung von Ressourcen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn von Flüchtlingsunterkünften geredet wird: In der Nähe sind zurzeit zwei Flüchtlingsunterkünfte, die Meilerstraße und die August-Krogmann-Straße, und alle Kinder und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter sind bereits zugeschult. Also ist auch von daher nicht zu erwarten, dass die Schule Karlshöhe nicht ausreichend ist für den Bedarf vor Ort.

(Karin Prien CDU: Es kommen ja auch keine Flüchtlingskinder mehr!)

Ich möchte noch etwas zum Konzept der Waldameisen sagen, weil Ihre Anträge zum Teil auf dieses Konzept eingehen. Ich finde den Gedanken des Integrationszentrums interessant. Das ist tatsächlich ein Punkt, den man sich für andere Standorte angucken muss. Ich frage mich jedoch aufgrund der Situation vor Ort, ob dies der richtige Standort ist; ich möchte das zumindest bezweifeln.

Was ich wirklich schwierig finde an dem Konzept der Waldameisen: Die Schule in freier Trägerschaft vor Ort soll einfach raus, dann wollen die Waldameisen ihren Hort dort unterbringen und es sollen Flüchtlingsunterkünfte gebaut werden – übrigens nur für Familien, bloß keine alleinstehenden Männer. Das ist immer das große Problem: Gern bei uns, aber keine Männer. Ich finde das insgesamt eine schwierige Haltung: Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt. Was ist denn mit der Schule in freier Trägerschaft, was ist mit diesen Kindern und deren Eltern? Haben die kein Anrecht auf eine Beschulung? Ich finde dieses Konzept wirklich fragwürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ja, ich weiß, auch meine Fraktion vor Ort, die grüne Bezirksfraktion, hat sich diesem Begehren angeschlossen. Aber wir sind hier auf der Landesebene. Wir machen Landespolitik. Wir müssen die Mittel verteilen für das Land. Wir haben eine Summe X, das sind etwa 3 Milliarden Euro. Die müssen wir gut einsetzen, um vor Ort zu sanieren, dazu zu bauen, neu zu bauen – um alles zu tun, was erforderlich ist. Dabei müssen wir darauf achten, dass das effizient erfolgt. Der Bezirk schaut natürlich nur auf seine Ziele vor Ort, schaut auf seine Situation, braucht keine Verantwortung für den Rest des Landes zu übernehmen, weder finanziell noch was Schulzahlen anbelangt. Es ist klar, dass dort gesagt wird, es solle so bleiben, wie es ist. Sie über-

nehmen keine finanzielle Verantwortung. Das ist ein klarer Zielkonflikt. Ich kann nur sagen: Wir übernehmen hier Verantwortung für die Landesebene und gehen damit auch in den Konflikt mit dem Bezirk. Das mache ich auch gern und dazu stehe ich. Somit werden wir die Anträge ablehnen und schauen, dass wir eine gute Lösung für das Gebäude in der Lienastraße finden. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Dr. von Berg. – Frau von Treuenfels-Frowein von der FDP-Fraktion, Sie haben nun das Wort.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist recht selten, deswegen möchte ich es betonen, dass ich in der Schulpolitik, über die ich immer gern spreche, Frau von Berg zustimme. In diesem Fall muss ich es tun und tue es gern.

Drei Sachen sind von uns aus dazu zu sagen. Natürlich bedauern auch wir, dass Grundschüler beziehungsweise deren Eltern einen längeren Weg auf sich nehmen müssen. Das steht, glaube ich, außer Frage. Es steht aber auch außer Frage, dass wir über eine Dependance, also eine Zweigstelle, sprechen, die mit unglaublich viel Geld renoviert werden musste. Es ist wirklich viel Geld, das dort in die Hand genommen werden musste. Und es steht außer Frage, dass das eigentlich ein Bezirksthema ist. Wenn wir hier Schulstandortdebatten führen, um uns vielleicht bei unseren Wählern vor Ort beliebt zu machen, dann ist das die ganz falsche Nummer, weil wir das hier eigentlich nicht entscheiden können. Das ist eine Bezirksangelegenheit. Ich finde es, ehrlich gesagt, schwierig, dass wir hier darüber reden, will aber trotzdem noch zwei Sachen dazu sagen.

Ich finde den Antrag der LINKEN vom Konzept her gut. Sie haben sich jedenfalls einmal Gedanken gemacht, wie man das überhaupt umsetzen könnte. Sie haben sich auch Gedanken gemacht, wie es zu finanzieren ist, wenn ich diese Gedanken vielleicht auch nicht alle teile.

Den Zusatzantrag der CDU-Fraktion habe ich nicht verstanden, ehrlich gesagt überhaupt nicht. Er war einfach zu lesen, es gibt nur ein Petitum, aber dieser Punkt war schon in einem anderen enthalten. Das will ich auch, hat Frau Prien gesagt. Warum, wieso, weshalb und wie man es umsetzen kann, wurde mir nicht deutlich; muss es vielleicht auch nicht.

Die AfD haben wir heute schon ein paar Mal besprochen. Sie hat wieder einmal ihre Maske fallen gelassen. Ganz ehrlich, ich verstehe das nicht. Ich spreche Sie jetzt einmal direkt an: War das eigent-

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein)

lich ein Abschiedsgeschenk von Herrn Flocken an Ihre Fraktion, dieser Antrag, oder wer schreibt solche Zusatzanträge? Welchen Duktus benutzen Sie da? Das ist unbeschreiblich.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU, den GRÜNEN, der LINKEN und bei *Nebahat Güçlü* und *Dora Heyenn*, beide fraktionslos)

Ich will das jetzt nicht noch einmal wiederholen, Ihre Störfaktoren und Bedrohungslagen. Wissen Sie eigentlich, dass Sie ständig denselben Duktus für alles einsetzen? In den Ausschüssen sitzen Sie und sagen nie etwas, die parlamentarische Arbeit verweigern Sie, und wenn Sie dann hier ans Pult treten, kommen wirklich die unglaublichsten Sachen zustande. Entweder man erwähnt Sie besser gar nicht oder man geht darauf ein. Ich bin heute einmal darauf eingegangen, das tue ich aber nicht immer.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU, den GRÜNEN, der LINKEN und bei *Nebahat Güçlü* und *Dora Heyenn*, beide fraktionslos)

Das eigentliche Thema sind die erheblichen Mängel im Schulentwicklungsplan, denn er produziert immer wieder aufs Neue Probleme und Konflikte vor Ort, weil er meistens an den Bedürfnissen der Bezirke vorbeigeht. Aber darüber sprechen wir morgen, und das geben wir Ihnen dann morgen mit auf den Weg, Herr Rabe. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau von Treuenfels-Frowein. – Jetzt hat Herr Dr. Wolf von der AfD das Wort.

Dr. Alexander Wolf AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Es mag manche von Ihnen überraschen, gerade diejenigen unter Ihnen, welche sich uns gegenüber gern an ein Freund-Feind-Schema halten, aber es muss nicht immer alles ausschließlich schlecht sein, was von der Links-Fraktion kommt. So dieser Antrag. Sicher, häufig sind diese kleinen Körnchen, die zutreffen, durch den ideologischen Brei, der sie in der Regel umgibt, so ungenießbar, dass wir gerade einmal der Überweisung an den Fachausschuss zustimmen können. Für die Schule Berne ist uns jedoch das Ziel, den Versuch zu unternehmen, die Schule zu erhalten, wichtiger als mancher Unsinn im Rest der Antragsbegründung oder mögliche Schwächen im Konzept der Waldameisen. Wegen einer der Schwächen des Konzepts möchte ich zugleich um Zustimmung zu unserem Zusatzantrag werben, wie auch für den Erhalt der Schule Berne selbst.

Eine zweckentfremdete Nutzung von Schulgebäuden, Schulräumen und Schulsporthallen zur Unterbringung von Flüchtlingen sollte wirklich nur in au-

ßergewöhnlichen und absoluten Ausnahmefällen erfolgen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Herr Dr. Wolf, entschuldigen Sie bitte. – Meine Damen und Herren! Hier ist ein ziemlich lauter Grundsound und ich würde Sie bitten, ein bisschen leiser zu sein oder Ihr Gespräch nach draußen zu verlegen. Das gilt für alle, die sitzen oder stehen und im Moment reden. – Sie haben wieder das Wort.

Dr. Alexander Wolf AfD (fortfahrend):* Danke. – Das vorgelegte Konzept des Waldameisen e. V. sieht eine langfristige Nutzung des Standorts unter anderem zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien vor. Damit würde der Standort in Zukunft gleichzeitig zur Beschulung von Kindern im Grundschulalter einerseits und zur dauerhaften Unterbringung von Flüchtlingen andererseits genutzt. Eine Schule sollte allerdings eine Schule bleiben und nicht zum Beherbergungsbetrieb umfunktioniert werden.

"Naturgemäß ergeben sich [...]"

– und jetzt zitiere ich –

"[...] aus der Unterbringung von Menschen potenzielle Störfaktoren auch für den Fortgang des Unterrichtsgeschehens."

Dies ist unsere Formulierung und wir haben nicht, wie der Herr Kollege von der SPD versucht zu suggerieren, Flüchtlinge und Menschen als Störfaktoren pauschal angegriffen und diffamiert.

(*Dr. Bernd Baumann* AfD: Das ist eine Verdrehung, eine Lüge!)

Sie versuchen, uns das in den Mund zu legen. Genau das ist nicht der Fall. Das ist eine Verdrehung, und dagegen verwahren wir uns. Wir haben eine sachliche, nüchterne Analyse vorgelegt.

Zudem gilt, dass angesichts wiederholter und steigender Fälle von gewalttätigen Ausschreitungen und Schlägereien in Hamburger Flüchtlingsunterkünften und auch von sexueller Gewalt die verantwortliche Politik dafür Sorge tragen muss, dass solche potenziellen Bedrohungslagen in schulischen Bildungseinrichtungen ausgeschlossen werden. Eine dauerhafte – und hier ist zu differenzieren – Unterbringung von Flüchtlingen bei gleichzeitigem Schulbetrieb muss vor dem Hintergrund solcher leider bestehenden Bedrohungslagen für den Schulstandort Lienustraße und darüber hinaus generell für Hamburger Schulstandorte abgewendet werden. Im Unterschied dazu – und man muss auch hier genau hinschauen und unterscheiden und nicht alles über einen Kamm scheren und pauschal diffamieren – ist eine Beschulung von Flüchtlingen mit Bleibestatus im Rahmen von tagsüber stattfindenden Integrationskursen in den Gebäu-

(Dr. Alexander Wolf)

den und Räumlichkeiten der Schulstandorte, solange die Sicherheit der Kinder, der Lehrer und Angestellten der Grundschule nicht gefährdet wird, natürlich vertretbar.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Das ist ja eklig!)

Eine solche sachliche Unterscheidung und ein genaues Hinschauen ist hier wie auch sonst unser Anliegen und notwendig. Wenn Frau Prien darin Fremdenfeindlichkeit entdecken oder Frau von Treuenfels uns so pauschal angreifen kann, zeugt das von nicht genauem Hinschauen, sondern nur von Schublade-zu-und-Deckel-drauf,

(Farid Müller GRÜNE: Wir schauen alle gemeinsam hin!)

und das genügt dann.

(Beifall bei der AfD)

Daher sollte die Bürgerschaft beschließen, dass bei der ansonsten wohlwollenden Überprüfung der Realisierbarkeit des vom Verein Waldameisen e.V. vorgelegten Konzepts zur weiteren Nutzung des Schulstandorts LienustraÙe die Unterbringung von Flüchtlingen auszuschließen ist als dauerhafte Parallellösung.

Nach diesem kleinen Werbeblock für unseren Zusatzantrag samt Entgegnung auf ein paar Angriffe zurück zum eigentlichen Antrag, zum Erhalt der Schule in Berne. Nicht zu Unrecht haben viele Berner das Gefühl, dass der Senat und die ihn tragenden Fraktionen seit Jahren so taktieren, dass am Ende eine Schließung der Schule unausweichlich wird. Für die Berner geht es dabei nicht nur um ihre Schule, es geht insgesamt um die Veränderung ihrer Lebenswirklichkeit, ihres Lebensumfelds. Die Schließung der Schule ist nur ein weiterer, wenn auch wesentlicher Mosaikstein. Nun sind wir nicht einfach strukturkonservativ oder gar reaktionär wie DIE LINKE, natürlich sind Stadteile der Veränderung unterworfen, und das gilt auch für Berne, aber wir sehen hier als aufgeklärte Konservative das Erhaltens- und Bewahrende. Wir wollen Maß und Mitte auch bei Veränderungsgeschwindigkeiten. Heimatgefühl und Identität sind für viele Menschen mehr als nur ein Wohlfühlfaktor. Das Neue hat sich dem Bewährten gegenüber zu begründen. Die Schule Berne ist ein traditioneller Schulstandort, noch dazu in einem Fritz-Schumacher-Bau. Hier lohnt es sich, noch einmal nachzudenken, bevor man einen solchen Standort einfach aufgibt oder auf kaltem Wege auslaufen lässt. Selbst eine zweizügige kleine Grundschule lässt sich gestalten und betreiben.

Geben wir der Schule Berne noch einmal eine Chance, liebe Kollegen. Stimmen Sie für diese Chance und stimmen Sie für unseren Zusatzantrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Dr. Wolf. – Frau Boeddinghaus von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben das Wort.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE:* Ja, Herr Wolf, im Zweifel wäre es besser, einfach einmal sitzen zu bleiben und den Mund zu halten.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Andreas Dressel SPD)

Ihre reflexhafte Assoziation von Flüchtlingen mit Gewalt ist wirklich abscheulich und widerwärtig.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD, der CDU, den GRÜNEN, der FDP und bei Nebahat Güçlü und Dora Heyenn, beide fraktionslos)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Frau Boeddinghaus, darf ich Sie auf den parlamentarischen Sprachgebrauch hinweisen? Danke.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE (fortfahrend):* Ich versuche, daran zu denken. – Herr Schwieger, Sie sind überhaupt nicht auf meine Argumente eingegangen, dass man einen Standort auch über viele Wochen, Monate, Jahre zu einem wirklich schlechten, unattraktiven Standort machen kann. Sie haben einfach nur die Zahlen referiert. Sie haben das Ende dargestellt, aber nicht den Prozess. Das ist unlauter, das geht so nicht und das nimmt Ihnen auch niemand ab.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Ludwig Flocken fraktionslos)

Über dem Schulstandort LienustraÙe schwebte schon lange das Damoklesschwert und lange, lange wurden die Schulgemeinschaft und alle Beteiligten vor Ort im Ungewissen gelassen und nie gab es eine klare Ansage. Im letzten September kam dann der Oberschulrat – jetzt ist er Leiter des Schulamts Altenburg-Hack – und hat plötzlich verkündet, jetzt werde der Standort geschlossen, ohne dass Gespräche stattgefunden hätten. Ganz im Gegenteil, das Gespräch mit Senator Rabe wurde von Herrn Senator Rabe abgesagt. Ich habe eine ganze Mappe von Pressemitteilungen des Bürgervereins und aller, die daran beteiligt sind, dabei. Das nimmt Ihnen keiner ab, wenn Sie jetzt einfach das Gegenteil von der Realität behaupten.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Ludwig Flocken fraktionslos – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Frau von Berg, ich teile Ihre Ansicht darüber, dass Zweigstellen und die Aufsplitterung eines Schulstandorts in mehrere Standorte pädagogisch unklug ist, aber das ist eine politische Entscheidung gewesen. Diese haben nicht die Eltern in Berne getroffen und die haben auch nicht wir getroffen, sondern die haben Vorgängerregierungen getrof-

(Sabine Boeddinghaus)

fen, und jetzt sind Sie auch verantwortlich in diesem Senat. Es gibt viele aufgesplittete Standorte, die alle nicht gut funktionieren. Der Schulstandort Berne war einmal ein eigenständiger, doch er wurde aufgegeben und wurde zu einer Zweigstelle. Jetzt genauso von hintenherum zu argumentieren wie Herr Schwieger und zu sagen, das funktioniere jetzt nicht mehr, es werde nicht ausreichend angewählt, ist auch unlauter.

(Beifall bei der LINKEN)

Beabsichtigen Sie, die nächste Zweigstelle Hohnerkamp auch mittelfristig zu schließen? Diese läuft nämlich einzügig. Wo ist denn da die Vergleichbarkeit der Argumente? Das kann ich nicht nachvollziehen.

Dann auch die Frage des Geldes: Das Gebäude muss doch saniert werden. Die Frage ist, aus welchem Topf? Offensichtlich haben Sie andere Pläne, dass es eben nicht die BSB ist, sondern ein anderer Topf. Das bringt aber den Leuten vor Ort nichts. Das ist mein Punkt. Wir debattieren heute, in der letzten Zeit, und wir werden es in Zukunft noch häufig tun, über die Integrationskraft, über die soziale Infrastruktur in den Stadtteilen Hamburgs, wo zunehmend noch Flüchtlingsunterkünfte hinkommen. Immer sagen Sie, das sei überhaupt kein Problem, das würden Sie gut unterfüttern und mit Beteiligung vor Ort unglaublich gut machen. Jetzt gibt es wirklich einmal ein Beispiel, wo Leute sich mit der Bezirkspolitik zusammengeschlossen haben, aktiv werden und ein Konzept vorstellen, wie man integrativ pädagogisch mit den Kindern im Stadtteil, mit den künftigen Kindern des Stadtteils und mit Flüchtlingskindern und deren Familien zusammenarbeiten kann. Sie entfernen das mit einem Handstreich, ohne überhaupt einmal vor Ort mit denen ins Gespräch zu kommen. Das ist überhaupt nicht nachzuvollziehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Und da hilft es auch gar nicht, Frau von Berg, jetzt zu sagen, das Konzept sei im Einzelnen vielleicht gar nicht so toll und es müsste noch irgendwie weiterentwickelt werden. Das ist doch gar nicht unser Anliegen. Das Konzept wollen wir hier nicht abstimmen. Wir wollen, dass Sie mit den Leuten ins Gespräch kommen über das Konzept, es prüfen und es möglicherweise auch verändern oder weiterentwickeln, aber mit den Leuten vor Ort, mit den Eltern, mit den Familien, mit den Geflüchteten und mit allen, die dort aktiv sind. Und das verwehren Sie und lehnen einfach dieses Ansinnen ab. Dafür habe ich keine Worte, und Sie werden hoffentlich Ihre Quittung kriegen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wir beginnen mit dem Antrag der AfD-Fraktion aus der Drucksache 21/3504.

Wer sich diesem Antrag anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen dann zur Drucksache 21/3484, dem Antrag der CDU-Fraktion.

Wer diesen Antrag annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer schließlich dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 21/3314 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 35, Drucksache 21/3247, Antrag der FDP-Fraktion: Fahrverbote vermeiden, Schadstoffbelastung durch Verkehr senken.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Fahrverbote vermeiden, Schadstoffbelastung
durch Verkehr senken
– Drs 21/3247 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion an den Verkehrsausschuss überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Am 1. Februar hat der Erste Bürgermeister einen sogenannten Autogipfel abgehalten, und danach mussten wir in der Zeitung lesen, er halte es für denkbar, dass in Hamburg Fahrverbote angeordnet werden müssen. Das wäre sehr schlimm für Hamburg, das wäre sehr schlimm für die Bürger, die vom Auto abhängig sind, und es wäre ein sehr schlechtes Zeichen für den Wirtschaftsstandort Hamburg. Das sollten wir unter allen Umständen verhindern. Das zu verhindern, hat der Bürgermeister zum Beispiel die Autoindustrie aufgefordert. Das ist nett, es ist sicher auch richtig, aber es hat keinen Sinn, nur auf andere zu zeigen, auf die Europa- oder die Bundespolitik. Nein, Hamburg muss auch selbst etwas tun, damit Fahrverbote in dieser Stadt nicht angeordnet werden, weder von Gerichten noch von jemand anderem. Deshalb haben wir uns überlegt, einen Katalog von Vorschlägen und Maßnahmen zu erstellen, wie Hamburg mit eigenen Mitteln ohne die Bundesebene, ohne die Autoindustrie und auch ohne Europa etwas tun kann gegen die Schadstoffbelastung, um auf diese Weise Fahrverbote, wenn sie denn drohen, abzuwehren. Ich

(Dr. Wieland Schinnenburg)

will es etwas zusammenfassen, etwas knapper, als es im Antrag steht. Sie können es sonst dort nachlesen.

Zunächst ist es die Förderung der Elektromobilität. Sie wissen vielleicht, im Sommer 2014 hat der damalige SPD-Senat einen großen Masterplan Elektromobilität vorgelegt und hat dort Zahlen genannt, bis zu welchem Zeitpunkt er wie viele Elektroautos und wie viele Ladestellen in dieser Stadt einrichten wolle. Ende 2015 sollten es 422 Stationen sein. Da habe ich mir erlaubt nachzufragen, wie viele es nun tatsächlich Ende 2015 waren. Es waren 209, also noch nicht einmal die Hälfte davon. Es wäre also schon viel gewonnen, wenn der Senat lediglich seine eigenen Versprechen von vor knapp zwei Jahren umsetzen würde.

Wir schlagen vor, bis Ende des Jahres 2016 700 Stationen einzurichten. Das ist durchaus moderat. Der Senat müsste nur das Tempo wieder anlegen, das er sich selbst ursprünglich einmal vorgenommen hat. Des Weiteren sind wir der Meinung, dass es nicht reicht, einfach Ladestationen einzurichten, so wichtig das ist, sondern es kommt auch darauf an, entsprechende Fahrzeuge dort zu haben, die das auch nutzen können. Wir können nicht Privatnutzer zwingen, Elektroautos zu kaufen, aber der Staat und öffentliche Unternehmen könnten doch mit gutem Beispiel vorangehen. Unser Vorschlag zur Elektromobilität ist: Ein Drittel der öffentlichen Neufahrzeuge sollen Elektro- oder Hybridautos sein. Wir sind überzeugt, dass man auf diese Weise die Schadstoffbelastung senken und die Gefahr von Fahrverboten verringern könnte.

Die zweite Kategorie von Maßnahmen, die wir Ihnen vorschlagen, ist, den Verkehr flüssiger zu machen. Wenn Autos im Stau stehen, ist es nicht nur ärgerlich für die Autofahrer und auch volkswirtschaftlich nachteilig, da Leute, die im Stau stehen, keinen Beitrag zum Bruttosozialprodukt leisten, sondern schlicht und einfach ihre Zeit vergeuden. Es ist auch eine Gefahr für die Umwelt, denn Sie wissen so gut wie ich: Wenn Autos stehen, wenn sie anhalten und wieder anfahren, produzieren sie völlig sinnlos Schadstoffe. Es ist also auch im Interesse der Umwelt, wenn der Verkehr flüssiger läuft. Deshalb ist unser erster Vorschlag eine bedarfsabhängige und vernetzte Ampelsteuerung, mit der man verhindert, dass Autos an Ampeln unnötig stehen. Man wird es nicht ganz verhindern können, das ist völlig klar, man kann aber die Dauer und die Häufigkeit verringern.

Der zweite Vorschlag für flüssigeren Verkehr ist ein besseres Baustellenmanagement. Sie kennen die Geschichte mit der KOST, der Koordinierungsstelle für Baumaßnahmen. Diese ist technisch und personell völlig unzureichend ausgestattet. Sie ist übrigens auch nur für die Hauptverkehrsstraßen zuständig. Wir sind dafür, diese besser auszustatten und für alle Straßen zuständig zu machen.

Dann kennen Sie die Geschichte mit dem Bonus- und dem Malus-System. Wir wollen, dass Auftragnehmer, die vom Staat mit Sanierungsmaßnahmen von Straßen beauftragt werden, einen Bonus und einen Malus vereinbart bekommen, einen Bonus, wenn sie schneller fertig werden, und einen Malus – eine Vertragsstrafe –, wenn sie länger brauchen. Das frage ich auch regelmäßig beim Senat ab. Es kommt ungefähr dabei heraus, dass es bei 5 Prozent dieser Straßenbaumaßnahmen so gemacht werde, bei 95 Prozent nicht. Die Begründung: Das gehe alles gar nicht. Sie wissen vielleicht, beim Ausbau der A 7, bei dem ein anderes Unternehmen beauftragt wurde, da geht es und da halte ich es auch für sehr sinnvoll, und wir wollen, dass das bei allen Straßenbaumaßnahmen in Hamburg passiert, nicht nur bei der A 7.

Der dritte Punkt zur Verflüssigung des Verkehrs: Wir wollen Parkplatzsuchverkehr vermeiden. Auch hier geht es darum, dass Menschen sich ärgern, ihre Zeit vergeuden, aber es ist eben auch eine sinnlose Produktion von Schadstoffen, wenn Autos einfach auf der Suche nach Parkplätzen immer wieder um den Block fahren. Dazu haben wir folgende Vorschläge: einmal die Wiedereinführung der Stellplatzpflicht, damit genügend Abstellmöglichkeiten im Bezirk, gerade in hoch belasteten Gebieten, bereitgestellt werden, und keine weitere Parkplatzvernichtung. Sie wissen es vielleicht, in der letzten Wahlperiode sind mindestens 1 000 Parkplätze in Hamburg vernichtet worden, wahrscheinlich in Wirklichkeit wesentlich mehr, während zur gleichen Zeit viele Tausende von neuen Autos dazugekommen sind. Es wird immer gesagt, die Leute wollen nicht mehr Auto fahren. Ganz im Gegenteil, die Zahl der zugelassenen Autos nimmt ständig zu. Ein weiterer Vorschlag: ein internetbasierter Parkplatznachweis. Das ist technisch längst möglich. Der Bürgermeister redet gern von Smart City. Hier wäre eine gute Gelegenheit, Smart City einzuführen. Auch dies würde mit Sicherheit den Parkplatzsuchverkehr verringern, und auf diese Weise würden weniger Schadstoffe produziert.

Der dritte Bereich, den unser Vorschlag betrifft, ist die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs. Hier schlagen wir vor, die P+R-Gebühren abzuschaffen. Ich will es nicht im Einzelnen vertiefen, das wurde schon öfter diskutiert. Es ist doch aberwitzig, wenn wir alle wollen, dass Menschen die Autos stehen lassen und öffentlichen Personennahverkehr nutzen; stattdessen werden sie mit einer Gebühr bestraft. Die Gebühr für P+R sollte sofort wieder abgeschafft werden, um den ÖPNV attraktiver zu gestalten.

Zweiter Punkt im Bereich ÖPNV sind die Tarife des HVV. Auch das haben wir schon öfter diskutiert, ich will das im Einzelnen nicht ausführen. Wenn jemand das möchte, kann ich es gern noch tun. Sie wissen alle: Wir sind sehr überzeugt davon, dass

(Dr. Wieland Schinnenburg)

die HVV-Tarife in den letzten Jahren in völlig ungeRechtfertigtem Maß erhöht worden sind. Darum sind wir der Meinung, es wäre ohne weiteres für die Unternehmen machbar, zwei Jahre lang die HVV-Tarife nicht zu erhöhen und auf diese Weise den ÖPNV attraktiver zu gestalten.

Der vierte Punkt, das ist eigentlich fast das Nahe-liegendste, wird in der öffentlichen Diskussion sel-ten erwähnt: Verkehr vermeiden. Wir wollen errei-chen, dass Verkehr, egal ob mit Autos, Fahrrädern oder U-Bahnen, vermieden wird. Das geht unter anderem dadurch, dass mehr Telearbeitsplätze eingerichtet werden. Menschen, die ihre Arbeit zu-mindest teilweise von zu Hause erledigen können, müssen nicht mit dem Auto fahren und auch nicht mit dem Bus, nicht mit der U-Bahn und auch nicht mit dem Fahrrad. Deshalb ist unser Vorschlag, dass der Staat hier mit gutem Beispiel vorangeht. Wir haben die Zahl von 2 000 Mitarbeitern in der öffentlichen Verwaltung genommen, diese sollen in den nächsten Jahren zusätzlich Telearbeitsplätze angeboten bekommen. Der Staat könnte auch hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Meine Damen und Herren, Sie merken, es gibt ei-ne Menge überzeugende, interessante Maßnah-men, die die Stadt Hamburg selbst tun kann, um das Horrorszenario von Fahrverboten abzuweisen. Wir bitten um Überweisung und natürlich auch um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort be-kommt Frau Koeppen von der SPD-Fraktion.

Martina Koeppen SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schinnen-berg, vielen Dank für die Debattenanmeldung heu-te und auch für den Antrag, den Sie eingebracht haben, denn dies gibt uns die Möglichkeit aufzu-zeigen, was der Senat bereits tut, und dass man-che der Forderungen,

(*Jörg Hamann CDU:* Der Senat ist ja gar nicht mehr da!)

die Sie in Ihrem Katalog aufgestellt haben, am Ziel vorbeigehen. Ziel der Bundesregierung ist es, dass bis 2020 1 Million Elektrofahrzeuge in Deutschland zugelassen werden.

(*Jörg Hamann CDU:* Das will der Senat?)

Anfang 2015 waren laut Kraffahrt-Bundesamt 19 000 E-Autos in Deutschland zugelassen, davon 1 800 in Hamburg. Neben der Bundesregierung, die mit ihrem Zehn-Punkte-Papier zur Unterstüt-zung der E-Mobilität einen zentralen Baustein zur Lösung des Luftreinhalteproblems beschließen wird, ist auch die Automobilindustrie in der Pflicht, Herr Schinnenburg, Lösungen zu finden, denn Kaufpreise für E-Autos sind immens hoch. Wenn

Sie sehen, dass ein Mittelklassewagen erst ab 35 000 Euro zu haben ist, dann ist es für viele Menschen nicht erschwinglich.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts der zurzeit 1 800 zugelassenen E-Mo-bile in Hamburg sind die aktuell 209 öffentlichen Ladestationen, die bis Mitte 2016 – Herr Dr. Schin-nenburg, vielleicht hören Sie zu – auf 592 anstei-gen werden, völlig ausreichend. Die Nutzung von Straßenlaternen wurde bereits in der letzten Legis-laturperiode von Ihnen beantragt und wurde sehr ausführlich im Wirtschaftsausschuss debattiert. Da hat sich die Sachlage überhaupt nicht geändert. Lesen Sie dazu noch einmal das Protokoll. Im kommunalen Sektor sind bereits jetzt schon 500 E-Mobile in Hamburg angemeldet. Hier ist Hamburg europaweit Spitzenreiter.

Bei der Planung von Lichtsignalanlagen wird be-reits heute berücksichtigt, den Verkehrsfluss zu verbessern, Netzreserven zu aktivieren und Schadstoff- und Lärmbelastung zu minimieren.

Mit der Verlagerung der KOST, Herr Schinnen-berg, zum LSBG wurden die organisatorischen Voraussetzungen für eine einheitliche Baustellen-koordinierung und ein einheitliches Baustellenma-nagement in Hamburg bereits vollzogen. Das ist al-so auch erledigt.

Das Bonus-Malus-System für Straßenbaumaßnah-men wird von Ihnen immer und immer wieder an-geführt, und um die Debatte abzukürzen, verweise ich auf Ihre Schriftlichen Kleinen Anfragen, die Drucksachen 20/7532 und 20/12800, aus der letz-ten Legislaturperiode, dort sind die Antworten ge-nau nachzulesen.

Auch die Wiedereinführung der Stellplatzpflicht wird von Ihnen immer wieder gefordert. Noch ein-mal zur Klarstellung: Der Nachweis von KFZ-Stell-plätzen wurde lediglich für den Wohnungsbau auf-gehoben; für Gewerbebetriebe besteht dieser Nachweis noch immer. Es ist überhaupt kein Pro-blem, einen Stellplatz in Hamburg zu mieten. Schauen Sie doch einfach einmal ins Internet. Im gesamten Hamburger Stadtgebiet sind Stellplätze frei. Da gibt es überhaupt keinen Handlungsbedarf.

(Zurufe von der CDU)

Ebenso die immer wieder debattierten P+R-Ge-bühren. Die Vorteile von Beleuchtung, Videoüber-wachung oder Notrufsäulen mag sich manch männlichem Kollegen aber noch immer nicht er-schlossen haben.

(Beifall bei *Anna Gallina GRÜNE*)

Sehr spannend ist Ihre Forderung, in den nächsten zwei Jahren die HVV-Tarife auszusetzen. Meinen Sie denn wirklich, dass eine Angebotserweiterung zum Nulltarif zu haben ist?

(Martina Koeppen)

(Dennis Thering CDU: Keine 70 000-Euro-Sause mehr!)

Komplett vermisste ich in Ihrem Antrag Ihre Unterstützung des Senats für den Ausbau des ÖPNV-Angebots in Hamburg, zum Beispiel die U-Bahn. Nehmen Sie doch einmal die geplante Verlängerung der U4 in Richtung Horner Geest. Mit dieser 2,2 Kilometer langen Strecke erhalten 13 000 Menschen einen direkten Bahnanschluss. Wenn man davon ausgeht, dass vielleicht 20 Prozent dieser 13 000 Menschen jeden Tag mit dem Auto zur Arbeit fahren, dann sind das 2 600 Autos weniger täglich auf der Straße. Ich finde, das ist ein unterstützenswertes Projekt.

(Beifall bei der SPD – Dennis Thering CDU: Sie glauben selber nicht, was Sie sagen! – Zuruf von Jörg Hamann CDU)

– Herr Hamann, melden Sie sich doch gleich noch einmal.

Ihr Antrag enthält viele Einzelpunkte, die bereits vom Senat umgesetzt werden, und viele Vorschläge, deren Sinnhaftigkeit nicht nachzuvollziehen ist. Daher werden wir den Antrag ablehnen und auch nicht überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Jörg Hamann CDU: Aha!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Gamm von der CDU-Fraktion.

Stephan Gamm CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Richtig ist, dass die Schadstoffbelastung durch Pkw- und Lkw-Verkehr für die Metropolen und damit auch für Hamburg eine große Herausforderung darstellt. Es gehört zur Wahrheit, dass diese Herausforderung nicht von heute auf morgen, sondern durch eine Vielzahl von einzelnen, zum Teil langfristig angelegten Maßnahmen gelöst werden kann. Richtig ist aber auch, dass der rot-grüne Senat in dieser Frage bislang faktisch untätig war.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

So konnten wir einem Interview mit Senator Kerstan entnehmen, dass als einzige wirklich umgesetzte Maßnahme zur Bekämpfung der Schadstoffbelastung eine Messstation im Hafen errichtet wurde.

(Dennis Thering CDU: Wahnsinn! Das ist grüne Umweltpolitik!)

Also einmal ganz ehrlich: Das ist blamabel.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Man kann sich einem Gedankenspiel hingeben. Wenn ein CDU-Umweltsenator – der momentan in Hamburg nicht realistisch ist, aber man kann sich

das einmal vorstellen – ein Jahr lang in der Frage so untätig geblieben wäre, wie es Senator Kerstan war, dann, wette ich, hätte die halbe GRÜNE Fraktion sich aus Protest ans Rathaus gekettet und wäre in den Hungerstreik getreten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aber wieder einmal mehr demaskiert der Rollentausch hin zu einer Regierungsverantwortung die GRÜNEN in Hamburg als ökologischen Scheinriesen ohne Pragmatismus, ohne Inhalte und ohne Gestaltungswillen.

(Beifall bei der CDU)

Im Koalitionsvertrag wurde angekündigt, binnen zwei Jahren einen neuen Luftreinhalteplan aufzustellen. Ich empfehle, diese Frist nicht vollends auszureizen, sondern umgehend tätig zu werden. Senator Kerstan hat noch vor seiner Ernennung angeprangert, dass Untätigkeit bei diesem Thema in höchstem Maße fahrlässig ist. Das hat aber offenbar keinen Einfluss auf sein aktuelles Verhalten. Natürlich ist die Erarbeitung eines Konzepts zur Verbesserung der Luftqualität in Hamburg sinnvoll und erfordert Zeit. Das entbindet aber einen handelnden Senat nicht davon, sich Gedanken über kurzfristig realisierbare Maßnahmen zu machen und diese auch umzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Dass der Bürgermeister im Zuge des sogenannten Auto-Gipfels Fahrverbote für möglich hält, falls die Automobilindustrie keine erkennbaren Fortschritte bei der Schadstoffminderung erzielt, ist nichts weiter als ein durchschaubares politisches Manöver. Die Drohung mit politischen Grausamkeiten wie Umweltzone, Citymaut und partiellen Fahrverboten, mit denen im Übrigen die GRÜNEN schon bei den Koalitionsverhandlungen vollkommen gescheitert sind,

(Farid Müller GRÜNE: Was ist das denn für eine Legende?)

soll nur von der eigenen Ideenlosigkeit und Untätigkeit ablenken. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Die Automobilindustrie hat in der Vergangenheit schwerwiegende strategische Fehler und Versäumnisse, teilweise sogar unter Vorsatz, begangen und steht ganz besonders in der Verantwortung, ihre Bemühungen in dieser Frage spürbar zu erhöhen. Das entbindet diesen Senat aber nicht von der eigenen Verantwortung, die hierfür unterstützenden Rahmenbedingungen zu schaffen und eigene wirksame Impulse zu setzen. Denn nur mit dem Finger auf andere zu zeigen ist zwar ein sehr bequemer Weg, wird aber nicht Ihrer politischen Verantwortung gerecht.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

(Stephan Gamm)

Daher zielt der Antrag der FDP-Fraktion, für den ich durchaus gewisse Sympathien empfinde, schon in die richtige Richtung. Er wird nach meiner Einschätzung aber der Gesamtkomplexität dieses Themas nicht vollends gerecht. Das wird bereits mit der ersten Forderung, die ich exemplarisch herausgreifen möchte, deutlich. So sollen bis Ende 2016 insgesamt 700 öffentlich zugängliche Ladestationen in Hamburg zur Verfügung stehen. Ich habe da eine andere Zahl. Auf der Homepage von Stromnetz Hamburg sind 90 Standorte angegeben, und Stromnetz Hamburg selbst beabsichtigt, bis zum Herbst die Zahl auf 600 zu erhöhen. Wenn nun die Verfügbarkeit von öffentlich zugänglichen Ladestationen der alleinige Schlüssel wäre, um das Thema Elektromobilität deutlich voranzubringen, dann würden 100 weitere durchaus Sinn machen. Das ist auch kein immenser Kostenblock, denn eine Ladesäule kostet ungefähr 3 500 Euro, mit Anschluss vielleicht noch 500 Euro mehr; insofern ist das keine unrealistische finanzielle Forderung. Aber das ist nicht der alleinige Schlüssel, sondern dieses Thema hat deutlich mehr Facetten, wie zum Beispiel der Aufbau eines Direct-Pay-Systems. Denn was nützt es mir, wenn ich am Wochenende mein Auto aufladen möchte und dann erst anfangs, einen Stromvertrag abzuschließen? Ich weiß, dass Stromnetz Hamburg dabei ist, das zu entwickeln, aber es gibt noch kein funktionierendes System. Das ist ein weiterer wichtiger Schlüssel, um die Attraktivität für den Endnutzer zu erhöhen.

Dann brauchen wir die Unterstützung der Wissenschaft bei der Entwicklung von Batteriesystemen. Wir müssen die qualitative und quantitative Vorbereitung der beruflichen Aus- und Weiterbildung auf die Herausforderungen der Elektromobilität fördern. Wir brauchen aber auch gezielte Fördermodelle für handwerkliche Betriebe in Hamburg.

(Dorothee Martin SPD: Das hatten wir doch!)

Wir müssen auch eine stärkere Verknüpfung von Elektromobilität mit dem ÖPNV erzielen und noch vieles mehr. Da das Thema durch diesen Antrag meiner Meinung nach nicht vollends ausgeschöpft wird, sondern deutlich mehr Facetten erfordert, die in der Betrachtung berücksichtigt werden müssen, werden wir uns in der ziffernweise erfolgenden Abstimmung jeweils zu den einzelnen Punkten entscheiden.

Vielleicht als kleine Kritik an die Kollegen der FDP: Es wirkt ein bisschen so, als sei dieser Antrag im Rahmen eines Brainstormings entstanden, wo anschließend Ideen in Form von Pappkarten in diesen Text gegossen wurden.

(Michael Kruse FDP: Dann haben wir mal gebrainstormt!)

Dieses Thema ist wichtig, und da der Senat eine solche Flanke bietet, dass es erheblichen Hand-

lungsbedarf gibt, würde ich mich freuen, das Ganze an den Verkehrsausschuss zu überweisen, um es noch einmal intensiver diskutieren zu können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Sparr von der GRÜNEN Fraktion.

Ulrike Sparr GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst eine kurze Erwiderung an Herrn Gamm: Um den Luftreinhalteplan brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. Er ist in Arbeit, wie Sie vielleicht auch wissen, und wird im kommenden Jahr sicherlich vorgestellt werden. Dass er noch nicht öffentlich diskutiert wird, heißt nicht, dass nicht daran gearbeitet wird.

(Birgit Stöver CDU: Was ist mit kurzfristigen Maßnahmen?)

Man verteilt doch keine ungelegten Eier.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was die Fahrverbote angeht, sind sie leider eine reale Option, wenn die Autoindustrie ihrer Verantwortung nicht nachkommt. Dem muss man schon ins Auge sehen.

Aber jetzt möchte ich zu dem FDP-Antrag sprechen, denn er ist Anlass der Debatte. Er umfasst viele Punkte, auf die ich nicht alle in der kurzen Redezeit eingehen kann; deshalb greife ich nur einige heraus. Die in der Überschrift des Antrags vermittelte Intention, Schadstoffbelastung durch den Verkehr zu senken, ist richtig und durchaus begrüßenswert. Aber die im Petitum des Antrags formulierten Ziele dienen weniger dazu, die Schadstoffbelastung zu senken, als vielmehr sicherzustellen, dass der Autoverkehr nicht beeinträchtigt wird. Wenn wir die Schadstoffbelastung durch den Autoverkehr minimieren wollen, müssen wir zualterererst dafür sorgen, dass weniger Autos auf der Straße sind.

Deshalb ist es so wichtig, den öffentlichen Nahverkehr auszubauen. Deshalb bauen wir die U5, verlängern die U4 und bauen die S4 nach Oldesloe. Deshalb fördern wir auch Carsharing, besonders in Verbindung mit dem öffentlichen Nahverkehr, denn wer den Weg zur U-Bahn per Carsharing zurücklegt, braucht keinen eigenen Parkplatz am Bahnhof. Wenn wir allerdings, wie die FDP es will, die P+R-Häuser wieder gebührenfrei zur Verfügung stellen, dann werden sie als kostenlose Quartiersgarage genutzt

(Dennis Thering CDU: Dafür haben Sie im Wahlkampf auch gekämpft und sind wieder umgefallen!)

und würden damit gerade keinen Anreiz bieten, auf das eigene Auto zu verzichten.

(Ulrike Sparr)

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Da wir die Schadstoffbelastung senken wollen, ist auch die Förderung des Fahrradverkehrs so wichtig. Rot-Grün will die Velorouten bis 2050 fertigstellen, sich um 50 Kilometer Radverkehrsanlagen kümmern und auch die Bezirksrouten wieder stärken. Das alles sind bereits wirksame Beiträge zum Umweltschutz. So mindern wir die Schadstoffbelastung.

(Beifall bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Was dagegen die FDP vorschlägt, ist ein Sammelurium aus der Mottenkiste. Die Stellplatzabgabe solle wieder eingeführt werden. Liebe FDP, auch das neue Baurecht verbietet niemandem, Stellplätze zu bauen. Doch gerade in der Innenstadt verzichten immer mehr Menschen auf das eigene Auto. Wozu also die Baukosten unnötig in die Höhe treiben? Sie sind doch sonst auch für Flexibilität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann wollen Sie die Elektromobilität fördern. Das wollen wir auch, sofern sichergestellt ist, dass der Strom für diese Fahrzeuge aus erneuerbaren Quellen stammt, sonst sieht die Ökobilanz von E-Autos, wenn man die Produktion und die dadurch entstehenden Schadstoffe mit betrachtet, nicht mehr ganz so positiv aus. Dazu gibt es eine sehr eindeutige Studie des Fraunhofer Instituts, die übrigens das Bundesverkehrsministerium in Auftrag gegeben hat.

Dann fordern Sie mehr Ladesäulen, und zwar 700 bis zum Jahresende. Auch da liegen wir gar nicht so weit auseinander, denn wir wollen bis zum Sommer bei 600 sein. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Ladeinfrastruktur in etwa proportional zur Zahl der Elektrofahrzeuge mitwachsen soll. Momentan sind wir in Hamburg bei 1 800 Fahrzeugen, die diese Ladesäulen nutzen können, und es sollen mehr werden. Der Hamburger Klimaplan nennt als Ziel 3 000 Fahrzeuge bis 2017. Um die Elektromobilität weiter zu fördern, haben wir übrigens auch schon im vergangenen Jahr die Parkgebühren für Elektrofahrzeuge aufgehoben.

Was die Nutzung von Laternenmasten angeht, so zeigen Erfahrungen aus Berlin, dass kaum ein vorhandener Beleuchtungsmast für eine nachträgliche Ausrüstung mit Ladetechnik für Elektroautos geeignet ist. Da ist also erst einmal nicht viel zu holen.

Alles in allem bleibt festzuhalten, dass die von der FDP formulierten Vorschläge nicht wirklich geeignet sind, die Schadstoffbelastung durch den Autoverkehr zu senken. Hier hat unser rot-grüner Senat schon jetzt weiterreichende Maßnahmen auf den Weg gebracht, und wir sind weiter auf dem Weg. Überlassen Sie das uns, dann wird es auch gut. Ihren Antrag werden wir ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Es ist schon interessant, was drohende Fahrverbote bewirken. Sie bringen immerhin einige zum Nachdenken. Wenn dann aber, Frau Sparr, beim Nachdenken herauskommt, dass ein seit Jahren überfälliger Luftreinhalteplan dazu führt, sich auf die Schulter zu klopfen, weil er 2017 kommt, dann hat man zu wenig nachgedacht.

(Beifall bei der LINKEN und der CDU)

Aber Nachdenken heißt auch nicht, wie es bei der FDP geschehen ist, man geht einmal durch seinen blaugelben Autogarten und nimmt alle möglichen Blüten und alle möglichen Satzbausteine zusammen. Dies hilft nicht wirklich.

Ohne Frage hat der Straßenverkehr in Hamburg und auch woanders den größten Anteil an den CO₂-Emissionen. Der Weg, den Sie vorschlagen, indem Sie auf Elektroautos setzen, ist jedoch ein Irrweg und reicht überhaupt nicht.

Und bei Ihnen, Herr Schinnenburg, fehlt die Analyse. Vielleicht sollten Sie einmal etwas genauer schauen. Sie reden immer davon, man dürfe die Leute nicht beeinträchtigen und müsse die Autofahrerinnen und -fahrer in Hamburg schützen. Ist Ihnen eigentlich bewusst, wie viele Leute in Hamburg ein Auto haben? 32 Prozent aller Hamburger Haushalte haben kein Auto. Im Bereich des Rings 2, also in der Innenstadt, haben sogar 44 Prozent aller Haushalte kein Auto. Für wen machen Sie eigentlich Ihre Politik? Für den gesamten Rest oder auch für die Menschen, die kein Auto fahren?

(Beifall bei *Anna Gallina GRÜNE*)

Wie ist eigentlich die Entwicklung? Ich sehe gerade, dass Herr Oetzel mich so anstrahlt. Herr Oetzel, Ihr Thema könnte die Jugend sein, aber ich fange einmal mit den Älteren an. Es gab letztes Jahr im Auftrag des Bundesumweltministeriums eine Studie zum Umweltbewusstsein. 82 Prozent der Befragten haben sich dafür ausgesprochen, dass die Städte so umgestaltet werden, dass man sich möglichst ohne Auto fortbewegen kann; bei den 14- bis 17-Jährigen waren es sogar 92 Prozent. Wenn Sie eine zukunftsorientierte Politik machen wollen, sollten Sie sie für diese Menschen machen. Aber Sie haben sich gar nicht gefragt, warum wir Individualverkehr haben. Warum fahren so viele Leute immer noch Auto?

(*Michael Kruse FDP:* Weil Sie es noch nicht verbieten konnten!)

Mag es vielleicht daran liegen, dass einige noch nicht wissen, wie man mit Bus und Bahn fährt, oder dass einige vielleicht noch nicht gesehen ha-

(Heike Sudmann)

ben, Herr Westenberger, dass man sich in Hamburg sogar ganz gut mit Bus und Bahn fortbewegen kann, aber immer noch relativ viele Querverbindungen fehlen und der HVV immer noch viel zu teuer ist?

(André Trepoll CDU: Das Beste wäre, wenn jeder einen Bus hätte!)

Man kann sich in Hamburg, man höre und staune, auch mit dem Fahrrad sehr gut fortbewegen. Auch das taucht bei Ihnen überhaupt nicht auf.

(Zurufe)

Ich warte einmal einen kleinen Moment. Es wird gerade ein bisschen zu laut hier.

(Zurufe: Oh, oh!)

Ich habe Zeit.

Die Potenziale, den Autoverkehr zu verlagern, sind auch in Hamburg immer noch immens groß. Das berücksichtigen Sie überhaupt nicht. Sie, liebe FDP, wollen die Elektroautos fördern. Da sind Sie leider mit der SPD und den GRÜNEN, die darin ebenfalls die Zukunft sehen und sogar 5 000 Euro Zuschuss beim Kauf eines Elektroautos geben wollen, in einer sehr unseligen Gemeinschaft.

(Katja Suding FDP: Nee, das wollen wir nicht!)

Welche Kriterien wollen Sie eigentlich anlegen? Werden Sie prüfen, dass es keine Zweitwagen sind? Werden Sie prüfen, ob die Menschen, die sich ein Elektroauto kaufen, sich nicht anders fortbewegen können? Werden Sie den Menschen, die innerhalb des Rings 2 wohnen, sagen, sie hätten keinen Anspruch? Was machen Sie mit den Leuten, die sagen, sie möchten gar kein Auto haben, aber trotzdem 5 000 Euro bekommen, um sich damit zum Beispiel sehr lange Zeit die HVV-Jahresfahrkarte kaufen zu können? Darüber reden Sie nicht.

Dass auch ein Elektroauto irgendwo abgestellt werden muss, sprich Fläche braucht, berücksichtigen weder Rot-Grün noch die FDP. Wenn wir eines in Hamburg nicht haben, dann sind es Flächen. In Hamburg wollen wir doch alle flächensparend sein und versuchen, möglichst viele Flächen für Wohnungsbau zu schaffen. Könnten wir einen Großteil der Stellplatzflächen für Autos abschaffen, hätten wir sehr viel Platz für den Wohnungsbau. Das ist zukunftsweisend und nicht das, was Sie hier vorgelegt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion.

Detlef Ehlebracht AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Sud-

mann hat Zeit, wir leider nicht. Die Uhr tickt, und da wir noch einen Diskussionspunkt haben, mache ich es kurz.

Sie haben einen Strauß an Maßnahmen vorgelegt, der in dieser Mannigfaltigkeit hier sicherlich nicht ausführlich diskutiert werden kann. Aber ich habe es immer so verstanden, dass man Vorschläge machen kann, die gewürdigt werden oder nicht, zumindest aber diskutiert werden. Doch ich bin im Laufe des ersten Lehrjahres zunehmend desillusioniert worden. Es wird mit einer Selbstherrlichkeit durchregiert, Vorschläge werden einfach vom Tisch gewischt, weil man doch so toll ist, alles im Griff hat, alles in Spur ist, obwohl wir gesehen und gehört haben, dass dies in Teilen nicht der Fall ist.

Wir halten viele dieser Punkte so, wie sie formuliert sind, für zustimmungswürdig und alle für diskussionswürdig. Wir haben gehört, das werde nicht geschehen. Nun gut, der Drops ist gelutscht, und insofern brauchen wir auch keine weitere Zeit mehr darauf zu verschwenden. Wir stimmen trotzdem allen Punkten bei der Überweisung zu und einzelnen sogar direkt. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 21/3247 an den Verkehrsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Die Fraktionen der LINKEN und der AfD möchten den Antrag der FDP-Fraktion aus der Drucksache 21/3247 ziffernweise abstimmen.

Wer sich nun zunächst der Ziffer 1a anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer dann die Ziffer 1b annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer sich Ziffer 2 anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer Ziffer 3a zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer Ziffer 3b annimmt, darf jetzt zustimmen. – Wer ist dagegen? – Wer möchte sich enthalten? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer Ziffer 4a beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

Wer Ziffer 4b zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 4b ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer Ziffer 4c annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Sie werden es ahnen, auch Ziffer 4c ist abgelehnt.

Wer sich Ziffer 5a anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 5a ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer Ziffer 5b zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 5b ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer nimmt Ziffer 6 an, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 6 ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer sich Ziffer 7 anschließt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 7 hat keine Mehrheit gefunden.

Wir kommen zu Punkt 52 der Tagesordnung, Drucksache 21/3330, Antrag der AfD-Fraktion: Integrationspolitischen Blindflug in Sachen Familiennachzug beenden – Prognose-Projekt "Datenerhebung Familiennachzug" beim Flüchtlingskoordinator einrichten.

**[Antrag der AfD-Fraktion:
Integrationspolitischen Blindflug in Sachen Familiennachzug beenden – Prognose-Projekt "Datenerhebung Familiennachzug" beim Flüchtlingskoordinator einrichten
– Drs 21/3330 –]**

Diese Drucksache möchte die AfD-Fraktion federführend an den Innenausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

(Glocke)

Ich gebe noch einmal einen Hinweis, den ich am liebsten schon bei der letzten Debatte gemacht hätte. Der Senat ist jetzt wieder auf der Senatsbank vertreten, und wir als Abgeordnete sollten ihm auch die Chance geben, zuzuhören. Danke schön. – Herr Dr. Baumann, Sie haben das Wort.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute diskutieren wir ein Thema, das uns seit Tagen und Wochen beschäftigt, in einer Facette, die wir noch gar nicht betrachtet haben, aber betrachten sollten. Der Senat plant, dass 2015 und 2016 insgesamt 80 000 Flüchtlinge in Hamburg sein werden. Fami-

liennachzug ist dabei, auch nach Auskunft zuletzt von Frau Senatorin Stapelfeldt, die gerade nicht da ist und die ich persönlich darauf angesprochen habe, nicht eingerechnet. Nach jahrzehntelanger weltweiter Erfahrung ist aber Familiennachzug für Asyl- und Schutzsuchende und die gesamten Migranten ein sehr zentraler Faktor. Wie wir alle wissen, setzt eine gelungene Integration die frühe und möglichst exakte Ermittlung des Zuzugs der Leute, die zu uns kommen, voraus. Frühzeitige Planung, Sammlung und Auswertung aller verfügbaren Informationen sind angesagt, sonst fehlt Planungs- und Vorlaufzeit für Integration, Integration gerade in die schwierigen Wohn- und Arbeitsmärkte, Integration in Schulen, Berufsausbildung und Kitas. Entsprechende Erfahrungswerte, die man abgreifen, sammeln und aufbereiten und aus denen man vernünftige Prognosen entwickeln kann, liegen national wie international vor.

Manfred Schmidt, der frühere Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge – er war von 2010 bis 2015 der Chef –, sagt, nach seiner bisherigen Erfahrung kämen durch Familiennachzug je Flüchtling drei Personen nach Deutschland. Das ist schon ziemlich viel. Aber einer, der fünf Jahre lang Chef des BAMF war, muss schon wissen, was er sagt. Gehen wir einmal weiter hinunter in die Kommunalpolitik. Ihr SPD-Kollege, Heinz Buschkowsky, ewig Bezirksbürgermeister in Neukölln, kennt sich, wie Sie wissen, gerade mit arabischen Zuwanderern gut aus und geht sogar von drei bis vier Familienangehörigen pro anerkanntem Flüchtling in Deutschland aus. Familienministerin Schwesig sagte kürzlich, als sie gerade auch auf die vielen allein reisenden Männer angesprochen wurde, sie rechne damit, dass sehr viele Frauen und Kinder nachkommen. Da kann sich etwas aufbauen, da kann etwas kommen,

(Christiane Schneider DIE LINKE: Was denn?)

und darauf haben Sie sich überhaupt nicht richtig vorbereitet. Es gibt keine eigenen Prognosen. Das darf nicht sein. Wir sind darauf völlig unvorbereitet.

(Beifall bei der AfD)

Wenn nun jemand sagen sollte – ich lese das dem einen oder anderen am Augenbrauenrunzeln ab –, solche Zahlen seien zu hoch, dann muss er sagen, welche anderen Zahlen er hat, warum er eventuell niedriger ansetzt und prognostiziert und von welchen Daten er ausgeht. Eine Stelle, die all solche Daten verlässlich, seriös und systematisch für einen Kernbereich der globalen Migration anlegt, aufbereitet und einer vernünftigen Politik zugänglich macht, hat Hamburg nicht, obwohl es Knotenpunkt für Migration ist.

Auch Folgendes müssen wir berücksichtigen: Seit September 2015, seit der Grenzöffnung und der Willkommenskultur, die weltweit durch die Medien

(Dr. Bernd Baumann)

gegangen ist, ist den Leuten in den jeweiligen Gebieten, in die die Flüchtlinge kommen, klar, dass nicht nur politisch Verfolgte, sondern ganze Familien willkommen geheißen werden. Da haben wir Signale nach draußen gesandt, und die Antwort wird noch auf uns zukommen. Vielleicht kommen auch deshalb so viele allein reisende Männer zu uns, weil sie sozusagen als Brückenkopf für die Familie, die nachkommen soll, agieren, sonst hätten sie die Ihren ja allein gelassen. Es ist keine gewagte Theorie, dass durch die vielen minderjährigen Flüchtlinge die Möglichkeit besteht, auch deren Familien zu uns zu holen. Dass die Schleuser- und Fälschermafia, mit der wir ohnehin schon üble Erfahrungen gemacht haben, sich auch hier wieder einschalten wird, ist wahrscheinlich auch klar.

In einer Schriftlichen Kleinen Anfrage bat nun die AfD den Senat um Aufschluss, welche Daten er denn beim Familiennachzug sammelt und auswerte, um nicht wieder so nackt und unvorbereitet vor überraschenden Flüchtlingszahlen zu stehen, wie wir es im Frühjahr 2015 erlebt haben. Im Sommer 2015, im Herbst und im Dezember 2015 waren wir wieder überrascht. Das sollte dieses Mal nicht passieren. Wir haben Fragen gestellt, beispielsweise: Wie hoch war der jeweilige durchschnittliche Familiennachzug pro anerkanntem Flüchtling in den letzten Jahren? Oder: Wie viele Monate vergingen durchschnittlich zwischen der Anerkennung und dem Stellen des ersten Antrags auf Familiennachzug? Die Antworten des Senats waren: Statistiken im Sinne der Fragestellung würden nicht geführt.

(Beifall bei *Martin Dolzer DIE LINKE*)

– Hier gibt es sogar einen Applaus. Danke, Herr Dolzer, dass Sie sich dazu bekennen, dass Sie es nicht wissen wollen. Da brauche ich die Theorie gar nicht zu machen. Es gibt weite Kreise bei der LINKEN, die es gar nicht wissen wollen.

(*Martin Dolzer DIE LINKE*: Sie nehmen die Menschen nicht als Subjekte wahr, sondern als Objekte!)

Eine andere Antwort war ...

(Zuruf von *Martin Dolzer DIE LINKE*)

– Sie können gern ans Mikrofon gehen, Herr Dolzer. Ihre intellektuellen Ausführungen hören wir immer gern.

Eine andere Antwort war: Eine zu programmierende Datenbankabfrage sei in der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich. Aber die Verwaltung hat doch die Zeit für so eine wichtige Vorbereitung. Oder: Auswertung im Sinne der Fragestellung sei nur möglich durch einen manuellen Abgleich der Visumsanträge mit Bescheiden des BAMF. Und so weiter und so weiter.

Dass Sie solche Daten, meine Damen und Herren vom Senat, nicht selbst schon systematisch erho-

ben haben, ist im Grunde ein ziemliches Armutszeugnis. Das muss einmal ganz deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der AfD)

Es ist klar, dass das nicht leicht zu prognostizieren ist, aber das ist doch kein Argument dafür, überhaupt keine Daten zu sammeln, wenn es doch viele gibt. Es gibt verfügbare Daten, die Einwanderung und Familiennachzug seit Jahrzehnten in Deutschland und in anderen westlichen Ländern vergleichbar machen. Von Birmingham bis Helsinki, von Lyon über Paris bis Brüssel, von Duisburg, Berlin und Hamburg, alles ließe sich sammeln und aufbereiten, um vernunftgemäß, verantwortungsvoll und pflichtbewusst das ins Auge zu fassen, was auf uns zukommen kann, so gut wir es nur sehen können, aber wenigstens versuchen, es zu sehen. Und das geschieht nicht.

Man kann auch Umfragen unter bereits anerkannten Flüchtlingen, die keine Abschiebung mehr fürchten müssen, machen. Man kann Stichproben machen. Man kann Umfragen bei Konsulaten, Botschaftsangehörigen, Verantwortlichen in den jeweiligen Ländern vor Ort machen. Man kann Expertenbefragungen der deutschen Kommunalpolitiker – Buschkowsky habe ich gerade schon genannt – oder Analysen machen lassen von Leuten, die etwas davon verstehen, wie beispielsweise der Ex-Chef des BAMF, Schmidt, der das fünf Jahre gemacht und sich zu dem Thema geäußert hat. Es gibt noch viele andere Möglichkeiten, wie man das systematisch aufziehen kann. Der Senat kann die Aufgabe auf jeden Fall nicht auf das BAMF abschieben, denn dort – da haben wir uns natürlich auch gemeldet – gibt es keine entsprechende Projektgruppe und auch keine entsprechenden Prognosen. Man sieht sich dort als ausführendes Organ und dafür gar nicht im Kern zuständig, was auch überrascht. Also das BAMF wird Sie nicht erlösen von der Aufklärung dessen, was da auf uns zukommt und was Ihre Pflicht ist, aufzuklären. So muss Hamburg eine eigene Ermittlung seiner Familiennachzugsprognosen betreiben, das kann gar nicht anders sein. Das Problem ist wichtig genug. Hinzu kommt, dass die Länder, die Regionen, die Städte in Deutschland sich danach unterscheiden, welche Flüchtlingsgruppen primär kommen. Wir wissen mittlerweile, dass Hamburg starken Zuzug aus Afghanistan, Berlin eher aus Syrien hat; da kann es Unterschiede geben. Auch deswegen sollte das regional prognostiziert werden. Hamburg ist als Bundesland groß genug und genügend reich, um so ein kleines Projektgrüppchen aufzustellen. Unglaublich, dass das noch nicht passiert ist.

(*Dirk Nockemann AfD*: Einen Fahrradbeauftragten haben wir!)

– Einen Fahrradbeauftragten haben wir, wird mir zugerufen, aber wir wollen das nicht polemisch nehmen, denn es geht um Kernsachen.

(Dr. Bernd Baumann)

Es geht um Zehntausende Menschen, die zu uns kommen, worauf wir vorbereitet sein müssen. Wenn das nicht geschieht – Herr Dolzer, Sie haben mir den Gefallen getan und den Wunsch ausgesprochen, dass das nicht passieren sollte –, drängt sich der schlimme Verdacht auf, dass man aus bloßer politischer Opportunität die Daten gar nicht haben will, besser gar nicht wissen will, was auf uns zukommt, was man in gewisser Weise auch der Informationspolitik 2015 ...

(Martin Dolzer DIE LINKE: Das sind Menschen!)

– Herr Dolzer, Sie haben Kehlkopf. Zeigen Sie, dass Sie auch einen Kopf haben. Kommen Sie, reden Sie, stellen Sie eine vernünftige Frage.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass reine politische Opportunität dazu führt, dass Daten erst gar nicht erhoben werden, deren Ergebnisse man gar nicht haben will. Es ist klar, dass die Merkel-CDU und auch der rot-grüne Senat nicht danach dürsten, noch höhere Zahlen zu hören, die auf uns zukommen, denn dann wäre die Ausgangsposition der Bürgerinitiativen ganz anders. Auf diesen Hautgout sollten sie gar nicht erst kommen.

(André Trepoll CDU: Solange sie nicht mit der AfD zusammenarbeiten!)

Deswegen ist unser Petition, beim zentralen Flüchtlingskoordinator ein Projekt einzurichten, welches alle verfügbaren Daten beschafft und ausgewertet, um möglichst früh möglichst gute Prognosen für den zu erwartenden Familiennachzug zu gewinnen und dem in den entsprechenden Ausschüssen noch den Feinschliff zu geben. Es ist nie zu spät, noch etwas Licht der Vernunft selbst in diese missglückte Flüchtlingspolitik zu bringen. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Friederichs von der SPD-Fraktion.

Martina Friederichs SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als ich den vorliegenden Antrag gelesen habe, habe ich mir folgende Frage gestellt: Hat die AfD in den letzten zwölf Monaten überhaupt mitbekommen, was alles auf politischer Ebene unternommen wird, um die Flüchtlingskrise zu bewältigen? Oder hat die selbsternannte Alternative mit Absicht weggesehen, um weiterhin agieren zu können? In drei Gesetzespaketen und zwei Bundeshaushalten hat die Große Koalition bereits Veränderungen des Ausländerrechts im Asylgesetz und Aufenthaltsgesetz auf den Weg gebracht. So gelingt es, Asylverfahren besser zu ordnen, besser zu steuern und zu beschleunigen.

(Dirk Nockemann AfD: Hier geht es um etwas anderes!)

Dabei mussten auch für uns schwierige Entscheidungen getroffen werden. Eine dieser schwierigen Entscheidungen ist die Maßnahme, den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte zwei Jahre lang auszusetzen. Es ist kein Geheimnis, dass das besonders für die SPD nicht einfach war. Denn eines ist klar – und das muss man an dieser Stelle einmal sehr deutlich sagen, vielleicht nützt dazu auch diese Debatte –: Integration gelingt besser, wenn ganze Flüchtlingsfamilien nach Deutschland kommen, auch wenn die Überschrift Ihres Antrags in der üblichen Manier etwas ganz anderes suggeriert.

(Beifall bei der SPD)

Was bedeutet eigentlich der Begriff "ganze Flüchtlingsfamilien"? Nach den Ausführungen und Andeutungen in Ihrem wie so oft kenntnisarmen Antrag mussten wir davon ausgehen, dass pro eingereistem und anerkanntem Flüchtling mindestens drei, vier oder sogar noch viel mehr zusätzliche Menschen nach Hamburg, nach Deutschland kommen.

In diesem Zusammenhang rate ich gerade dazu, bei den Fakten zu bleiben. Fakt ist, dass nicht ganze Großfamilien nachträglich nach Deutschland kommen; vielmehr ist der Familiennachzug auf Ehegatten und Kinder beschränkt. Lassen Sie mich das für Deutschland mit Zahlen aus 2014 belegen. Im Jahr 2014 holten knapp 15 700 Ausländer ihre Ehefrauen nach, 3 200 ihre Ehemänner und 16 000 ihre Kinder, und das bei weit über 200 000 Asylanträgen. Sie sehen, dass die Rechnung der AfD so nicht aufgeht, und das ist doch von Ihnen auch so gewollt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von Dirk Nockemann AfD)

Dieser Antrag und auch die Wahrscheinlichkeitsrechnung, die Sie gern hätten, gehen an der Realität vorbei. Was wir brauchen, ist eine verantwortungsvolle Politik, die sich mit den Fakten beschäftigt und nicht Vorurteile und Ängste der Menschen in Hamburg und Deutschland schürt.

(Beifall bei der SPD)

Was wir brauchen und zusammen mit den GRÜNEN in Hamburg bieten, ist eine verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik, bei der wir auch der Opposition die Hand reichen. Wir werden Ihren Antrag selbstverständlich ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Dr. Bernd Baumann AfD: Selbstverständlich!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Prien von der CDU-Fraktion.

Karin Prien CDU:* Wäre es nicht so traurig, müsste man wohl sagen: Und ewig grüßt das Murmeltier. In jeder Bürgerschaftsdebatte legen Sie uns

(Karin Prien)

so eine Angstnummer vor, meine Damen und Herren von der AfD. Aber ich will versuchen, mich damit in der Sache auseinanderzusetzen, soweit das möglich ist.

Richtig ist, dass eine vernünftige Datengrundlage sehr wichtig ist, um Integrationsbedingungen so zu gestalten, dass Integration gelingen kann, und dass Familien, wie Sie, Frau Kollegin, eben zu Recht gesagt haben, eher eine gute Chance auf Integration haben als Menschen, die allein hierher kommen. Das steht, glaube ich, außer Frage. Sie gerieren sich an anderen Stellen immer auch gern als die Familienpartei. Das hört dann aber offensichtlich bei Flüchtlingen auf. Aber Sie sind eben eine monothematische Partei, und das macht sich auch an dieser Stelle wieder bemerkbar.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Natürlich beschäftigt uns alle die Frage, wie viele Menschen denn jetzt als Familienangehörige kommen. Hätten Sie ein bisschen aufgepasst, hätten Sie gemerkt, dass inzwischen rund 70 Prozent der Flüchtlinge, die über die Balkanroute gekommen sind, Frauen und Kinder sind. Also offensichtlich tut sich da etwas. Natürlich hat das BAMF sich auch damit beschäftigt, wie viele Menschen wahrscheinlich als Familien nachkommen. Aber wenn man einmal genau hinschaut, dann ist doch Tatsache, dass im Moment Anträge auf Familiennachzug an den betroffenen Auslandsvertretungen nur sehr schleppend bearbeitet werden, und überhaupt einen Termin zu erhalten dauert im Augenblick etwa ein Jahr. Da hätten Sie sich einmal erkundigen können.

(Dr. Bernd Baumann AfD: Habe ich!)

Deshalb ist die Frage des Familiennachzugs im Augenblick jedenfalls in der Quantität kein wirklich großes Problem. Wir haben in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres 30 000 Fälle von Familiennachzug gehabt, und die Entwicklung, wie sie sich im Moment abzeichnet, beläuft sich etwa auf diese Größenordnungen. Dass Sie den Familiennachzug als riesiges Schreckensgespenst beschreiben, ist eine ziemlich üble Art, den Menschen draußen Angst zu machen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN, der LINKEN und der FDP)

Wie Sie wissen, setzt der Familiennachzug ein aufwendiges Visaverfahren voraus. Momentan ist es ganz schwer für die Menschen, überhaupt einen Termin zu bekommen. Insofern kann ich nicht so recht nachvollziehen, was Sie mit dem Antrag bezwecken wollen, außer Angst zu machen.

Wenn ich mir dann noch diese Fragen ansehe, die Sie in Ihrer Schriftlichen Kleinen Anfrage formuliert haben, etwa wie die durchschnittlichen Zahlen in

Hamburg zwischen 2005 und 2015 gewesen sind, dann frage ich mich, welche Erkenntnis Sie aus diesen Zahlen gewinnen wollen. Warum sollte die Stadt Hamburg diese Zahlen erheben? Sie selbst haben doch zu Recht darauf hingewiesen, dass man sehr genau betrachten muss, wer jetzt zu uns kommt, denn nur wenn man diese Gruppen sehr genau betrachtet, kann man den Familiennachzug beurteilen. Was sollen also die Zahlen von 2005 bis 2015 dazu beitragen? Wenn Sie weiterhin solche Fragen stellen, kann man Ihnen wirklich nicht abnehmen, dass es Ihnen darum geht, vernünftige Daten für die Integration zu erhalten. Deshalb kann man Ihrem Antrag leider nicht zustimmen. Über das Thema Daten sollten wir tatsächlich an anderer Stelle sprechen. Das werden wir auch noch in die Debatte einbringen. Aber das, Herr Baumann, war wieder einmal total daneben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion.

Antje Möller GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Prien hat recht, wenn sie sagt, Sie fänden immer wieder neue Wege, um uns Angst, Vorurteile und Ihren Blick auf die Welt zu vermitteln. Ihre Ideen bezüglich Herleitung und all dem, was der Senat schon längst hätte machen können, sind schlicht und einfach Kokolores.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Das geht nicht nur bis 2005 zurück, sondern man konnte Herrn Baumanns Rede entnehmen, dass womöglich Fluchtbewegungen nach dem Ersten Weltkrieg, vielleicht sogar noch aus dem 18. und 19. Jahrhundert, mit berücksichtigt werden sollten.

(André Trepoll CDU: Völkerwanderung!)

– Sie stimmen nicht in Wirklichkeit zu, Herr Trepoll, nicht wahr?

(André Trepoll CDU: Völkerwanderung!)

– Völkerwanderung, stimmt, der Hinweis hat gefehlt. Vielen Dank.

Das ist eine absurde Vorstellung. Ich weiß nicht, ob Sie sich jemals klargemacht haben, dass das, was sich in den zwei vergangenen Jahren europaweit und weltweit entwickelt hat, eine völlig neue Flüchtlings- und Fluchtbewegung und auch politische Bewegung ist,

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Revolution!)

mit der wir uns auseinanderzusetzen haben. Das ist eine große, ernsthafte Aufgabe. Ich erwarte nicht von Ihnen, dass Sie sich damit ernsthaft auseinandersetzen, aber vielleicht sollten Sie sich einmal weniger diesen Spaß in der jeweils letzten De-

(Antje Möller)

batte gönnen, uns mit Ihren absurden Ideen zu konfrontieren.

Ich weise auf die Genfer Flüchtlingskonvention und die nationalen Asylrechtsregelungen hin, die in den europäischen Ländern entwickelt worden sind. Darin steht nicht, es gäbe die Vereinbarung, jeweils eine Person pro Familie zu retten, sondern darin steht, dass Asyl den Menschen gewährt wird, für die es Asylgründe gibt, egal, wie groß oder klein eine Familie ist, egal, welches Geschlecht die Familienmitglieder haben, egal, wie alt oder jung sie sind. Und das soll auch so bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE.

Christiane Schneider DIE LINKE: Ich möchte es möglichst kurz machen. Meine Vorrednerinnen haben schon fast alles dazu gesagt. Ich habe noch einmal in der Programmatik der AfD geblättert. Da heißt es:

"Für die Alternative für Deutschland sind eine kinder- und elternfreundliche Familienpolitik [...] und die stärkere Förderung von Familien mit Kindern von entscheidender Bedeutung."

(Beifall bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Sie haben vorgeblich über Integration geredet. In Wirklichkeit haben Sie einen Sprachgebrauch, der eher auf einen Tsunami zutrifft, wenn Sie davon sprechen, was da auf uns zukomme, was sich da aufbaue. Sie betrachten die Geflüchteten ausschließlich als Belastung. Vor dem Hintergrund sage ich, dass das, was in Ihrem Programm steht, sich auf die deutsche Familie bezieht, und das ist völkisch. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Jarchow von der FDP-Fraktion:

Carl-Edgar Jarchow FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie immer habe ich die undankbare Aufgabe, der Letzte in einer AfD-Debatte zu sein. Vieles ist schon gesagt, und ich möchte das alles nicht wiederholen. Auch wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der LINKEN)

Erlauben Sie mir noch eine kurze Bemerkung. Wenn man das Petitum liest, lieber Herr Baumann, fragt man sich, ob der Antragsteller seine eigene

Begründung überhaupt selbst gelesen hat. Denn Sie verweisen zutreffend auf die beklagenswerte unklare und unkorrekte Lage der Ausgangsdaten und zitieren völlig vage Prognosen und Faktoren. Sofern diese von hoheitlichen Stellen stammen, werden sie vielfach auch von Ihnen nicht ganz zu Unrecht infrage gestellt. Gleichzeitig fordern Sie aber in Ihrem Petitum mit großem Verwaltungsaufwand auf Basis dieser invaliden Ausgangsdaten und nebulöser Prognosedaten – ich zitiere -:

"planungssichere Prognosen."

Ich frage mich, wie das gehen soll. Das ist ein Widerspruch in sich. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion für zweieinhalb Minuten.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Liebe Kollegen! Ich möchte darauf hinzuweisen, dass es um den Abschnitt eines Prozesses im deutschen parlamentarischen, sozusagen geschichtlichen System geht. Es kommt eine neue Partei, und man kann jetzt einmal bei Licht betrachten, wie die Altparteien damit umgehen; das war klasse.

(Zuruf von *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Ich habe mitnichten beantragt, den Familiennachzug zu begrenzen oder zu steigern. Ich wollte nur die Daten sammeln, die Sie noch nicht haben, für eine Politik, von der Sie noch gar nicht wissen, wie Sie sie machen sollen. Aber Sie wollen für Zehntausende Menschen verantwortlich sein. Das ist heute Abend ein Armutszeugnis des Parlamentarismus. Ich wollte nur Daten sammeln, die noch nicht da sind.

(Zurufe)

Ich habe nichts unterstellt.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren: Ich habe niemandem irgendetwas unterstellt. Ich habe darauf hingewiesen, dass weltweit der Familiennachzug ein Kern der Migration ist. Ich habe auf die Prognosen von SPD-Leuten und die 5-Jahres-Prognosen des BAMF-Chefs hingewiesen und keine eigene Prognose gemacht. Jeder von Ihnen hat behauptet, ich hätte eine gemacht. Ich habe aber keine gemacht. Auch Sie haben keine gemacht. Das Problem ist aber, dass wir eine brauchen – wegen Ihres Verblendetseins, tut mir leid –, aber keine bekommen.

(Beifall bei der AfD – *Dr. Mathias Petersen SPD*: Hey, hey, hey!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich bin mir nicht sicher, ob das den parlamentarischen Gepflogenheiten entsprach. Aber das war jetzt die letzte Debatte des Tages, die letzte Wortmeldung.

Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen – das ist der Fall –, kommen wir zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung der Drucksache 21/3330 federführend an den Innenausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion aus der Drucksache 21/3330 in der Sache.

Wer diesem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Jetzt schließe ich die Sitzung für den ersten Tag, und wir sehen uns morgen wieder.

Ende: 20.17 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Martin Bill, Uwe Giffei, Joachim Lenders, Richard Seelmaecker, Dr. Carola Timm und Michael Weinreich